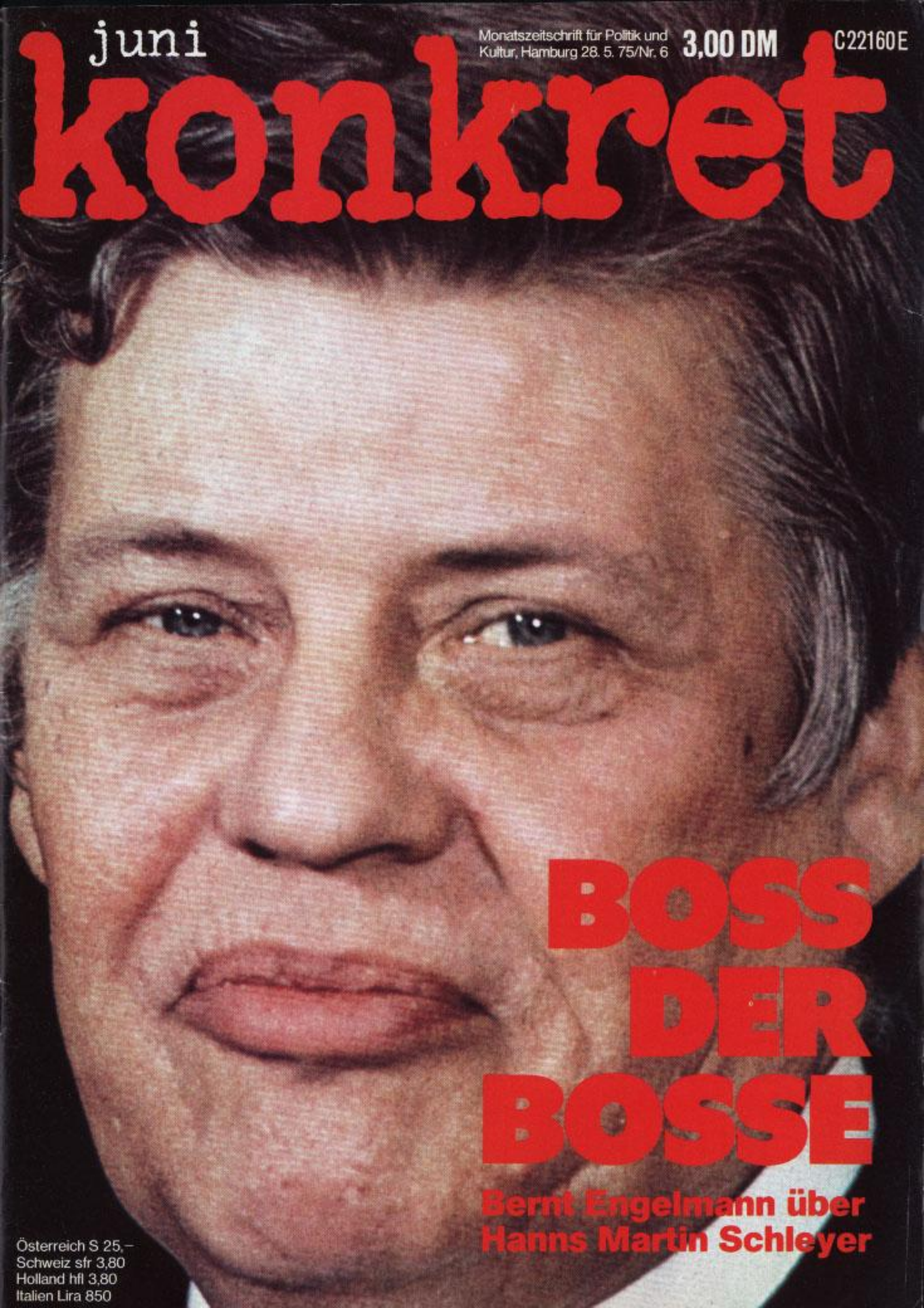
juni

konkret

Monatszeitschrift für Politik und Kultur, Hamburg 28. 5. 75/Nr. 6

3,00 DM

C22160E

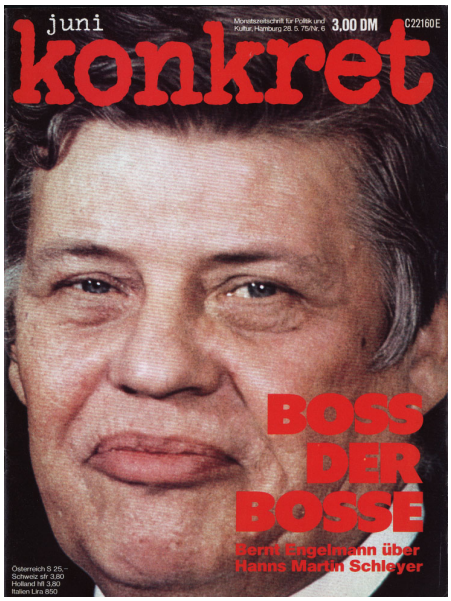


BOSS DER BOSSE

Bernt Engelmann über Hanns Martin Schleyer

Österreich S 25,–
Schweiz sfr 3,80
Holland hfl 3,80
Italien Lira 850

in konkret Juni 1975



POST

konkret intern

konkret extrakt

ALS SAIGON HO-CHI-MIN-STADT WURDE von Erich Fried
(Tagebucheintragung zum 1. Mai 1975)

Achtung Grenze - Sie verlassen den demokratischen Rechtsstaat von Alexander von Hoffmann
Olof Palme und Helmut Schmidt - zwei Regierungschefs, zwei Sozialdemokraten und ein Verbrechen: War wirklich alles klar zwischen Bonn und Stockholm? Alexander von Hoffmann beschreibt die Differenzen

Das Gericht ist auf dem falschen Weg von Horst Ehmke
KONKRET-InterviewHorst Ehmke, der frühere Justiz- und Kanzleramtsminister, hat den Bundestag im 218-Verfahren vor dem Bundesverfassungsgericht vertreten. In einem KONKRET-Interview übt Ehmke scharfe Kritik an Form und Inhalt der Karlsruher Entscheidung. Zugleich fordert er eine dem Rechtsstaat gemäße Handhabung des sogenannten Radikalenerlasses.

Ho Ho Ho Chi Min von Martin Buchholz
Ein Jahrzehnt lang hat die westdeutsche Linke für Vietnam demonstriert. Jetzt hat der Vietkong gesiegt. Martin Buchholz beschreibt, was Kampf und Sieg für uns bedeuten.

Darf man Mörder Mörder nennen? von Norbert Blüm

Bilderbuch-Boß Hanna Martin Schleyer von Bernt Engelmann

Der Polizei Krawall von Ulrich Maske
Chemische Keule nennen sie die neueste Waffe der Polizei, gedacht zur Verteidigung gegen unbewaffnete Angreifer. In Hannover wurde sie jetzt eingesetzt - in den Rücken fliehender Demonstranten (unten) und ins Gesicht des Demonstrationsleiters Dietrich Kittner (unten links). Auch sonst ließ die Polizei keine Gelegenheit zur Provokation und Schikane ungenutzt. Ulrich Maske hat den Einsatz beobachtet

„Einmal in der Partei - nie wieder“
Die NSDAP hatte einen „Freundeskreis des Reichsführers SS“, in dem führende deutsche Unternehmer saßen. Die CDU hat einen Wirtschaftsrat, in dem führende deutschen Unternehmer sitzen. In KONKRET 4/75 dokumentierten wir die Zusammenhänge. Inzwischen liegt uns ein „vertraulich“ gestempeltes Papier vor: „Positionen für die künftige Arbeit des Wirtschaftsrates der CDU e.V.“ Dort heißt es unter Punkt 13: „... so erklärlich die politische Abstinenz des Unternehmers auch sein mag (einmal in der Partei, nie wieder!) ...“In dem Papier entwirft der Wirtschaftsrat eine Strategie, wie man die „soziale Marktwirtschaft“ besser an den Mann bringen könnte und was dabei zu beachten ist. KONKRET dokumentiert Auszüge.

Berufsverbot
Der Verfassungsbruch wird zur Routine. Jetzt hat das Bundesverwaltungsgericht die grundgesetzwidrige Anwendung des „Radikalenerlasses" auch noch juristisch abgesegnet. Was das Berufsverbot für die Betroffenen bedeutet, hat der westberliner Schriftsteller Peter Schneider („Lenz") in Szenen gefaßt. In einer davon kommt Topp

von der Verhandlung seiner Sache in zweiter Instanz nach Hause:

Ein Arzt kommt selten allein... von Peggy Parnass

§ 218
Abtreibung in London

Strategie des Unrecht von Jürgen Saupe
In Stammheim stehen Ulrike Meinhof und andere vor Gericht. Jürgen Saupe untersucht, wieviel Rechte zum Schutz des Rechtsstaats beseitigt wurden.

Wer war's?
Bis heute weiß niemand, wer Peter Lorenz entführt hat Der frühere Münchner Polizei-Psychologe Sieber hat einige gute Gründe für seine These: Rechte waren mit im Spiel.

Der Ball ist ... fast rund von Horst Tomayer
Über Dettmar Cramer

konkret ex-press von Hermann L. Gremliza

Chile nach dem Putsch - 4. Folge
KONKRET dokumentiert auf dieser Seite monatlich die jüngste Entwicklung in und um den Faschisten-Staat Chile und die Widerstands- und Solidaritätsaktionen in aller Welt.

Gewalt von Walter Boehlich
Der Bundestag will die Befürwortung von Gewalt in der Literatur verbieten. Walter Boehlich findet die Motive so zweifelhaft wie die Folgen gefährlich

Im Fernsehen ist der Einäugige König von Winfried Thomsen
Über Kojak und Columbo

Ich habe gelesen von Gerd Fuchs
In dieser KONKRET-Buchkolumne schreiben Autoren über ihre Lektüre. Diesmal der in Hamburg lebende Gerd Fuchs („Beringer und die lange Wut")

Das Paillettending von Ralf Thenior
Krimi in KONKRET

Oecklogie von Hermann L. Gremliza
Überall wird „Der Oeckl" gebraucht, doch keiner hat bisher entdeckt, was in ihm steckt. Hermann L. Gremliza holt das nach

Zwischen Eiszeit und Kommune von Yaak Karsunke

Die Kulturnation

Agitpop + Politrock von Günter Ehnert

Radikalauer von Winfried Thomsen

Rasierklinge von Sebastian Blade, Heiner H. Hoier, Detlef Michelers

Konkret 06/75, S. 2

POST

Wehren!

Zu der „Glaublichen Geschichte" von Hermann L. Gremliza (4/75): Man sollte eine Sache durchfechten! Wenn alles stimmt, würde es keine Schwierigkeiten geben, mit Hilfe Ihrer Leserschaft (Spenden) einen Prozeß durchzustehen. Man muß den Anfängen wehren.

H. Busch

Hamburg

KASkade

Norbert Blüm schreibt in seinem Bericht „Authentische Befreiung", (KONKRET 4/75): „Sowohl ORIT wie CESPAL sind in den Augen der CLAT vornehmlich außenpolitische Instrumente und dienen deshalb nicht den Interessen der lateinamerikanischen Massen". Wir von der ehemaligen AKTION CLAT (1972 gegründete Solidaritätsorganisation der lateinamerikanischen Gewerkschaft CLAT) haben in jüngster Vergangenheit feststellen müssen, daß die CLAT auf dem besten Wege ist, ein außenpolitisches Instrument der Konrad-Adenauer-Stiftung (KAS) zu werden. Das ISI (Institut für Internationale Solidarität der KAS) hat mit über 6 Millionen Mark den politischen Kurs der CLAT „gekauft". Heute ist der Einfluß so weit gediehen, daß die Kritiken des ISI an der AKTION CLAT den Generalsekretär der CLAT, Emilio Maspero, dazu veranlaßten, auf unsere überparteiliche Solidaritätsarbeit zu verzichten. Emilio Maspero hat uns im März 75 verboten, den Namen AKTION CLAT zu tragen. Da die Aktion CLAT nicht nur rein humanitäre Solidarität, sondern auch politisch-inhaltliche Arbeit zur Solidarität leistete, wurde die AKTION CLAT dem ISI unbequem. Oberparteiliche Solidaritätsarbeit duldet das ISI nicht.

Siegfried Pater

Bonn

Abrasiert

Titten, umgekehrt

Erfreulich ist, daß KONKRET auf die offene sexuelle Diskriminierung der Frau verzichtet. Denn wir halten es für überaus zweifelhaft, linke Politik über nackte brauen zu verkaufen. Es macht die Linke schlechthin unglaubwürdig in ihrem Bestreben nach einer unterdrückungsfreien Gesellschaftsordnung. Daher waren wir um so überraschter, in KONKRET unter der Rubrik „Rasierklinge" die kleine Witz(?)zeichnung mit der Unterschrift „Mir hängen meine Titten zum Hals raus" zu finden. Kehren wir den Text doch einmal um: „Mir hängt mein Pimmel zum Hals raus." Nun? Was soll das? Vorschlag: laßt derartigen Mist sein. Ansonsten, macht weiter!

Jutta Ziggel

Günther Kreher

Hamburg

Matthöfer

Ich sehe einen kleinen Lichtblick seit der Äußerung des Herrn Matthöfer über die chilenische Junta - es gibt auch in der BRD zumindest einen (oder seit gestern ja zwei, weil Eppler sich hinter Matthöfer gestellt hat) Politiker, der den Mut hat, die Wahrheit zu sagen, auch in der Öffentlichkeit. Wie kommt eigentlich Todenhöfer dazu, jetzt die Hilfe zahlen zu wollen und in der Zeit der Allende-Regierung hat er die Hilfe verweigert? In der bundesrepublikanischen Politik geht mir ja einiges nicht in den Kopf, das liegt vielleicht daran, daß ich keine Deutsche bin. Mich wundert es sehr, daß es überhaupt Diskussionen gibt über die Äußerungen des Herrn Matthöfer. Zum Beispiel in meiner Heimat (Finnland) ist manches, was in der BRD geschieht, unverständlich, und die BRD wird oft als ein halbfaschistischer Staat gesehen. Bei uns sind sich die Demokraten bis zum konservativen Centrum hin einig in der Verurteilung der chilenischen Junta. Bei uns ist die „Sache" nicht in Vergessenheit geraten. Zum Beispiel bekommen die Schüler einen Tag frei, und sie arbeiten an diesem Tag, und der

Lohn geht an die chilenischen Demokraten. Oder es gibt große Sammelaktionen, an denen sich das ganze Volk beteiligt; im letzten Herbst sammelte die Aktion nahezu 1,5 Millionen Mark. Es gibt also viele Möglichkeiten. Ich glaube, nur die DDR hat sich genauso stark für die chilenische Sache engagiert wie Finnland. Bei uns ist es nicht nur Sache einiger Linker geblieben wie in der BRD, sondern alle, die sich Demokraten nennen, brauchen überhaupt nicht darüber zu diskutieren, wie sie sich zu verhalten haben.

Raija Germperlein

Kornwestheim

Bodo und Johano

Mit großem Interesse habe ich den Artikel von Bodo Zeuner (KONKRET 4/75) gelesen, denn ich gehöre zu jenen 50 Delegierten, die auf den „reformistischen Kurs des Bundesvorstands schwenkten", als es darum ging, die Jungsozialisten auf dem Bundeskongreß in Wiesbaden zu einer konsequenten Weiterführung ihrer Theorie zu führen, und dies in letzter Minute vom Bundesvorstand verhindert wurde. Zeuner versucht, diese 50 Delegierten als Umfaller hinzustellen. Ganz so einfach ist es nicht. Der Tagungspunkt „Reform und Staat" wurde nämlich zu einer Taktik-Orgie mit Änderungsanträgen-Salat. Da wurden sämtliche Positionen, die im breiten Spektrum der Jusos irgendwie mal Platz gefunden haben, versucht mit einzubauen. Die Mehrheitsverhältnisse rotierten am Karussell. War gerade noch der Bundesvorstand der große Abstimmungssieger, so hatte bei der nächsten Abstimmung Hamburg die Nase vorn, während Mittelrhein ausschied und Hannover dann auch nicht mehr mitspielte, was Teile von Baden-Württemberg zu schadenfrohem Händereiben veranlaßte. Wichtig ist bei der Weiterentwicklung sozialistischer Positionen die Aufrechterhaltung der Kampfkraft des Verbandes. Diese ist aber in den letzten Jahren immer schlechter geworden. Das kommt nicht von ungefähr. Die gesamte Bundesebene, allen voran der Bundesvorstand hat sich vom Erdboden basisbezogener Kleinarbeit nach Doppelstrategie enthoben und schwebt in nebulösen Wolken selbstdarstellerischer Theoriediskussionen. Damit bin ich gar nicht soweit von der Ansicht des Genossen Strasser, entfernt. Nur meine ich, daß er die erste Geige spielte im Reigen der Intrigen auf Bundesebene.

Hans Kaufmann

Biberach

Cash und Wüste

Möchte mich gegen den Artikel von Tom Appleton „Cash and carry" (KONKRET 4/75) wehren. Ich habe Country & Western-Music kennen- und schätzen gelernt. Es ist die Musik des „kleinen" Mannes. Soll er gar nichts mehr haben? auch er braucht Liebe und seinen Drink und natürlich seinen „Dream". Schickt bitte Tom Appleton in die Wüste oder in die UdSSR. Johnny Cash und andere haben ein problematisches Leben hinter sich. Wenn Tom Appleton auf die Pauke hauen will, dann bitte in der richtigen Richtung.

Kurt Boer

Bielefeld

Analphabeten

Die letzte KONKRET-Nummer hat mich in einem Punkt derart abgestoßen, daß ich erhebliche Zweifel an der Qualität der Zeitschrift bekommen habe. Ich finde es reichlich borniert, den Kampf der portugiesischen „Demokraten" (= Männer/Militär) vom Kampf der portugiesischen Frauen zu trennen. Was ist das für ein Demokratieverständnis, bei dem die eine Hälfte der Bevölkerung ausgeschlossen sein soll von den demokratischen Rechten? Was für eine Gerechtigkeit, wenn 5000 bis 6000 Männer über 200 Frauen, die berechtigte Forderungen stellen, herfallen, ohne von der Polizei gehindert zu werden, mit Beschimpfungen wie „Frauen ins Bett", „Geh nach Hause an den Herd", und „Verbrennt sie" - wobei die Erinnerung an Hexenjagd ja wahrhaftig nicht abwegig ist. Mir scheint, die portugiesische Revolution ist ohne die Befreiung der Frauen nichts wert. Nun, der Leserbrief von H. Schröder, die ich kenne, zeigte mir dann erneut, wie es KONKRET mit der Einschätzung des Frauenbefreiungskampfes

hält: arrogant, zynisch -nichts Neues. Und das Frauenzentrum Hamburg weiß Bescheid - wieder ein Beweis, daß Frauen im Befreiungskampf nicht auf Männer bauen sollten.

Hedwig Schallaböck

Ibbenbüren

In der Rubrik KONKRET-express (4/75) berichten Sie über eine Presseinformation des Frauenzentrums Hamburg, die Sie auch auszugsweise wiedergeben. Es ist für ihr Verhältnis zur (sozialistischen) Frauenbewegung kennzeichnend, daß Sie es nicht für nötig halten, Ihre Leser über die Demonstration so zu unterrichten, daß diese sich selbst ein Urteil bilden können. Ihre Informationen sind jedoch in einem - allerdings entscheidendem Punkt-falsch: Die portugiesischen Genossinnen „klagen" nicht darüber, daß ihre Demonstration anläßlich des Jahres der Frau von der Polizei aufgelöst worden sei. Die Demonstration wurde von einer Übermacht von Männern angegriffen und „aufgelöst". Die Polizei schritt trotz wiederholter Bitten der Frauen nicht ein. Ich kann mir das Zustandekommen Ihres Berichtes nur auf zweierlei Weise erklären: Die Analphabeten sind nicht in Portugal oder im Hamburger Frauenzentrum zu suchen, sondern in der KONKRET-Redaktion, vor allem, wenn es um Frauenfragen geht -oder KONKRET fälscht bewußt Nachrichten, um sie der allgemeinen Linie des Blattes anzupassen - eine Methode, die ich bisher eher bei der Springer-Presse vermutet hätte.

Rosemarie Grösch

Göttingen

Bin bereit, Hamburger Frauenzentrum zu beruhigen. Bin euer Bruder, Schwestern!

Hubert Tanner

Bochum

Konkret 06/75, S. 3

konkret intern

Einige Autoren von KONKRET bekamen in den letzten Wochen Post von geteilter Anonymität: Einen "offenen Brief an KONKRET und andere", unterzeichnet dort, wo sonst mit freundlichen Grüßen Ihr Casimir Fachulke steht, mit den Worten "wir werden siegen" und der bekannten Kalaschnikow im fünfzackigen Stern. Es geht zwei Seiten lang gegen Hans Matthöfer, gegen "Linksliberale wie den KONKRET-Herausgeber Gremliza", gegen den DKP-Akademikernachwuchs, der sich "während des Häuserkampfs im Konferenzsaal verrammelt" und gegen Jusos, "die die reale Identität von Repression (CDU) und Repression (SPD, FDP) in ihren Ergebnissen nicht wahrnehmen können." Und dann wird's theoretisch oder so: "Ihr Pazifismus und ihr ängstlicher Kleinmut wird letzten Endes nur noch durch ihren Opportunismus übertroffen. Ihr 'Widerstand' gegen die Repression ist wie der Kampf der Feudalherren gegen den kapitalistischen Fabrikanten: im Kern reaktionär." Fazit: Der Papierkorb der Geschichte (und der KONKRET-Redaktion) füllt sich immer schneller. Büchsen-RAFioli -die Reste vom Tisch der Anarcho-Bürger, gut vermengt, Teig drumrum und in einer rötlichen Sauce. Mahlzeit.

*

KONKRET-News: Ab sofort gibt es drei Seiten Kurzinformation vorne den politischen KONKRET-Extrakt, hinten die Kulturnation. In der Aktualität kann es KONKRET mit Funk und Zeitungen nicht aufnehmen, das wird auch nicht versucht. Statt dessen gibt es eine Sammlung von Merk-Meldungen, die entweder in den großen Medien untergegangen sind oder von ihnen unterdrückt wurden. Nachrichten, die mehr sein sollen als Routine-Antwort auf die Routine-Fragen wer-was-wann-wo?

*

Sport in KONKRET: Horst Tomayer, profilierter Tisch- und Schulhofkicker, hat im Münchner Hotel Platzl für KONKRET einen Kollegen drei Stunden lang interviewt: Dettmar Cramer, Medizinball-Napoleon und Trainer des FC Bayern München. Wie man hört, soll Tomayer dem Bayern-Trainer ein paar Tips für das Spiel gegen Leeds United gegeben haben. Dies nur, um die Schuldfrage zu klären.

Konkret 06/75, S. 6

□ □ □ □ □ □ □ □ □ □ □ □ □ □ □

Döpfner mit D wie Dividende

Ein „Musterbeispiel" für „sozialistische Intoleranz und Engstirnigkeit" ist für CDU-Sprecher Weiskirch die öffentliche Reaktion auf den Beschluß des Kolpingwerks, nach dem Jusos nicht länger in dem katholischen Jungmännerbund geduldet werden können: „Da ballerte alles, was hierzulande links steht und denkt- gewisse Priesterkreise inklusive -gegen die Kölner Zentrale (des Kolpingwerks)". Aber da wird ja gegen viel mehr geballert: „Diese weithin ideologischen Angriffe auf die soziale Marktwirtschaft sind nur ein Teil einer Gesamttendenz die nicht nur die Unternehmerschaft, sondern auch die Kirche und unsere gesamte Gesellschaft bedroht." So Julius Kardinal Döpfner vor dem Bundesverband der Deutschen Industrie. Und so weit sind wir schon: „Einige unserer Universitäten sind zwischenzeitlich in Tollhäuser umfunktioniert worden." Der „Demokratisierung aller Lebensbereiche" gemeinsam den Kampf anzusagen, schlägt der Kardinal dem BDI, dem er „Dank und Respekt" ausspricht, vor. Denn: „Kirche und Unternehmerschaft sehen sich der gleichen Herausforderung gegenüber."

Strauß mit SS

Kurz nachdem der Westberliner Karikaturist Rainer Hachfeld gerichtlich zur Zahlung von 25 000 Mark verurteilt wurde, weil er F. J. Strauß mit Hakenkreuz-Beinchen gezeichnet hatte, ermittelt die Staatsanwaltschaft schon wieder: Diesmal wegen Strauß mit SS-Beinchen. Beschlagnahmt wurde das Original der Karikatur bereits im Januar, zusammen mit 270 Exemplaren eines Strauß-„Klebebogens" von Stefan Siegert in der Nürnberger „Plakaterle". Auch gegen den Galeristen, Jürgen Wolf, läuft ein Ermittlungsverfahren. Die beiden Zeichnungen gehören zu einer Ausstellung „Politische Karikatur in der Bundesrepublik", die u. a. noch in Münster, München, Stuttgart, London, Graz und Wien gezeigt werden soll.

Element, ausgemerzt

Auf eine Anfrage des SPD-Abgeordneten Hansen zur Unterbringung des ehemaligen Mitglieds der griechischen Faschisten-Junta, Demetrios Tsakonas, als Lektor an der Uni Würzburg hat Staatsminister Wischnewski vom Auswärtigen Amt Ende April geantwortet. Er bestätigte nicht nur, daß der „Radikalenerlaß" für prominente Faschisten nicht gilt, sondern daß sein Amt mit Junta-Politikern beste Beziehungen unterhalten hat: „Herr Tsakonas ist der Botschaft Athens seit Jahren bekannt. Kontakte ergaben sich schon deshalb, weil Herr Tsakonas von 1965-1968 Lektor für Neugriechisch an der Universität Bonn war und von dort zahlreiche Beziehungen zu deutschen Stellen unterhielt, vor allem aber aus der Tatsache, daß er 1971-1972 als Staatssekretär im griechischen Außenministerium für kulturelle Angelegenheiten zuständig war. Während seiner amtlichen Tätigkeit gehörte Herr Tsakonas zu denjenigen, die immer bereit waren, sich auf Bitten der Botschaft in humanitären Fragen für Griechen und Deutsche tatkräftig einzusetzen." Der „Herr Tsakonas" war nicht nur unter Papadopoulos Staatssekretär, sondern auch bis zum Sturz der faschistischen Diktatur Kultusminister unter Iaonnidis. In dieser Funktion erklärte er zum Beispiel nach der blutigen Niederschlagung des Athener Studentenaufstands, er werde auch weiterhin alles tun, um antigriechische Elemente auszumerzen. Tsakonas ist in Griechenland des Hochverrats angeklagt worden, gleichzeitig laufen gegen ihn acht weitere Anklagen und Strafanträge. Schon vor Wischnewskis Ehrenerklärung mußte Tsakonas demokratischem Druck weichen. Er hat von sich aus an der Uni Würzburg gekündigt.

Das beste Nachkriegsjahr

Die Aktionäre der Dresdner Bank können eine Dividende von 18 Prozent erwarten. Die Aktionärsversammlung am 28. Mai entschied über die Ausgabe neuer Aktien im Nominalwert von über 76 Millionen Mark. Die Eigenmittel gibt der Vorstand mit 1,9 Milliarden an.

20 Prozent Dividende zahlt die Deutsche Bank. Sie bezeichnet 1974 als das „eindeutig beste Nachkriegsjahr". Die Bank konnte ihr Betriebsergebnis verdoppeln.

Auch die BASF, der größte Chemie-Konzern der BRD, erhöht die Dividende. Ausgeschüttet werden 17 Prozent, als Rücklage werden 80 Millionen Mark aus dem Reingewinn verbucht.

190 Millionen legt die August Thyssen-Hütte zurück. Ihre Aktionäre erhalten 14 Prozent Dividende (- 150,6 Millionen Mark).

Im eindeutig besten Nachkriegsjahr verloren weit über eine Million Menschen ihren

Arbeitsplatz. „Saisonbereinigt" ist die Arbeitslosenquote entgegen allen Gesundbetereien bis heute kaum gesunken. Die Zahl der Kurzarbeiter erreichte im April 1975 mit 900 000 sogar ihren Höchststand.

Nationales aus Bayrisch-Kongo

Mit Hinweis auf die Einbürgerungs-Richtlinien von Bund und Ländern („Wer Deutscher werden möchte, soll eine seinem Lebenskreis entsprechende Kenntnis der staatlichen Ordnung der Bundesrepublik Deutschland besitzen") müssen Ausländer, die in Bayern eingebürgert werden wollen, zum Beispiel folgende Fragen beantworten: ‚Woran ist ein deutscher Volkszugehöriger zu erkennen?" oder „Wie fängt die bayerische Nationalhymne an'?" Schließlich muß der Antragsteller „Namen ehemals deutscher Städte" in den „Gebieten nennen, die nach dem z. Weltkrieg an Nachbarstaaten fielen". Diese Fragen sind Bestandteil eines Formulars, das mit Wissen der Bezirksregierung im Landratsamt Donauwörth benutzt wird. Das Bayerische Innenministerium teilte auf Anfrage mit, es sei sicherzustellen, „daß keiner Deutscher wird, der abenteuerliche Vorstellungen über unseren Staat hat".

BuRepDtl.

Am 24. April hat Staatssekretär Baum vom Innenministerium dem Unions-Abgeordneten Engelsberger auf dessen Frage, wie die Bundesregierung den Gebrauch des „kommunistisch lancierten Kürzels ‚BRD'" verhindern könne, mitgeteilt, im amtlichen Sprachgebrauch solle die volle Bezeichnung „Bundesrepublik Deutschland" verwendet werden. Darin komme auch die Verantwortlichkeit unseres Staates für Deutschland als Ganzes zum Ausdruck.

Zwei Wochen zuvor hielt der CSU-Abgeordnete Fuchs eine Bundestagsrede, die auch vom parteiamtlichen Pressedienst der CSU verbreitet wurde. Der Inhalt ist unwichtig. Bemerkenswert ist der häufige Gebrauch des besagten kommunistisch lancierten Kürzels. Fuchs sagte fünfmal „BRD".

Airbus-Vogel

Luftfahrt-Schau Hannover, Mai 1974. Musterflugzeug Typ Airbus A 300 B. Auf dem Pilotensessel: der Aufsichtsrats-Vorsitzende der Airbus GmbH. Dort gehört er nicht hin, denn er hat nur eine Fluglizenz für Privatmaschinen mit einem Maximal-Gewicht von 5700 kg. Der SPD-Bundestagsabgeordnete Karl-Heinz Hansen will von der Bundesregierung wissen, warum ihm die Lizenz nicht entzogen wird. Anfragen und Antworten des Verkehrsministeriums ziehen sich bis zum Sommer hin. Da wird es dem Justizminister Vogel zu dumm. Er schreibt dem „lieben Genossen Hansen", er solle doch die Fragerei wenigstens mit ihm absprechen. Im bayerischen Landtagswahlkampf wirke es „positiv", wenn bekannt würde, daß besagter Hobby-Flieger auch Fluggiganten wie den Airbus steuern kann. Jetzt wissen wir, wie die CSU zu ihren 60 Prozent kam. Denn der Airbus-Boß heißt Franz Josef Strauß. Ende vorigen Jahres waren die vom Verkehrsminister angekündigten Prüfungen der Angelegenheit immer noch .nicht abgeschlossen. Erst Anfang 1975 antwortete Staatssekretär Ruhnau. Das sei alles ein Mißverständnis, Strauß sei gar nicht geflogen, er habe nur für Fotos posiert. Hansen jetzt gegenüber KONKRET: „Natürlich ist das nur 'ne Ausrede. Wir bestehen auf einer eindeutigen Stellungsnahme."

Asyl fürs Kapital

General Spinola, der frühere portugiesische Staatschef, wies in seinem brasilianischen Exil alle Behauptungen zurück, er sei Anführer des gescheiterten Rechts-Putsches vom 11. März gewesen. Gleichzeitig, Ende April, wurde in Spinolas ehemaligem Landhaus das Manuskript einer Rede (Handschrift seiner Sekretärin, mit Spinolas eigenhändigen Korrekturen) aufgefunden: . . Wir. haben schmerzliche Stunden hinter uns. Von neuem bin ich gerufen, das Schicksal der Nation zu lenken . . . Zuerst bekräftige ich unsere unzerstörbare Bindung an das demokratische Ideal . . . Der Privatbesitz der Produktionsmittel verdient Schutz und Anreiz, denn er entspricht einer natürlichen Ordnung . . . Das Land kann sich nicht von heute auf morgen ändern. Vor allem deshalb, weil die vergangenen Monate durch die Konsolidierung der politischen Parteien verlorengingen, anstatt daß sie konstruktiv zum Aufbau der Demokratie gebraucht worden wären . . . erklären wir den Ausnahmezustand."

Nach dem Scheitern des Putsch-Versuchs scheinen immer mehr Privatbesitzer von Produktionsmitteln Schutz und Anreiz in Südamerika zu suchen. Allein am 15. April folgten 412 portugiesische Unternehmer per Charter-Dampfer ihrem General ins brasilianische Exil. Die „Wirtschaftswoche" weiß, daß auch ausländische Unternehmer durch die Entwicklung in

Portugal zunehmend „verstört" seien: „Konnte die Bayer-Tochter Agfa-Gaevert portugiesische Arbeiterinnen vor dem Putsch noch mit 1,60 Mark pro Stunde entlohnen, muß sie jetzt den Mindestlohn von 2,30 Mark zahlen - für die gleiche Arbeit immerhin noch viermal weniger als hierzulande -und darf keine Entlassungen mehr vornehmen."

Dunkelziffer

Unter dem Siegel „Persönlich, Vertraulich" warnt der Arbeitgeberverband Nordwestdeutscher Zement- und Kalkwerke mit Schreiben vom 21.3.1975 seine Mitgliedsbetriebe vor „Betriebskontrollen im Rahmen des Jugendarbeitsschutzgesetzes". Der Verband beruft sich auf Informationen der Landesvereinigung der Industriellen Arbeitgeberverbände in NRW, wenn er die Gewerbeaufsicht für die „Zeit vom 2. bis 13. Juni 1975" anmeldet. Da heißt es: „Wir empfehlen Ihnen daher, die Bestimmungen des Jugendarbeitsschutzgesetzes genau zu beachten." Folgt eine detaillierte Aufzählung der einzelnen Kontroll-Bereiche. Die Gewerbeaufsichtsämter stellen jährlich 50 000 bis 70 000 Verstöße gegen Arbeitsschutzbestimmungen fest. Der DGB vermutet eine Dunkelziffer von über einer Million.

Dunkle Ziffer

Um 10,8 Prozent nahm 1974 die Zahl der angezeigten Berufskrankheiten gegenüber dem Vorjahr zu. Wie der Hauptverband der Gewerblichen Berufsgenossenschaften mitteilt, wurden 32 998 Krankheitsfälle gemeldet. Auch die Zahl der an den Folgen von Berufserkrankungen Verstorbenen stieg um 25,2 Prozent.

Die Pleite des Systems

Um 65 Prozent auf 371 stieg im vergangenen Jahr die Zahl der Konkurse in Baden-Württemberg. Aber das macht gar nichts. Originalton „Handelsblatt": „Die plötzliche Zunahme der Pleiten mit all ihren bedauerlichen Auswirkungen darf nach Ansicht der Industrie- und Handelskammer Mittlerer Neckar, Stuttgart, nicht dazu verleiten, die ‚Zahlungsunfähigkeit von Unternehmen grundsätzlich als etwas Außergewöhnliches oder gar als Beweis für die Funktionsuntüchtigkeit unserer Wirtschaftsordnung zu werten`. Das Gegenteil ist richtig, betont die Kammer in einer Presseerklärung: Der Konkurs gehöre zur Marktwirtschaft. Nur wenn der Chance des Gewinns das Risiko des Verlusts, ja des Verlusts der unternehmerischen Existenz gegenüberstehe, kann unsere Wirtschaftsordnung glaubwürdig bleiben." Ja, mehr als das: Gläubiger würdig.

Stute u. Gewandt

1970 wurde der damalige Vorsitzende des Fußball-Vereins Arminia Bielefeld, Wilhelm Strute, wegen Untreue zu einer 25 000-Mark-Strafe verurteilt. Durch Zahlung von Bestechungsgeldern an seinen Konkurrenz-Klub Hertha BSC wollte er Arminias Bundesliga-Abstieg verhindern. Ein 1:0 Sieg kostete damals 250 000 Mark. Jetzt hat der Karlsruher Bundesgerichtshof das Urteil aufgehoben. Begründung: Untreue könne Strute nur vorgeworfen werden, wenn seine Schmiergeld-Aktion seinem Verein einen Vermögensnachteil eingebracht hätte. Und das sei nicht ausgemacht.

Die Koblenzer Staatsanwaltschaft hat Ende April das Verfahren gegen den CDU-Abgeordneten Heinrich Gewandt eingestellt. Gewandt wurde Beihilfe zur Bestechung von Beamten des Bundeswehr-Beschaffungsamt im Zusammenhang mit einem deutschfranzösischen Rüstungsprojekt vorgeworfen. Es ist anzunehmen, daß hierbei weder dem Bundeswehr-Beschaffungsamt noch der CDU Vermögensnachteile erwuchsen.

Konkret 06/75, S. 8

Erich Fried

ALS SAIGON HO-CHI-MIN-STADT WURDE

(Tagebucheintragung zum 1. Mai 1975)

1.
Als die letzten Amerikaner Saigon verließen,
klagte ein Reporter der Londoner Zeitung THE GUARDIAN
„Die Rasensprühanlagen sind stillgelegt!
Das kurze Gras, das die Amerikaner
vor ihrer Botschaft in der trockenen Jahreszeit
so saftig grün erhielten, wird nun verwelken."

Der Reporter hat nicht die weiten Wälder erwähnt
und die Felder in ganz Vietnam, die, von Flugzeugen aus,
vom Sprühgift der Amerikaner entlaubt und vernichtet wurden
und nicht das auf Jahre hinaus vergiftete Erdreich.

2.
An die vierzigtausend ihrer Getreuen
haben die Amerikaner mitgeführt aus Vietnam.
In Flugzeugen und mit Hubschraubern evakuierten sie sie
und füllten die wartenden Schiffe der Siebenten Flotte.

Unter diesen Getreuen ist Marschall Ky,
der Vorläufer Thieus, der gesagt hat „Mein Vorbild ist Hitler"
(Saigon, am 6. Juni 64) und der auch
Hauptaktionär des **Maxime,** des größten Bordells von Saigon war
und dort die hohe Selbstmordrate der Mädchen
bedauerlich und völlig rätselhaft fand.

Unter diesen geretteten Getreuen
sind auch die Elite-Offiziere und Mannschaften Präsident Thieus,
die noch in den letzten Kriegstagen auf dem Rückzug
berühmt wurden dadurch, daß sie hunderte Frauen und Kinder
mit Fußtritten, Schüssen und Handgranaten vertrieben
aus Flugzeugen, die Zivilisten aus der Kampfzone fortschaffen sollten,
und daß sie sich selber retteten an ihrer Stelle.

Und andere, die zur See den Amerikanern folgten,
wurden dadurch berühmt, daß sie Frauen und Mädchen an Bord
vergewaltigten und beraubten und die, die sich wehrten, erschossen,
und daß sie Frauen und kleine Kinder ins Meer warfen, um sich

Platz genug zu verschaffen, Lebensraum auf den Schiffen,
die sie zu ihren amerikanischen Lehrmeistern brachten.

3.
Und die ganze westliche Welt kennt noch das Bild
Präsident Fords mit dem vietnamesischen Säugling,
den er verwenden wollte (wie andere Waisenkinder,
die in Wirklichkeit getrennt wurden von ihren Eltern),
um von Kongreß und Senat Vollmacht und Geld zu erzwingen
für eine weiter bewaffnete Intervention.

Zum Glück für Präsident Ford gibt es keine Geister. - Sonst hätten
die Geister der von Napalm verbrannten Kinder
und die Geister der von Splitterbomben zerrissenen Kinder
und die Geister der von Sprengstoff zerrissenen Kinder
(aus der Zeit, als Amerika erklärte: „Wir werden Vietnam,
wenn nötig, in die Steinzeit zurückbombardieren")
und die Geister der erschossenen Kinder des Dorfes My Lai
Präsident Ford von allen Seiten umlagert
und ihn erstickt, als er sich mit dem Säugling den Kameras darbot
wie König Herodes mit einem bethlehemitischen Kind.

4.
Als die Messerstecher von ihrem Opfer ablassen mußten,
weil es sich wehrte und die Menschen zusammenströmten,
blickten sie noch zurück aus sicherer Entfernung
und sahen den Überfallenen wie er aufstand
und wie seine Freunde ihm halfen.

Da sagten die Messerstecher:
„Schade! Den mußten wir im Stiche lassen."

Konkret 06/75, S. 9

Alexander von Hoffmann

Achtung Grenze - Sie verlassen den demokratischen Rechtsstaat

Olof Palme und Helmut Schmidt - zwei Regierungschefs, zwei Sozialdemokraten und ein Verbrechen: War wirklich alles klar zwischen Bonn und Stockholm? Alexander von Hoffmann beschreibt die Differenzen

Die Szenerie ist jedesmal wieder eindrucksmächtig: Schüsse, Bombenexplosionen, Besetzungen und Belagerungen, zerstörte Häuser, Verwundete und Tote. Nicht minder suggestiv das öffentliche Engagement der Staatsspitze mit Krisenstäben, Nachtsitzungen, Kommuniqués, heißen Drähten zwischen Regierungschefs. Alles zusammen, live auf den Fernsehschirmen vermittelt fast unwiderstehlich das Bild nicht von Verbrechen und Verbrechensbekämpfung, sondern von Krieg.

Die handelnden Politiker verstärken und bestätigen dieses Bild. Am Tag nach dem Stockholmer Ereignis sprach CDU-Fraktionschef Carstens im Bundestag - live fürs Fernsehen - von der gemeinsamen Verantwortung „in Stunden der Not", von der „Abwehr der unseren Staat bedrohenden Gefahr", SPD-Kanzler Schmidt von der „schwerwiegenden Herausforderung" des Rechtsstaats, vom „ruchlosen Angriff auf den Bestand des Rechts", den man habe „abwehren" können, vom drohenden „Ende aller Sicherheit".

„Solange man eine offene, demokratische Gesellschaft sein will, kann man sich nicht hundertprozentig schützen. Wir wollen keinen Polizeistaat."

Olof Palme

Kein Zweifel, Demokratie und Rechtsstaat sind in der Bundesrepublik derzeit höchst bedroht, nur kommt diese Drohung nicht aus der Ecke, in die alles starrt. Sie steckt, und das ist unvergleichlich viel schlimmer, in dem Eifer, mit dem bundesdeutsche Meinungsführer sich der unvermeidlichen Massenreaktion auf die Anarcho-Verbrechen anpassen, sie schüren, geradezu ein Kriegsklima erzeugen.

Um Verbrechen handelt es sich in Wahrheit, um spektakuläre Gewaltverbrechen einiger Psychopaten nicht weniger, aber auch nicht mehr. Mörder, auch solche mit politisch verkleideten Motiven, sind Verbrecher, keine Bürgerkriegssoldaten. Auch Erpressung mit Hilfe von Geiseln ist eine traditionelle Form des Verbrechens. Neu, wenigstens in diesem Jahrhundert, ist allenfalls, daß solche Erpressung sich direkt gegen den Staat richtet, daß vom Staat im Austausch gegen Menschenleben einzelne, begrenzte Souveränitätsrechte gefordert werden.

Aber längst ist erwiesen, daß selbst eine gelungene Erpressung des Staates nicht seinen Bestand gefährdet. Es sind in zahlreichen Fällen von den verschiedensten Staaten (auch von der Bundesrepublik) derartige Forderungen erfüllt worden, ohne daß sich auch nur die geringsten Anzeichen von Systemverfall in diesen Staaten bemerkbar machen (ganz abgesehen davon, daß Staaten zum Beispiel von mächtigen Wirtschaftsinteressen routinemäßig erpreßt werden und sich erpressen lassen, ohne daß dies offenbar von Politikern als Bedrohung des Rechtsstaats empfunden würde).

Da es sich also im Falle der Anarcho-Erpresser um Verbrecher handelt - um nicht weniger, aber auch nicht mehr -ist ihnen mit den gesetzlichen und polizeilichen Vorkehrungen zu begegnen, die zum Zweck der Verbrechensbekämpfung seit Jahrzehnten entwickelt worden sind und ihren Zweck erfüllen. Natürlich müssen diese Vorkehrungen in gewissen Grenzen flexibel sein, müssen die staatlichen Institutionen zur Verbrechensbekämpfung sich auf veränderte Methoden der Verbrecher einstellen, wie sie es im Lauf der Zeit immer wieder getan haben (nur bei der Wirtschaftskriminalität ist es ihnen bemerkenswerterweise nie gelungen).

Aber statt besserer Verbrechensbekämpfung forderte Helmut Schmidt die Bereitschaft, bis an die Grenzen der Rechtsstaatlichkeit zu gehen. Um keinen Zweifel an der gewünschten Richtung zu lassen, ließ der Kanzler der Bundesrepublik Deutschland einige Tage später wissen (wieder im Fernsehen), hierzulande habe bisher „zuviel rechtsstaatliche Liberalität" geherrscht. So bekam es die ohnehin aufgeputschte Öffentlichkeit zu hören.

Hier nun wird es grauenhaft. Ein Rechtsstaat, wenn er denn einer sein will, darf niemals und um keinen Preis bewußt oder gar offensiv seine Grenzen strapazieren. Denn an den Grenzen des Rechtsstaats beginnt der Staat ohne Recht, der Unrechtsstaat, der Polizeistaat. Eben dies macht den historischen Rand der Idee vom demokratischen Rechtsstaat liberaler

Prägung aus, daß er sich von diesen Grenzen weit entfernt zu halten habe, daß niemals Recht sein dürfe, was bei äußerster Strapazierung der Gesetze gerade noch als „erlaubt und geboten" zu interpretieren sein mag.

„Ich will aber sagen, daß mit polizeilichen Methoden, Razzien und alles, was dazugehört, daß mit polizeilichen Methoden allein es nicht genug sein kann. Wer den Rechtsstaat zuverlässig schützen will, der muß innerlich auch bereit sein, bis an die Grenzen dessen zu gehen, was vom Rechtsstaat erlaubt und geboten ist."

Helmut Schmidt

Denn dann werden Großrazzien der brutalen Art, wie sie die Berliner Polizei nach der Freilassung von Peter Lorenz veranstaltete, „rechtsstaatlich erlaubt und geboten", dann werden es Vorführ- und Haftmethoden, wie sie gegen die BM-Mitglieder angewandt wurden, dann werden es Polizei-Sonderkommandos, Verteidigerausschlüsse, allumfassende Observierungsnetze, die Verwandlung öffentlicher Gerichte in abgeschirmte Festungen.

Dann wird „rechtsstaatlich erlaubt und geboten", die Polizei immer weiter zu verstärken und auch jene für Demokratien so gefährliche Institution, den Geheimdienst. Beides ist im Bürgerkriegsklima dieser Wochen bereits verfügt worden, in einer Zeit, in der gesellschaftlich wichtigste Bereiche durch Geldmangel austrocknen. Priorität für die Ausdehnung der Polizei- und Geheimdienstapparate zu Lasten gesellschaftlicher Bedürfnisse: ein Kennzeichen des Polizeistaats.

All dies wird möglich, wird „rechtsstaatlich erlaubt und geboten", wird damit Routine - die dann auch in ganz anderen Zusammenhängen anwendbar ist -, sobald die Grenzen des Rechtsstaats bewußt und offensiv angesteuert statt bewußt und defensiv gemieden werden. Gewiß, derartige Entwicklungen lassen sich noch irgendwie an der „Grenze" ansiedeln; die Richter und Experten, man weiß es, werden sich finden, die alles sanktionieren. Ebenso gewiß aber ist damit kein Rechtsstaat mehr zu machen. Denn so ist das mit dem Rechtsstaat: wird seine Grenze erreicht, ist er längst verlassen.

Die liberalen Meinungsführer in der Bundesrepublik, jene, denen Demokratie und Rechtsstaat vorgeblich mehr sind als nach Bedarf auswechselbare Formalien, scheinen die tödliche Bedrohung überhaupt nicht zu erkennen. Der „Spiegel" etwa mokierte sich ein paar Zeilen lang über den verbalen „Grobschnitt" der Politiker, sah den „Common sense" in der Politik „belastet", geistreichelte etwas von „spasmischen Beschwerden, die der BM-Effekt auslöste" - und das war's auch schon.

Nie und nirgends in diesen Wochen ließ sich ein westdeutscher Politiker auch nur ähnlich vernehmen wie Schwedens Olof Palme vor aufgeregten deutschen Interviewern. Das blutige Schauspiel in Stockholm, so machte Palme gelassen deutlich, werde in Schweden selbstverständlich keinerlei Veränderung in Richtung Polizeistaat bringen. Er sagte: ‚Wir können ja nicht die öffentlichen Gebäude in unserem Land in Festungen verwandeln." Und auf die Frage „Haben Sie Spezialeinheiten zur Bekämpfung der Terroristen?" antwortete Palme: „Nein, das haben wir nicht, solche Gruppen entwickeln eine Mentalität, die stets auf Aktionen gerichtet ist."

Olof Palme sagte: „Wir versuchen ja immer, Gewalt zu vermeiden, auch Gewalt von seiten des Staates. Es soll keine Gewaltmentalität in unserem Lande entstehen. Ich denke in solchen Situationen, in denen das letzte Mittel der Gewalt kaum noch zu umgehen ist, vor allem an die Menschen an den Fernsehgeräten, die ja zuschauen und gleichzeitig eine große Angst haben und deshalb zum emotionellen Denken, auch zum Haß, neigen. Daher spreche ich unentwegt von der Notwendigkeit einer friedlichen Lösung der gesellschaftlichen Konflikte."

Olof Palme ist, wie Helmut Schmidt, Sozialdemokrat, Regierungschef, und nach Wahlrückschlägen zum politischen Lavieren gezwungen. Hier endet offenbar die Parallele.

Konkret 06/75, S. 11

Horst Ehmke

Das Gericht ist auf dem falschen Weg

KONKRET-Interview

Horst Ehmke, der frühere Justiz- und Kanzleramtsminister, hat den Bundestag im 218-Verfahren vor dem Bundesverfassungsgericht vertreten. In einem KONKRET-Interview übt Ehmke scharfe Kritik an Form und Inhalt der Karlsruher Entscheidung. Zugleich fordert er eine dem Rechtsstaat gemäße Handhabung des sogenannten Radikalenerlasses.

KONKRET: Herr Ehmke, seit bald zehn Jahren ist Ihre Partei in Bonn an der Regierung - erst drei Jahre lang in zweiter Position, seither als führende Regierungspartei. In dieser Zeit hat die Bundesrepublik manchen Fortschritt gemacht, in der Außenpolitik, in der Sozialpolitik. Nur auf einem Gebiet geht es ständig zurück: Die bürgerlichen Freiheiten werden immer weiter beschnitten. Erst durch Notstandsgesetze, dann durch Berufsverbote, jetzt auch noch durch die Beschränkung der Rechte von Angeklagten und Verteidigern. Fast überall ist die SPD der CDU auf halbem Weg entgegengekommen - etwa nach dem Motto: Ihr fordert die Todesstrafe, das lehnen wir ab, aber wie wär's mit lebenslänglich?

EHMKE: Nein, ich glaube, daß das eine vereinfachte Sicht der Probleme ist. Es gibt eine ganze Reihe von Gebieten, in denen Freiheitsrechte ausgedehnt worden sind - wenn ich nur an die Verbesserung der Stellung der Jugendlichen mit Volljährigkeit und Wahlrecht denke. Im übrigen ist es ganz sicher so, daß die Herausforderung durch den Terrorismus den Rechtsstaat in eine schwierige Position bringt. Das sind Leute, die Faschismus und Reaktion nicht bekämpfen, sondern herauskitzeln - was ja wohl auch der Zweck der Übung ist, wenn ich ihre theoretische Grundlage richtig verstehe. Und es ist sicher richtig, daß diese Leute eine Reaktion auslösen, die meint, manches an liberal-rechtsstaatlicher Tradition einengen zu müssen, um mit dieser exzeptionellen Herausforderung fertig zu werden. Hier mag das Wort gelten: Les extrèmes se touchent.

KONKRET: Aber die Ergebnisse dieser Reaktion, die in einem Zustand der Erregung beschlossenen Gesetze, werden auch dann noch in Kraft bleiben, wenn es diese Herausforderung nicht mehr gibt.

EHMKE: Erstens glaube ich nicht, daß die dann noch in Kraft bleiben. Und zweitens beschließen wir jetzt nichts in Erregung. Ich bestreite nicht, daß es ganz schwierig ist, die Gesetze ganz allgemein zu formulieren, um keine Maßnahme-Gesetze zu machen, und damit Gefahr zu laufen, daß sie über den eigentlichen Anlaß hinaus angewendet werden müssen. Das Dilemma bestreite ich nicht.

KONKRET: Hinzu kommt, daß im Sprachgebrauch der westdeutschen Rechten Begriffe wie Terroristen, Radikale und Extremisten bewußt gleichgesetzt werden.

EHMKE: Das ist um so verwerflicher, als es die Terroristen begünstigt. Es ist der Versuch, alles in einen Topf zu schmeißen, um sein parteipolitisches Süppchen damit zu kochen. So wird das verhindert, worauf es gerade ankommt: Zu unterscheiden zwischen denen, die hier Terrorismus machen, und denen, die zwar sehr kritisch gegenüber dem Bestehenden, aber genauso gute Demokraten sind wie die, die das Bestehende wundervoll finden.

KONKRET: Der Versuch, alles in einen Topf zu werfen, wird ja auch mit dem sogenannten Radikalenerlaß gemacht, über den Sie selbst gesagt haben, es bestünde die Gefahr, daß am Ende eine Schwächung der Freiheit herauskommt, weil ein Klima des Mißtrauens und der Beschnüffelung erzeugt wird. Sie sagten auch, daß in manchen Bundesländern die Handhabung dieses Erlasses mehr Schaden für die Freiheit anrichte als Nutzen bringe.

EHMKE: Zunächst mal bin ich der Meinung: Der Grundsatz ist richtig. Jemand, der ein Gegner des demokratischen Staates ist, kann nicht gleichzeitig Diener dieses demokratischen Staates sein. Um den Grundsatz gibt es keinen Streit. Das Problem ist nun, wie man rechtsstaatlich mit der Frage umgeht. Für uns - das hat die SPD auf dem Hannoveraner Parteitag und die SPD/FDP-Koalition in einem Gesetzentwurf festgelegt - sind zwei Dinge entscheidend: Erstens kann die bloße Zugehörigkeit zu einer nicht als verfassungsfeindlich verbotenen Organisation nicht ausschlaggebend sein, und zweitens muß die Beweislast beim Staat liegen und muß mit Mitteln geführt werden, die gerichtsverwendbar sind.

KONKRET: Also nicht - wie im Fall Narr - irgendwelche obskuren „Erkenntnisse" von Verfassungsschutzämtern.

EHMKE: Aus meiner Erfahrung in Baden-Württemberg kann ich sagen: Das berechtigte Anliegen, den öffentlichen Dienst des demokratischen Staates von Gegnern der Demokratie freizuhalten, wird geradezu in sein Gegenteil verkehrt, wenn durch den Umfang der Oberprüfung und durch die Art, in der das Material vorgelegt wird, eine Atmosphäre des Mißtrauens und der Bespitzelung erzeugt wird, die eher Rückgrate verkrümmt als die Demokratie schützt. Soweit ich weiß, wird in diesen Einstellungsverfahren Verfassungsschutz-Material sogar über die Ostermarschierer vorgelegt, es wird unausgewertetes Material vorgelegt, und wir wissen,' was bei Verfassungsschutzämtern alles zusammenläuft. Da laufen seriöse Nachrichten, unseriöse, Material, das auf Racheakten, Gemeinheiten und Verwechslungen beruht. Dieses unausgewertete Material dürfen die Verfassungsschutzämter nie der Justiz vorlegen. Warum dürfen sie dann alles Material

an die Einstellungsbehörden abgeben? Müßte nicht durch Gesetz oder sonstwie geregelt werden, daß es auch hier Grenzen gibt?

KONKRET: Das Bundesverwaltungsgericht hat jetzt im Fall Anne Lenhart die Praxis der CDU-regierten Länder abgesegnet. In derselben Woche hat das Verwaltungsgericht Karlsruhe die Suspendierung eines NPD-Lehrers aufgehoben, weil die Kammer sich außerstande sah, die Verfassungsfeindlichkeit der NPD zu prüfen.

EHMKE: Ich habe von beiden Urteilen gelesen, kenne aber die Urteilsbegründungen noch nicht. Deshalb wäre es falsch, mich jetzt dazu zu äußern. Andererseits wäre es natürlich verheerend, wenn die Deutsche Justiz wieder auf einem Auge blind würde. Am Ende brauchen wir doch eine Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts.

KONKRET: Können Sie wirklich darauf hoffen, daß das Bundesverfassungsgericht, das sich in seinen letzten Entscheidungen zum niedersächsischen Hochschulgesetz, zum Grundvertrag und zur Reform des 218 als verlängerter Arm der CDU/CSU-Opposition erwiesen hat, in der Frage Verfassungsfeinde im öffentlichen Dienst die Position der Bundesregierung einnimmt?

EHMKE: Da würde ich sehr trennen zwischen Fragen, die das Verhältnis des Verfassungsgerichts zum Gesetzgeber betreffen und wo das Gericht ganz sicher auf dem falschen Weg ist, und Fragen, die die Sicherung rechtsstaatlicher Grundsätze betreffen. In diesen Fragen hat sich das Bundesverfassungsgericht bisher von niemandem übertreffen lassen. Das soll man anerkennen. Und ich kann nur hoffen, daß das Bundesverfassungsgericht bei seiner großen Tradition in der Frage Sicherung des freiheitlichen Rechtsstaates bleibt und erkennt, daß die bloße Zugehörigkeit zu einer nicht verbotenen Organisation nicht ausreichen kann und die Beweislast beim Staat liegen muß.

KONKRET: Das 218-Urteil hat Ihr Vertrauen da also nicht erschüttert?

EHMKE: Nein. Aber was mich bedrückt: Das Gericht hat in diesem Fall nicht nur die Möglichkeiten, die die Verfassung ihm gibt, weit überschritten, sondern das Gericht hat sich auch in einer Art dargestellt, die geeignet ist, seine Autorität zu untergraben. Bei der Justiz ist es wie bei einer schönen Frau: Sie muß schon den Anschein der Unseriosität meiden. Beim 218-Urteil war das so: Zunächst mal schreibt einer der Richter des später erkennenden Senats in einer Kirchenzeitung, die Fristenlösung sei verfassungswidrig. Dann äußern sich, während das Verfahren läuft, Richter des anderen Senats zum Ausgang des Verfahrens. Das muß vertrauensmindernd wirken. Dann erfährt man aus der Zeitung, die Verkündung der Entscheidung werde vertagt; die Zeitung beruft sich auf die Landesregierung von Herrn Filbinger, die in diesem Verfahren Partei ist. Und erst dann erfährt die andere Partei, der Bundestag, daß die Entscheidung vertagt ist. Dann wird auch noch das Ergebnis „bekanntgegeben" - und zwar in einer Art, die die Würde des Gerichts verletzt. Darüber ist doch gar nicht mehr zu reden: Vor einer Entscheidung konnte das Gericht nicht so dichthalten, daß draußen schon gesagt wird, so und so sieht die Entscheidung aus, da schreiben nur noch ein paar ein Minderheitsvotum. Und dann glaubt man, die Unabhängigkeit des Gerichts wird draußen geglaubt, wenn man sich so verhält? Und damit nicht genug: Dann kommt die Urteilsverkündung. Mitten in der Urteilsverkündung wird eine Pause gemacht. Man fragt sich, wieso. Nach der Pause fehlt ein Richter des Senats und hinterher hört man aus Kreisen des Gerichts, der Richter sei nicht bereit gewesen, sich das - Minderheitsvotum anzuhören. Ein ungeheures Beispiel an richterlicher Würde, Kollegialität und Toleranz! Ich bin immer ein großer Befürworter der Verfassungsgerichtsbarkeit und unseres Verfassungsgerichts gewesen, aber ich frage mich, ob dem Gericht nicht klar ist, welches Unheil es allein mit der Art, in der so was passiert, anrichtet. Es wird ihm draußen bald nichts mehr geglaubt werden, wenn es so weitermacht.

KONKRET: Sie kritisieren nur die Art, den Ablauf der Verhandlung?

EHMKE: Auch die juristische Argumentation ist sehr wenig überzeugend. Und am wenigsten ist es die Behandlung des Gesetzgebers. Der Gesetzgeber hat eingehend dargelegt, warum er der Meinung ist, daß die Fristenlösung ungeborenes Leben besser schützt als die bestehende Regelung. Das Gericht geht im Grunde darauf gar nicht ein, es sucht sich aus dem Gesetzgebungsprozeß die längst widerlegte Meinung eines Beamten aus dem Justizministerium heraus, der gemeint hat, die Fristenlösung wird noch schlechter wirken. Das Gericht tritt erst gar nicht in die Beweisaufnahme ein, es behauptet einfach, der Gesetzgeber hat Unrecht mit seiner Prognose, und stellt eine Gegenmeinung auf, ohne auch nur den Versuch zu machen, diese zu begründen. Das heißt, es spielt Gesetzgeber ohne Argumente. Wenn das Gericht so weitermacht, wird es seine Autorität endgültig untergraben. Mit Autorität meine ich, daß einem das, was man kraft Gesetzes macht, abgenommen wird - auch vom Unterlegenen. Die Kritik gegenüber dem Gericht ist in den letzten Jahren sehr stark angewachsen - in der Justiz, in der Wissenschaft wie in der Politik. Der Respekt, den wir dem Gericht schulden, hat uns lange davon abgehalten, die Kritik öffentlich zu äußern. Jetzt gebietet der Respekt vor dem Gericht, daß wir diese Kritik ganz deutlich aussprechen, um das Gericht davor zu bewahren, den Weg weiterzugehen, den es in der letzten Zeit gegangen ist.

KONKRET: Meinen Sie, daß Appelle genügen? Die Richter werden ja gewählt, auch von der SPD.

EHMKE: Meine eigene Partei muß den Qualitätsgesichtspunkt stärker in den Vordergrund stellen als bisher - die Frage nach juristischer Qualität, politischer Klugheit und nach einer gewissen Souveränität der Geisteshaltung, die sich darin äußert, sich nicht als Über-Gesetzgeber aufzuspielen. Ich warne vor dem Trugschluß, man müsse, nach den jüngsten Erfahrungen mit dem Gericht, die Richterwahlen weiter „parteipolitisieren".

KONKRET: Aber die CDU/CSU kann doch mit dem Gericht ganz zufrieden sein und wird sicher meinen, sie müsse bei den Richterwahlen strikt weiter nach Parteilinie verfahren.

EHMKE: Das können doch nur sehr kleine Geister in der CDU sagen. Ich kann nur hoffen, daß sich hier in den Parteien die Vernünftigen durchsetzen, Leute, die wissen, daß die Glaubwürdigkeit des Gerichts für den Fortbestand der Demokratie wichtiger ist als der scheinbar große taktische Vorteil.

KONKRET: Denken Sie, denkt Ihre Partei daran, das Gesetz über das Bundesverfassungsgericht zu ändern?

EHMKE: Ich würde im Augenblick, wo wir in einer aktuellen Auseinandersetzung sind, das Gesetz nicht ändern. Aber es waren ja auch CDU-Kollegen wie zum Beispiel Kollege Dichgans, die die Frage aufgeworfen haben, ob man diesen Urteilen Dauerwirkung belassen kann. Das 218-Urteil zum Beispiel ist vielleicht nicht einmal mehr durch eine Verfassungsänderung zu ändern, weil es sich auf Artikel 1 des Grundgesetzes stützt, und dessen Grundsätze sind unabänderbar...

KONKRET: Auf ewig.

EHMKE: Deshalb die Frage, ob man nicht die Rechtskraft begrenzen und nach einer gewissen Zeit die Möglichkeit der Wiederaufnahme schaffen soll. Man sollte sich das überlegen, aber man sollte es nicht in einer Situation tun, wo jeder Versuch der Änderung wie ein Akt parteipolitischer Rache an dem Gericht aussehen kann.

KONKRET: Was macht jetzt die Bonner Koalition in Sachen 218? Wird es eine Indikationslösung geben, die der am Verfassungsgericht gescheiterten Fristenlösung so nahe wie irgend möglich kommt?

EHMKE: Ja, natürlich, zumal ja auch die Begründung des Verfassungsgerichts in sich sehr widersprüchlich ist. Wir müssen ein Gesetz machen, das an der bestehenden unbefriedigenden Situation wirklich etwas ändert.

KONKRET: Und wenn dann die CDU wieder nach Karlsruhe läuft und das Gericht nochmals zuschlagen läßt?

EHMKE: Das kann man nicht ausschließen. Wir werden tun, was wir verantworten können. Und das Gericht muß sehen, was es verantworten kann.

Konkret 06/75, S. 13

Martin Buchholz

Ho Ho Ho Chi Min

Ein Jahrzehnt lang hat die westdeutsche Linke für Vietnam demonstriert. Jetzt hat der Vietkong gesiegt. Martin Buchholz beschreibt, was Kampf und Sieg für uns bedeuten.

Vietnam . . .

Es gab eine Zeit, wo die wenigsten von uns eine ungefähre geographische Vorstellung hatten, wo man dieses Land auf dem Globus findet. „Wo liegt Vietnam?" wird zu Beginn einer Kantate des Harms-Eisler-Chors gefragt, die demnächst bei „Pläne" herauskommt. „Wir wußten es nicht, eh uns der Schrei erreichte. Der Schrei aus tausend Sonnen. Und plötzlich schrie es in Dir und in mir: Vietnam!"

Ein Schrei aus tausend Napalm-Sonnen, das schreiende Unrecht des Völkermords war es, das uns zunächst betroffen machte. Wir konnten es kaum glauben. Das durfte nicht sein. Hatte man uns nicht jahrelang auf der Schule, in allen Medien eingepaukt, daß die USA der Hort der Demokratie, der Wächter der freien Welt seien? Hatten wir nicht im Englisch-Unterricht die Unabhängigkeits-Erklärung auswendig gelernt und inwendig behalten? Hatte uns die Freiheitsglocke nicht immer wieder den Spruch von der Unantastbarkeit der Würde jedes einzelnen Menschen eingeklöppelt? Schwang da nicht immer das Versprechen mit, „jeder Tyrannei Widerstand zu leisten, wo auch immer sie auftreten möge"?

Und all das, was wir da läuten gehört hatten, sollte nun mit einemmal nicht mehr stimmen. Für uns, die Kinder von Abraham Lincoln und Coca Cola war das zunächst unfaßbar.

Wir waren amerikanisierte Demokraten. Wir hatten uns mit der deutschen Vergangenheit auseinandergesetzt, hatten das Tagebuch der Anne Frank gelesen, Alain Resnais Auschwitz-Film „Nacht und Nebel" gesehen, hatten oft mit Zorn und manchmal mit Verachtung unseren Eltern und Lehrern Fragen gestellt und selten Antworten bekommen, hatten uns die Antworten schließlich selbst gesucht. Eine Generation, die sich mit der Schuld ihrer Mütter und Väter abbuckelte, die sich für sie schämte, die sich selbst das Versprechen gab, niemals durch Schweigen ein neues Auschwitz möglich zu machen.

Wir wurden die Vietnam-Generation.

Denn durch Vietnam wurden wir politisch erwachsen, verloren unseren Kinderglauben an das große, demokratische Amerika. Das hört sich jetzt einfacher an als es war. Wir mußten uns ja zunächst von dieser „freien Welt" abnabeln, die uns bislang ideologisch zwangsgenährt hatte. Nur, daß wir von dem Zwang bis dahin nichts wußten.

Aus einem Aufruf, der im Mai 1967 von einer Studentenversammlung in der von den Amerikanern mitgegründeten Freien Universität verabschiedet wurde, kann man diesen Zwiespalt herauslesen. Das war ein moralischer Appell an die in West-Berlin ansässigen und hier stationierten US-Bürger:

„Wir Studenten sind keine Anti-Amerikaner", heißt es da. „Wir halten uns daher für berechtigt, den Amerikanern in West-Berlin zu sagen: Der amerikanische Krieg in Vietnam verstößt gegen den Geist der amerikanischen Revolution von 1776. Das vietnamesische Volk dagegen hält sich an die amerikanische Unabhängigkeitserklärung, in der folgende Wahrheit als selbstverständlich angesehen wird: ‚Wenn eine lange Reihe von Mißbräuchen und Übergriffen, die stets das gleiche Ziel verfolgen, die Absicht erkennen läßt, die Menschen absolutem Despotismus zu unterwerfen, so ist es ihr Recht und ihre Pflicht, diese Regierung zu stürzen.` ... Wer jedoch einer Regierung direkt oder indirekt hilft, eine Politik des Massenmordes zu betreiben, wird zum Komplizen der Mörder. Das gilt heute für jeden amerikanischen Regierungsangestellten wie es in der Vergangenheit für viele unserer Väter gegolten hat."

So brav waren wir damals in unseren Protesten. Den meisten von uns wäre das Verbrennen einer US-Flagge als Sakrileg vorgekommen.

Doch was wir als Reaktion auf unsere ziemlich schüchternen Anfragen und Resolutionen erfuhren, versetzte uns einen mächtigen Tritt in den Hintern. Ein Tritt, der uns auf einen Weg brachte, den wir ohne diese „Hilfe" wahrscheinlich nicht gegangen wären. In allen Westberliner Zeitungen, vom schein-liberalen „Tagesspiegel" bis zur Springer-„BZ", lasen wir mit Erstaunen das gleiche: Hier werde den Amerikanern, die in Vietnam auch die Freiheit Berlins verteidigen, auf die Stiefel gespuckt. Wir, die Protestieren seien eindeutig Handlanger Pankows und Moskaus. Mit einer S-Bahnfahrkarte sollten wir uns dahin scheren, wo der rote Pfeffer wächst. Ab über die Mauer . . .

So waren wir, die liberalen und pazifistischen Naivlinge, plötzlich „Kommunisten", bekamen - hastenichgesehen -den Spitzbart umgehängt. Die radikale Reaktion machte uns nun erst radikal.

Vietnam . . .

Das hätten wir bis dahin noch als eine Art „Betriebsunfall" der „freien Welt" angesehen, so wie es der Enthüller der Pentagon-Papiere, David Ellsberg, später beschrieb. Zunächst sah er im US-Engagement „ein Problem", „später schien es

mir als Sackgasse, schließlich als Verbrechen. Jede dieser Positionen erforderte eine andere Haltung. Ein Problem hilft man lösen; aus einer Sackgasse will man sich herauslavieren; ein Verbrechen aber gebietet, daß man es anprangert und sich ihm widersetzt es geht darum, ihm sofort ein Ende zu bereiten, moralische und politische Veränderungen herbeizuführen."

Wir begannen, uns also den Betrieb genauer anzuschauen. Wir lernten am Beispiel Vietnam. Eric Nohara, mit dem wir damals - 1967 - ein EXTRA-Blatt über die Aggression in Indochina machten, schildert das so:

„Was damals von SDS-Studenten in Arbeitsgruppen an Fakten gesammelt wurde, stammte nicht aus Agentenberichten oder FNL-Dokumenten, sondern war in Büchern und Artikeln bürgerlich-liberaler Autoren nachzulesen. Nicht Marx, Engels, Lenin und Mao waren unsere Gewährsleute (die kamen erst später), sondern Buttinger, Devillers, Duncanson und Fall. Allerdings - ihrem Material mußte man glauben wollen, denn die von ihnen präsentierten Zahlen und Tatsachen erschienen auf den ersten Blick wie plumpe Bilderbücher, wirkten anfänglich so, wie die Vorstellung des Mäxchens von der SED über die Ursachen einer Revolution."

Über die Macht der Großgrundbesitzer und über ihre erst französischen und dann amerikanischen Gönner und Beschützer war da zu lesen, über den Volksentscheid des Diem-Regimes in Saigon, wobei von den 450 000 eingetragenen Wählern genau 605 025 „Ja"-Stimmen abgegeben wurden, und . . . und . . . und . . .

Eric Nohara: „Wir lasen dies mit Staunen, rieben uns die Augen, verglichen die Texte miteinander und bekamen so am Beispiel von Vietnam und der hierzulande verbreiteten frommen Legenden eine Einführung in die Manipulation der Presse ebenso wie in die politische Ökonomie."

Unser Lernprozeß war in der ersten Instanz gewonnen. Unmerklich - ich meine: von uns selbst kaum wahrgenommen - hatten wir inzwischen Schritt für Schritt die Position bürgerlicher Demokraten verlassen. Wir mußten nun zwangsläufig weiterdenken, weil wir redlicherweise nicht mehr auf die Ausgangspositionen zurückkehren konnten. Oft waren wir mit unseren Gedanken schon weiter als wir es uns zuzugeben trauten. Die antikommunistischen Abwehrstoffe, die man uns - besonders in West-Berlin - seit früher Jugend eingeimpft hatte, schienen uns gegen offensichtlich vernünftige Schlußfolgerungen immun gemacht zu haben. Eine Vokabel wie „Klassenkampf" war ideologisches Pfui, obwohl sie sich schier aufdrängte zum Verständnis der vietnamesischen, der amerikanischen und auch unserer Wirklichkeit.

Wir hatten daran eine ganze Zeit emotional zu knabbern, ehe wir darangingen, unsere Gefühle durch den Verstand zu filtern, sie zu rationalisieren ohne sie zu rationieren. Aus unseren Sprüchen wurden so Ansprüche - auch an uns selbst. Der nur-moralische Protest wurde zu einem auch-politischen. Er bekam Hand und Fuß, und die Hand ballten wir zur Faust. Aus dem Mit-Leiden war nun ein Mit-Kämpfen geworden.

Es gibt manche Linke, die heute vergessen haben oder es zumindest verdrängen, daß sie nicht die marxistische Weisheit schon mit dem Alete-Löffel gefressen haben. Fast scheint es so, als ob sie sich ihres früheren moralischen Protestes schämten, als wäre das nicht erst der Denk-Anstoß gewesen, der sie weiterbrachte. Das artet dann in Ungeduld und dogmatische Arroganz gegenüber jenen „Gefühls-Linken" aus, die ihre antisozialistischen Hürden noch nicht genommen haben. Emotionen gestatten sich solche Polit-Oberlehrer dann bestenfalls als Massenveranstaltung, abgesichert durch gleichartige Ausbrüche bei Gesinnungsgenossen. Mir graust, offen gesagt, vor all den Super-Linken, die das Fragen und Zweifeln aufgegeben haben, die verständnislos gegenüber jenen sind, die verstehen wollen. Stockfische, die die moralische Basis ihres politischen Anspruchs nicht mehr wahrhaben wollen. Verbiesterte Typen, die nicht richtig lachen, nicht lieben, nicht hassen können, bei denen kein Funke überspringt, weil ihr „Sozialismus" nichts mehr mit dem Vergnügen am Denken und auch nichts mit sonstigem denkbaren Vergnügen zu tun hat. Das ist nur noch Pflichtübung, sonst nichts. Geballte Fäuste dürfen sich nicht verkrampfen, sie müssen auch offen sein können für die Freundlichkeit von morgen, von der jeder sein Quantum Zärtlichkeit schon heute braucht.

Dogmatismus wird dann schnell zur Inhumanität. Auch das ist eine „vietnamesische Erfahrung". Ein Beispiel: Christian Semler und Jürgen Horlemann, die später folgerichtig die „KPD"-Sekte gründeten, erklärten schon 1969 in ihrer „Roten Presse-Korrespondenz" die Forderungen „Frieden für Vietnam" zu einer „revisionistischen Parole". Ihre Begründung ist widerlich, aber simpel: „Der exemplarische Charakter des Vietnam-Krieges" lag für diese studentischen Strategen darin, „daß der US-Imperialismus mit jedem Napalm-Kanister, den er in den vietnamesischen Dschungel schmeißt, seine eigene Niederlage vorantreibt." Dadurch würden nämlich die alten sozio-ökonomischen Verhältnisse zerstört und neue geschaffen, die die davon Betroffenen zwingt, mitzukämpfen. „Darum nicht ‚Frieden für Vietnam`, sondern ‚Sieg im Volkskrieg`!"

Oder, noch klarer ausgedrückt: Nicht „Frieden für Vietnam", sondern „Mehr Napalm auf Vietnam!" Nur, daß sich die Maohelden denn doch nicht trauten, ihren Slogan „Sieg im Volkskrieg" in Klartext zu formulieren.

Wo war da eigentlich der Unterschied zwischen dieser links-phraseologischen Brutalität und der kühlen Killer-Logik des „Welt"-Kommentators, der nach dem „im gewissen Sinne unvermeidlichen" Massaker von Song My im März 1968 meinte: „Hätten die Amerikaner das Dorf mit Napalm verschmort, niemand würde darüber ein Wort verlieren - obschon die Einwohner auf noch grausamere Weise ums Leben gekommen wären . . . Wahrhaftig: Es geht nicht darum, daß die Bewohner eines Dorfes ausgelöscht wurden, das passierte in Vietnam Tag für Tag."

Es war Ho Chi Min, der große, alte, weise Mann mit dem Zickenbart, dessen Name allein schon unsere Demonstrationen auf Trab brachte, wenn wir im Laufschritt das „Ho-Ho-Ho-Chi-Min" durch die Straßen riefen - er war es also, der es „allen friedliebenden Menschen in der ganzen Welt" bescheinigt hat, wie ihr Engagement seinem Volk siegen hilft. „Unser Volk wertet diese Anstrengungen sehr hoch", sagte Ho. Und: „Gemeinsam werden wir denen die Maske abreißen, die in den Dienst der amerikanischen Imperialisten getreten sind . . ."

Heute liest man da und dort, daß die USA in Asien ihr Gesicht verloren hätten. Und wo, bitte sehr, haben die hiesigen US-Söldner in Parteibüros und Redaktionsstuben ihr Gesicht gelassen? Sie haben es noch, wenn auch etwas schreckensbleich, und wir sollten uns dieses Gesicht anschauen.

Nein, wir sehen da nicht die Horror-Fratze des Imperialismus. Uns wird ein kosmetisch geliftetes Image präsentiert. Bundespräsident Walter Scheel drückte es einst so aus: „Es hat Jahrzehnte gedauert, bis die inhumanen Züge des Kapitalismus geglättet wurden. Und es wird noch einige Jahrzehnte dauern, bis wir Zug um Zug sein Antlitz vermenschlicht haben."

Frankenstein wird geliftet.

Das Monster kann auch traurig sein. „Was in Kombodscha geschehen ist, bricht einem das Herz", schluchzt US-Außenminister Kissinger im „Spiegel". Und das war geschehen: „Wir waren einer politischen Übereinkunft in Kambodscha nie so nahe wie etwa im Sommer 1973, aber diese Hoffnung ist an dem Tag verflogen, an dem wir nicht mehr bomben konnten."

Die totale Niederlage in Vietnam ist für Kissinger eine Katastrophe, die „unserem Ansehen in der Welt schadet". Denn: „Wenn ein Land sich zehn Jahre lang auf ein Unternehmen einläßt, das offensichtlich kein Erfolg ist, dann stellt man sein Urteilsvermögen seine Einsicht und seine Leistungsfähigkeit in Frage."

Das „Unternehmen" war ganz offensichtlich „kein Erfolg". Das ist die „vietnamesische Erfahrung" der Komplizen, lies: der Bündnispartner der USA: Ihr Vertrauen in den Big Brother, in den Welt-Sheriff von John-Wayne-Zuschnitt, ist erschüttert. Was soll an dieser Supermacht noch super sein, wenn sie von einem so kleinen, scheinbar so unscheinbaren Bauernvolk derart vernichtend geschlagen wird.

Nun, dem Volk Vietnams hat eine andere Supermacht zur Seite gestanden: die der internationalen Solidarität. Dazu gehört auch und vor allem die Hilfe der Sowjetunion für Vietnam, die einmal mehr die materielle Hauptlast zu tragen hatte. Über 80 Prozent der Waffen lieferte sie Nordvietnam und den südvietnamesischen Befreiungskämpfern.

30 Jahre nach dem Sieg über den Hitlerfaschismus - und hier können wir es uns ja wohl ersparen, den Anteil der Sowjetunion an diesem Sieg zu „belegen" - ist dieser erste große verlorene Krieg für den US-Imperialismus von historischer Bedeutung. In Asien kippen die Dominosteine einer nach dem anderen - und immer schneller hintereinander. In Afrika gehen die früheren portugiesischen Kolonien in die Unabhängigkeit. Das bedeutet eine stärkere Unterstützung der rhodesischen Freiheitskämpfer. Das reaktionäre Regime Südafrikas wird mehr und mehr eingekreist.

In Europa ist Portugal inzwischen vom State Department der USA als „Teil der freien Welt abgeschrieben". Wann folgt Italien? Wann folgt Spanien? Fragen der Zeit. Griechenland will raus aus der Nato. Auch die Türkei - hier hat sich Kissinger sein diplomatisches Meisterstückchen aus dem eigenen Fleisch herausgeschnippelt - macht den Amis Ärger. Kein Wunder, daß der jettende Friedensbomber klagt: „Wir haben ernste Probleme an der Südflanke." An welcher Flanke eigentlich nicht?

Da geht mal wieder ein Gespenst um - diesmal in der ganzen Welt. Das Gespenst der Vietnamisierung (in einem ganz anderen Sinne, als sich das Johnson und Nixon einst träumen ließen). Die Welt. verändert sich - zum Besseren. Und wir, oft genug als Weltverbesserer belächelt, gehören zu denen, die zur Veränderung beigetragen haben und weiter beitragen müssen.

Sicherlich: Im Augenblick bläst uns mal wieder ein ganz schön kalter Wind ins Gesicht. Die Reaktion pustet sich mächtig auf. Kram doch mal einer seine Vietkong-Fahne aus der APO-Kiste. Ein Rot, ein Blau und mittendrin ein blanker Stern. Das Ding weht jetzt über Ho-Chi-Min -Stadt. Ihr werdet sehen, wie es auch bei uns in den Tendenzwinden flattert, die die Reaktion mit ihrem kürzer werdenden Hemde macht. Weltweit erntet sie Sturm - und wenn ihr eines Tages bei uns die Puste ausgeht, wird sich zeigen, wer den längeren Atem gehabt hat.

Nämlich wir. Wie in Vietnam.

Konkret 06/75, S. 15

Norbert Blüm

Darf man Mörder Mörder nennen?

Mord, Totschlag, Terror und Gewalt begleiten die Menschheitsgeschichte. Abstrakte Entrüstung ändert nichts. Die Qual der Menschheit ist benennbar in den Opfern der Zeitgenossen. Nicht die Menschheit ist das Opfer der Gewalt, sondern der konkrete Nachbar, und die Folter läßt sich an vielen Stellen der Erde dingfest machen. Ihre Herren (nicht ihre Knechte) sind namentlich bekannt.

Die Benennung der Gewalttätigen erst transformiert die moralische Entrüstung in Politik. „Die chilenische Regierung ist eine Mörderbande." „Der den DGB besuchende ehemalige russische Geheimdienstchef Scheljepin ist ein Mörder." Das sind Sätze mit politischer Wirkung. „Gewalt muß bekämpft werden" dagegen ist allgemeines moralisches Gesabbel das nichts bewirkt als schöne Gefühle bei den Herstellern solcher onanistischer Rhetorik.

Können, sollen, dürfen Staatsmänner Mörder Mörder nennen, auch wenn diese sich als Staatsmänner maskiert haben? Nach der herkömmlichen Konvention darf Matthöfer die chilenische Regierung nicht Mörderbande titulieren. Aber was ist das für eine Konvention? Gehört die Welt einer Diplomatie, in der befrackt und schulterbandbeflaggt festlich diniert wird, während aus den Kellern des Festhauses die Schreie von Gefangenen mit den Klängen Mozart'scher Tischmusik konkurrieren, nicht eher auf die Bretter des absurden Theaters als auf jeden Fall in den Fundus der Außenpolitik?

Freilich, das Dilemma ist groß: Wir können Außenpolitik nicht im Elfenbeinturm der Selbstgenügsamkeit betreiben. Abmachungen, Verträge müssen das Miteinander, so gut es geht, regulieren, auch mit Staaten, die uns nicht passen. Aber muß denn Außenpolitik von menschlichem Leid absehen, damit sie klappt? Die „Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten anderer Staaten" ist eine fragwürdige Spielregel, wenn sie Konzentrationslager, die Zellen politisch Gefangener und Folterkammern verdunkelt. Schließlich ist das Gebot der Menschlichkeit älter als die Erfindung der Souveränität.

Wer sich über Matthöfers Beschimpfung der chilenischen Regierung aufregt, sollte nicht vergessen, seine Erregung ins Verhältnis zu den Taten derjenigen zu setzen, die Anlaß zu dem Titel Mörderbande gaben.

Mörderbande hin, Mörderbande her. Kriterium für die Rechtfertigung von Protest bleibt die Wirkung, die er erzielt. Wem hilft's?

Todenhöfer kann zu recht darauf hinweisen, daß seine weniger geräuschvolle Aktivität die Freilassung Hunderter politischer Gefangener in Chile zuwege gebracht hat. Ich halte dieses Ergebnis für einen beunruhigenden Einwand gegen Proteste, die nicht die gleiche Wirkung haben. Säße ich im Keller eines chilenischen Gefängnisses, mir wäre egal, wer mich herausholt und mit welchen Mitteln. Hauptsache frei. Deshalb erhält Todenhöfer zu recht den Dank vieler Freigelassener.

Hilfe durch diskrete Fürsprache oder lautstarke Proteste? Die Abwägung der Mittel ist jedoch nicht so simpel, wie das womöglich auf den ersten Blick aussieht. Beschränkung auf stillschweigende Fürsprache kann leicht zur ungewollten Komplicenschaft mit den potentiellen Gewalttätern von morgen degenerieren, wenn diese sich darauf verlassen können, daß wir auf öffentliche Entlarvung verzichten, um das jeweils Schlimmste zu vermeiden.

Es müßte so etwas entstehen wie die globale Öffentlichkeit einer Moral, die jeden Terror, jede Gewalt und Verfolgung mit der Sanktion der allgemeinen Verachtung bestraft. Im Wettkampf der politischen Systeme spielt Prestige keine untergeordnete Rolle. Dieser Bedarf nach Wertschätzung ist die Chance für eine neue moralische Weltöffentlichkeit, die freilich nur Macht entfalten kann, wenn sie auf keinem Auge blind ist und niemand schont, auch nicht die eigene ideologische Verwandt- oder politische Nachbarschaft. Angriffe auf die jeweils andere Hälfte der Weltkugel werden als propagandistische Apologie abgeheftet, wenn die Angreifer nicht auch zu Kritik im eigenen Lager oder auch nur bei denen, die nicht im anderen stehen, fähig sind. Chile, Sibirien, Vietnam ... liegen auf ein und derselben Weltkugel.

Konkret 06/75, S. 16

Bernt Engelmann

Bilderbuch-Boß Hanna Martin Schleyer

Welche Eigenschaften, Fähigkeiten, Herkunfts- und sonstige Merkmale muß ein bundesdeutscher Arbeitgeber-Spitzenverbands-Präsident der siebziger Jahre haben? Erste Anhaltspunkte liefern die Top-Job-Angebote der Manager-Makler in der einschlägigen Presse sowie in Capital-Vertraulich und ähnlichen Diensten. Sie zeigen, daß man bei Stellenangeboten mit Jahresbezügen von etwa 360 000 DM an aufwärts ganz andere Anforderungen stellt als bei der Anwerbung von Lohnbuchhaltern, Sekretärinnen, EDV-Hilfskräften oder Raumpflegerinnen.

Spitzenverdienern wird weder Fleiß noch Ehrlichkeit, Pünktlichkeit oder gar Sauberkeit abverlangt, auch keine „Bereitschaft, sich einem modernen, dynamischen Mitarbeiter-Team einzufügen und anzupassen". Sie müssen vielmehr „Führungsqualitäten" besitzen, auch Erfahrungen in der Leitung „großer Organisationen" (sprich: Konzerne), sollen „Lenkungsaufgaben energisch angehen" Und „modern lösen" können, kurz, eine „kraftvolle Persönlichkeit", ein richtiger Boß, sein.

Schaut man etwas genauer hin, so merkt man, daß in den Drei- bis Vier-Sterne-Generalsrängen der Wirtschaft, wie einst beim Militär, das Alter keine so große Rolle spielt wie bei den Normalverdienern: Die gesuchte Unternehmerpersönlichkeit kann ruhig schon an die 60 sein; bei kommandierenden Generalen wird Vitalität bis ins höchste Alter als beinahe selbstverständlich vorausgesetzt, und dies mit Recht. Denn wer sich nicht an der Front, am Band, an der den Rhythmus bestimmenden Maschine verschleißt, kann auch mit 75 noch kraftvoll Direktiven geben und Verantwortung delegieren.

Doch zurück zu den geforderten Top-Job-Qualitäten. Sie sind nicht alle aus den Anzeigen ersichtlich, jedenfalls nicht aus denen in der Tages- und Wirtschaftspresse, schon eher dagegen aus den Mitteilungsblättern exklusiver studentischer Corps. Dort, zwischen „In einer guten alten Firma (Spirituosen, 170 Mio DM Jahresumsatz) fehlt der Schwiegersohn. Welcher jüngere Cartellbruder möchte einheiraten?" und „Landwirtsch. Großbetrieb (Geflügelzucht) bietet Kartellbruder Gelegenheit . . .",entdeckt man bislang ungeahnte Top-Management-Erfordernisse. Das Studium der Anzeigen einiger Dutzend Corps-Blättchen führt zu dem Schluß, daß große Bosse nicht nur Akademiker sein müssen, zweckmäßigerweise Dr. jur., in der Montanindustrie Bergassessor, sondern unbedingt auch „Alter Herr" (AH) einer möglichst feudalen, schlagenden Verbindung, mit Stammesnarben („Schmissen") im Gesicht und glänzenden Beziehungen zu genas den richtigen Leuten („Werde zu Hause davon zu rühmen wissen!").

Leider zeigt weiteres Suchen, daß jemand, der 360 000 DM und mehr Jahresbezüge an der Spitze einer „großen Organisation" verdienen oder doch bekommen soll, auch anderen Eliteverbänden angehören - oder angehört haben - muß, in der Nazizeit am besten der SS (mit nicht zu niedrigem Rang), heute zumindest dem „Wirtschaftsrat der CDU e. V." oder dem „Wirtschaftsrat der Union e.V.", welch letzterer auch „Freundeskreis des Reichsführers FJS" -scherzhaft, versteht sich - genannt wird. Und wer gar Boß der Bosse, also Arbeitgeber-Präsident werden will, für den ist diese Voraussetzung so unabdingbar wie die Protektion eines der bundesdeutschen Mammutkonzerne, der Konsul-Titel vor dem Namen und ein absolut makelloser beruflicher Werdegang von einer Chefetage zur nächsthöheren.

Wenn wir nun prüfen, ob der seit 1973 amtierende Präsident der Bundesvereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände (BDA), Hanns Martin Schleyer, allen geforderten Qualifikationen entspricht und seine Jahresbezüge - Capital zufolge 550 000 DM - auch verdient, so ist es zwar auf den ersten Blick beruhigend, aus Hoppenstedt's *Leitende Männer der Wirtschaft* entnehmen zu können, daß Hahns Martin Schleyer den Doktorgrad der Jurisprudenz erworben hat, Konsul (von Brasilien) und auch Ehren-Senator (der Universität Innsbruck) sowie Vorstandsmitglied der Daimler-Benz AG in Stuttgart-Untertürkheim und 16facher Aufsichtsrat ist, davon viermal Vorsitzer und einmal stellvertretender Vorsitzer. Aber letzte Zweifel kann erst eine genaue Prüfung seines Lebenslaufs zerstreuen. Denn wie sollten wir sonst beurteilen, ob es sich bei den Narben im Gesicht des Herrn Arbeitgeber-Präsidenten um echte „Schmisse" handelt oder womöglich nur um Andenken an eine mit abgeschlagenen Bierflaschen ausgetragene Meinungsverschiedenheit? Wie könnten wir -außer wir träfen ihn in der Sauna oder an der FKK-Buhne 16 bei Kameen, und er begrüßte uns mit erhobenem Arm -einwandfrei feststellen, ob ihm bei den Himmlerschen Heerscharen eine vorschriftsmäßige SS-Tätowierung zuteil wurde?

Ein Lebenslauf des Dr. jur. Hanns Martin Schleyer ist in jedem besseren Nachschlagewerk zu finden, wenngleich nur in Stichworten, die uns nicht voll befriedigen können. Am besten, wir lassen den Herrn Konsul Schleyer selbst zu Wort kommen (wobei wir seine eigenen Auslassungen durch Kursivschrift deutlich abheben von den von uns hinzugefügten notwendigen Ergänzungen und Erläuterungen).

Ich, Dr. jur. Hahns Martin Schleyer, bin am 1. Mai 1915 in Offenburg (Baden) als Sohn eines Richters - und zwar eines Landgerichtsdirektors - ge*boren, besuchte das Gymnasium und trat bereits 1931 im Alter von 16 Jahren der nationalsozialistischen Bewegung bei, zunächst der HJ, dann der SS. Nach dem Abitur begann ich mit dem Studium der Rechtswissenschaft an der Universität Heidelberg, wurde dort - als* einer der letzten, die dieser exklusiven Verbindung noch beitreten konnten, ehe sie in der NS-Studentenschaft aufging, im Corps Suevia des Kösener Senioren-Convents aktiv; die „Schmisse" sind auf dem „Paukboden" der Sueven erworben, nicht bei einer Wirtshausschlägerei. Weitere Tätigkeit in Heidelberg: - *Leiter des NS-Studentenwerks, - als* solcher Mitverfasser eines Denunziantenberichts über den Freiburger Rektor Metz, der seine Universität nicht vorschriftsmäßig hakenkreuz-beflaggt, eine Beteiligung der theologischen Fakultät an der Fronleichnamsprozession geduldet, dagegen den Reichsstudentenführer an einer Rede gehindert (!) hatte; der für Rektor Metz folgenschwere Bericht ging über das badische Kultusministerium eilig an den Herrn Reichsminister für Wissenschaft, Erziehung und Volksbildung in Berlin, Pg. Rust, und der griff dann energisch durch.

Nachdem SS-Untersturmführer stud. jur. Hahns Martin Schleyer, „Amtswalter" des NS-Reichsstudentenwerks, so und ähnlich maßgebend mitgewirkt hatte an der „Gleichschaltung" und Reinigung der Universitäten Heidelberg und Freiburg von Nazigegnern, Judenstämmlingen und Miesmachern, waltete er seines Amtes in Österreich, das 1938 vom „Anschluß" an das Hitler-Reich ereilt worden war.

Als Leiter des NS-Reichsstudentenwerks in Innsbruck und beauftragt mit der *nationalsozialistischen Prägung* der dortigen Universität, richtete er aus der noch etwas verlotterten „Ostmark" heim ins Reich die Bitte, ihn *der Polizeidirektion Innsbruck zuzuweisen.*

Nach Kriegsausbruch und kurzer Dienstzeit bei einer großdeutschen Gebirgsjäger-Einheit erhielt Hahns Martin Schleyer einen neuen „Gleichschaltungs"-Auftrag, nämlich die Leitung des NS-Reichsstudentenwerks an der alten Karlsuniversität zu Prag. Dorthin reiste er in SS-Uniform, das NSDAP-Parteibuch in der Tasche, das goldene Abzeichen des bewährten Altnazis an der Brust, entschlossen, als frischgebackener Dr. jur. der Universität Innsbruck künftig seinem Papa, dem Herrn Landgerichtsdirektor, nicht mehr auf der Tasche zu liegen.

Ich hatte meinem Vater versprochen, keinen Pfennig mehr von ihm anzunehmen, und nur deshalb brach der Gerichtsreferendar Dr. Schleyer nun seine Ausbildung ab und nahm Abschied von Studentenleben, Universitäts-Umprägung und Beamtenverhältnis. Dazu brauchte er allerdings die Erlaubnis seines Dienstherrn, des Reichs- und preußischen Ministers des Innern, Pg. Dr. Wilhelm Frick, dem er folgendes schrieb:

„Ich bin alter Nationalsozialist und SS-Führer und darf für mich in Anspruch nehmen, daß mich keine äußerlichen Beweggründe hier festhalten. Der Präsident des Zentralverbandes der Industrie in Böhmen und Mähren und der Leiter der kriegswirtschaftlichen Abteilung haben mich aufgefordert, im Rahmen der Protektoratswirtschaf t mitzuarbeiten und mich kriegswirtschaftlichen Arbeiten zur Verfügung zu stellen . . .

Die uns in jungen Jahren in der Kampfzeit anerzogene Bereitschaft, Aufgaben zu suchen und nicht auf sie zu warten, der ständige Einsatz für die Bewegung auch nach der Machtübernahme, haben uns früher als sonst üblich in Verantwortung gestellt. Diese Aufgabe glaube ich hier im Protektorat gefunden zu haben . . . Heil Hitler! gez. Dr. Harms Martin Schleyer."

Bis zum Zusammenbruch der deutschen Herrschaft über die Tschechoslowakei blieb Dr. Schleyer in Prag. Als Leiter des Präsidialbüros im „Zentralverband der Industrie für Böhmen und Mähren", zugleich zuständig für die rasche und vollständige Eingliederung des tschechoslowakischen Industriepotentials in die Kriegswirtschaft des Hitler-Reichs, lebte er zwar nicht wie Gott in Frankreich, aber wie ein hoher NS-Funktionär und SS-Führer in Böhmen. Und er lernte viel „richtige" Leute kennen.

SS-Führer Dr. Harms Martin Schleyer - „Wir *in Prag wußten doch schon, daß der Krieg verloren ging. Mich hat auch nichts, was man nach dem Ende erfuhr, überrascht" - verschwand* rechtzeitig aus dem Protektorat und setzte sich - „In *meiner Position hatte ich doch den Überblick!"* - klugerweise nicht in den dann sowjetisch besetzten Teil Deutschlands, auch nicht in die Zone der - anfangs gegen SS-Führer noch etwas voreingenommenen - Amerikaner, sondern ins französisch besetzte heimatliche Baden ab.

Aber der Übergang vom Faschismus zur Demokratie, den Dr. Schleyer innerlich nahtlos vollzog, ging äußerlich auch bei ihm nicht ohne eine kleine Komplikation vonstatten. Er wurde nun seinerseits der Besatzungsmacht denunziert, kam in ein Internierungslager und konnte da nicht mehr behaupten: *„Ich bin alter Nationalsozialist und SS-Führer und darf für mich in Anspruch nehmen, daß mich keine äußerlichen Beweggründe hier festhalten!"*

Fast drei Jahre lang hielten ihn diese „äußerlichen Beweggründe" der Franzosen hinter Stacheldraht - ohne *jedes Gerichtsurteil,* wie er dazu heute noch bitter bemerkt, wenngleich er damit ein wenig irrt: Die freiwillige SS-Mitgliedschaft nach dem 1. September 1939 war aufgrund eines Gerichtsurteils zu bestrafen. Die SS wurde nach dem Londoner Abkommen vom August 1945 und dem Kontrollratsgesetz Nr. 10 über Verbrechen gegen die Menschlichkeit vom

Internationalen Militärtribunal der Alliierten unter Anklage gestellt und - zusammen mit der Gestapo, dem Sicherheitsdienst (SD) und dem Korps der politischen Leiter der NSDAP - für verbrecherisch erklärt. Das geschah am 1. Oktober 1946 aufgrund der gerichtlichen Beweisaufnahme, die ergab, daß es sich bei der SS um eine Vereinigung zu kriminellen Zwecken gehandelt hatte.

Als Dr. Hanns Martin Schleyer 1948 aus der Haft entlassen wurde, da hatten sich die Zeiten schon etwas geändert. Ein französischer Offizier entschuldigte sich bei ihm wegen der erlittenen Unbill, und als es dann an die Entnazifizierung ging - dergleichen nahmen damals Spruchkammern und -ausschösse vor mit ganz (oder doch beinahe) unbelasteten Deutschen als Vorsitzenden; im Landkreis Schongau, beispielsweise, stand dem Spruchausschuß ein späterer Schleyer-Intimus vor, der Oberleutnant a. D. und ehemalige weltanschauliche Referent beim NSKK-Sturm 23/M 6 in München, Franz Strauß, der sich unter dem Einfluß eines amerikanischen Geheimdienstoffiziers namens Ernest F. Hauser zu einem vorbildlichen Demokraten gewandelt hatte -, da besaß Dr. Schleyer bereits einen Reisepaß, was für Deutsche damals ungewöhnlich war - vom französischen Geheimdienst, wie er dem „Stern" gegenüber „ein wenig stolz" berichtete.

Vom Ausland aus rief Dr. Schleyer seine Entnazifizierer an und bat, seine Abwesenheit zu entschuldigen. Sie waren so beeindruckt, daß sie den ehemaligen SS-Offizier eilig als harmlosen „Mitläufer" einstuften, und damit stand der weiteren Karriere des Dr. Hanns Martin Schleyer nichts mehr im Wege.

Er selbst sieht allerdings rückblickend die späten vierziger Jahre etwas anders: *Wer diese Phase noch miterlebt hat, wird sich erinnern können, wie schwer es damals war, beruflich wieder Fuß zu fassen . . . Hier half mir der Zufall weiter. Ich bekam die Offerte, mich in einer süddeutschen Industrie- und Handelskammer in den mir bis dahin fremden Sektor „Außenwirtschaft" einzuarbeiten. Am Rande einer Vortragsveranstaltung wurde ich auf meinen Werdegang angesprochen, und offensichtlich war er für meinen Gesprächspartner interessant genug, um mir ein Angebot desjenigen Unternehmens einzutragen, in dem ich heute noch tätig bin. Ich begann bei der Daimler-Benz AG . . .*

Ob es nun ein Cartellbruder oder ein SS-Kamerad war, der den 36jährigen Dr. Schleyer zu „Mercedes" holte, jedenfalls war der „Zufall" nicht gar so groß. Bei Daimler-Benz traf sich in den frühen fünfziger Jahren - so der „Stern" - „alles, was auch während der NS-Zeit Rang und Namen in der Wirtschaft gehabt hatte".

Ich begann bei der Daimler-Benz AG als Sachbearbeiter, übernahm nach eineinhalb Jahren die Leitung des Hauptsekretariats und wurde Assistent des Vorsitzenden des Vorstands. Von da an hat sich sein Vertrauen in einer für meine weitere Entwicklung förderlichen Weise ausgewirkt.

Schon 1956 wurde Dr. Schleyer Leiter der Daimler-Personalabteilung, 1959 stellvertretendes, 1963 ordentliches Vorstandsmitglied dieser Perle der aufblühenden bundesdeutschen Automobilindustrie. Zugleich war und blieb er der Vertrauensmann der Flick-Gruppe, deren Chef, Friedrich Flick, das dickste Paket an Daimler-Aktien hielt. Als Personalchef der fast 100 000 Daimler-Beschäftigten politisierte Hanns Martin Schleyer den Daimler-Benz-Konzern und sorgte dafür, daß das Haus nicht nur „den guten Stern auf allen Straßen" produzierte, sondern auch gutes Geld in allerlei rechte Kanäle fließen ließ. Die Spendenpolitik delegierte er an seinen Freund Dr. Heinz Burneleit, Vorstandsmitglied der weit rechtsaußen angesiedelten „Deutschland-Stiftung e. V." und Vertriebenen-Funktionär in der Landsmannschaft Ostpreußen, so daß man nicht lange zu überlegen braucht, wenn man sich ausmalen will, wer alles Daimler-Geldspritzen bekam und noch bekommt. Aber der aufstrebende Daimler-Boß Schleyer war auch innerhalb des Konzerns politisch aktiv: Er baute einen Werkschutz auf -und in derlei Dingen hatte er ja aus dem „Dritten Reich" seine Erfahrungen -denen es obliegt, die Hunderttausendmann-Belegschaft frei von linken Einflüssen zu halten. Dazu der „Stern": „Wer als Student jemals einer linken Gruppe angehörte, hat kaum eine Chance, Mercedes-Angestellter zu werden. Schleyers Leute kennen die Vergangenheit der Bewerber, noch ehe sie sich persönlich vorstellen."

Das ist, zumindest für die Großaktionäre, ein Beweis dafür, wie fest Dr. Schleyer auf dem Boden der Demokratie steht, und sie bewundern ihn deshalb sehr. Ihnen und sogar Schleyers Vorstandskollegen ist es ein Rätsel, wie er das alles schafft: die Geldspritzen für die „richtigen" rechten Ultras, die Bespitzelung der Belegschaft, die „verfassungsschutzmäßige" Vorprüfung aller, die sich bei Daimler um einen Job bewerben, und dazu eine emsige Verbandstätigkeit, die Schleyer übrigens auch durchaus „SS-mäßig" - um einen Lieblingsausdruck des Reichsführers und Flick-Freundes Himmler zu benutzen - auszuüben verstand und noch versteht.

1963 machte sich Hanns Martin Schleyer einen Namen als harter und eiskalter Vorsitzender der „Gesamtmetall"-Unternehmer im tarifpolitischen Wetterwinkel Baden-Württemberg. *„Ich hab' die Unternehmer damals zum erstenmal zur Solidarität gezwungen. Und das war schon eine Sache für uns!"* Wie er das machte, braucht nicht näher erläutert zu werden; schließlich sind die meisten Metallindustriellen des Tarifgebiets direkt oder indirekt vom mächtigen Daimler-Konzern und dessen Hausbanken, Großaktionären oder politischen Freunden abhängig. Wozu er die kleinen Unternehmer zwang, war indessen nicht nur Solidarität, sondern in erster Linie eine von vielen Juristen für verfassungswidrig gehalten, auf jeden Fall höchst bedenkliche Maßnahme: Die Aussperrung von über 300 000 Arbeitnehmer mit dem Ziel, sie und ihre Gewerkschaft, die IG Metall, weich zu machen.

Dr. Hanns Martin Schleyer ist der Prototyp des „Hier-bin-ich-Herr-im-Hause"-Bosses. Um so gespannter durfte man sein, als er ein Buch veröffentlichte und ihm den Titel *Das soziale Modell* gab. Doch er hätte besser daran getan, nicht auch noch als Autor hervorzutreten. Große Bosse wie auch Feldmarschälle, Boxer und Tenöre sind als Verfasser von Büchern selten so gut wie in ihren normalen Rollen, und für Daimler-Personalchef Schleyer wäre eine kurze, markige Ansprache vor halbtauben Jubilaren und etwas höriger Presse das Richtige gewesen. Da wäre es nicht weiter aufgefallen, daß der „Alte Kämpfer" nur und zum Teil recht widersprüchliche Gemeinplätze zwanglos aneinderreiht und sie auf etwas stellt, was er eine *„ordnungspolitisch werthafte Basis"* nennt.

Schleyer selbst sieht sein Erstlingswerk, dem - wie zu befürchten steht -weitere folgen werden, ganz anders, werthafter: *„Durch mein Buch zieht sich wie ein roter Faden die Verteidigung der Freiheit!"* Gemeint ist damit selbstverständlich die Freiheit allein der Unternehmer, ohne die es laut Schleyer keine Freiheit gibt. Der Feind aber, der diese Unternehmerfreiheit bedroht, steht links und heißt Kollektiv. *Erst das Aufkommen des Kollektivismus hat die abendländische Freiheit bedroht.*

Lieb' Abendland, magst ruhig sein! Noch steht SS-Führer a. D. Hanns Martin Schleyer zwischen Unternehmerfreiheit und den anstürmenden roten Horden, an deren Spitze der Tschingis Khan Heinz Oskar Vetter mit der roten Ulrike und der roten Heidi reitet, dahinter alle anderen Linksextremisten wie Brandt und Wehner, Maihofer und Helmut Schmidt, Jochen Steffen und Matthöfer, IG-Metall-Chef Loderer und Hildegard Hamm-Brücher mit ihrem roten FDP-Kollektiv . . .

Auf Schleyers Schreibtisch liegt das „Deutschland Magazin", das sein *Weltbild mitformt, während umgekehrt Schleyer und seine Freunde denn absolut demokratischen Blatt ab und an etwas zukommen lassen.* Und ebenfalls auf dem ansonsten, wie bei allen großen Bossen, fast leerdelegierten Schreibtisch des Daimler- und Arbeitgeberbosses zeigt ein Fähnchen an, wie notfalls die Freiheit des abendländischen Unternehmertums verteidigt werden soll. Es sind die Farben Brasiliens, wo Polizeiterror, Mord und Folter die werthafte marktwirtschaftliche Freiheit und Ordnung gegen das hungernde Kollektiv abschirmen.

Hierzulande sieht Hanns Martin Schleyer heute seine politische Heimat bei der bayerischen CSU, und mit Franz Josef Strauß fühlt er sich seelenverwandt. Als Pragmatiker setzt er indessen auf *„das Tandem Biedenkopf-Kohl, denn allein sind beide zu schwach`:*

Übrigens, aber das gehört eigentlich nicht mehr in den Lebenslauf, sondern bereits zu den Perspektiven, zum *Curriculum vitae in spe:* In einem Kabinett Kohl-Biedenkopf, so jedenfalls meinen Hanns Martin Schleyers Freunde in der Union, peilt der Arbeitgeber-Präsident einen Ministerposten an. Vielleicht, so glauben die einen, will er als Nachfolger so vieler christlicher und sozialdemokratischer Gewerkschafter der erste Unternehmer-Arbeitsminister der Bundesrepublik werden, wenn sich die Mitbestimmung auf keine andere Weise mehr verhindern läßt als durch zielbewußte Verschleppung und Verwässerung. Leute, die Hanns Martin Schleyer noch etwas besser kennen, glauben mehr an seine Ambitionen auf das Amt des Verteidigungsministers. Doch das kann auch nur eine Finte sein, denn der Posten, der Schleyers Naturell und seinen Erfahrungen - von der SS-Frühzeit bis zur Epoche des Daimler-Sicherheitsdienst-Aufbaus - am meisten entspricht, wäre der eines Ministers im Bundeskanzleramt mit der Aufgabe, die Geheimdienste zu koordinieren und alle Ressorts abzuschirmen.

Die Festigkeit der Fundamente, die das labile Gebäude der Freiheit tragen, ist vorrangig und ständige Aufgabe jeder verantwortungsbewußten Politik. Zu diesen Fundamenten der Freiheit gehört unverzichtbar . . . eine Ordnung, in der das Gleichgewicht der gesellschaftlichen Gruppen gesichert ist - das Gleichgewicht zwischen den wenigen Herrschenden, weil Reichen und Mächtigen, und den vielen Abhängigen, weil Besitzlosen und nur im Kollektiv Starken - *Diese Ordnung ist gefährdet, nicht erst seit heute, aber bedrohlicher denn je zuvor! Zwar geht die Bedrohung am härtesten von jenen aus, die mit strafrechtlich relevantem Vorsatz offenen Umsturz propagieren. Doch so ernst auch deren verfassungsfeindliche Energie zu nehmen ist, so kompromißlos ihnen auch entgegenzutreten ist: sie sind in ihrem Vorsatz isoliert; zu unverhüllt sind ihre freiheitsfeindlichen Ziele . . . Doch Bedrohung geht auch von denen aus, die nicht sehen oder nicht sehen wollen, daß Freiheit . . . sogar von denen gefährdet werden kann, die im Zeichen der Freiheit angetreten sind: von den Gewerkschaften! -*

Wobei man aber nicht sicher sein darf, daß sich die Kollegen von der IG Metall geschmeichelt fühlen, wenn ihnen ein Alter Kämpfer der SS erklärt, wie die Freiheit auch vor den Gewerkschaften geschützt werden muß; 1933 gab es zu diesem Zweck Konzentrationslager. *Das gleiche müssen wir heute denen sagen, die da beschwichtigen, es werde schon so schlimm nicht werden, weil auf der Arbeitnehmerseite „vernünftige Leute" säßen . . . Ob das morgen noch stimmt? Sich darauf zu verlassen, hielte ich für leichtfertig. Aber selbst dann, wenn morgen nicht linke Ideologen die Plätze jener „Vernünftigen" einnehmen sollten: Die Machtfülle, die die (Mitbestimmungs-) Gesetzesvorlagen der Bundesregierung der Arbeitnehmerseite dann nicht nur anbieten, sondern aufdrängen würden, wären eine nicht zu verantwortende Versuchung!*

Harms Martin Schleyer, dem heutigen Sprecher von über 800 bundesdeutschen Unternehmerverbänden, wurde viel Beifall zuteil, als er erklärte, daß er und seine Kollegen *nicht tatenlos zusehen, wenn die Freiheit demontiert wird. Denn das Grundgesetz verpflichtet die Industriellen, die Demokratie mit allen Mitteln zu verteidigen.*

Leider sagte Hanns Martin Schleyer nicht, mit welchen Mitteln er und seine Bosse das zu verteidigen gedenken, was sie für Demokratie und Freiheit halten. Aber schon die reaktionären Prinzipien des Kartellverbands, dem Schleyer angehört, erst recht die Leitsätze der SS, in deren Uniform er dem „Führer" Treue schwor, lassen Vermutungen zu.

Leute seines Schlages und seiner Denkart haben zur Erhaltung ihrer Privilegien die erste deutsche Republik, so armselig und für sie harmlos sie auch war, ohne mit der Wimper zu zucken dem faschistischen Terror ausgeliefert. Dieselben Leute, die heute die freiheitlich-demokratische Grundordnung für sich gepachtet zu haben glauben, die das Wort „Demokratie" im Munde führen wie ehedem ihre Nazi-Phrasen, haben aus reiner Macht- und Besitzgier den chaplinbärtigen Diktator an die Macht gehievt, dann ermuntert und tatkräftig unterstützt bei allen Meuchelmorden und Überfällen und auch bei dem schließlichen Marsch in die Katastrophe. Es steht zu befürchten, daß sie ähnliches bedenkenlos von neuem tun würden, wenn man ihnen die Gelegenheit dazu gibt.

Um ein letztes Mal Hanns Martin Schleyer sprechen zu lassen: *Wer diese Sorge als zu hart empfindet, der muß sich von der Geschichte belehren lassen: Immer wieder hat sich gezeigt, daß der Übermachtanspruch einer einzigen Gruppe, zu Lasten aller anderen durchgesetzt, am Ende zu weniger Freiheit führte. Nur dieses Ergebnis zählt, und hierfür kommt es nicht darauf an, ob der Griff nach der Macht getragen war von gebündeltem Willen zum Bösen oder von diffusem Willen zum Guten.*

Konkret 06/75, S. 21

Ulrich Maske

Der Polizei Krawall

Chemische Keule nennen sie die neueste Waffe der Polizei, gedacht zur Verteidigung gegen unbewaffnete Angreifer. In Hannover wurde sie jetzt eingesetzt - in den Rücken fliehender Demonstranten (unten) und ins Gesicht des Demonstrationsleiters Dietrich Kittner (unten links). Auch sonst ließ die Polizei keine Gelegenheit zur Provokation und Schikane ungenutzt. Ulrich Maske hat den Einsatz beobachtet

„Abend für Abend, wenn die Hannoveraner von ihrer Arbeit nach Hause zurückkehren wollen, werden sie jetzt stundenlang von demonstrierenden Kommunisten und Sympathisanten aufgehalten."

„Hamburger Abendblatt"

„Krawall und Schlägereien oder nicht ist die Frage."

„Bild-Zeitung"

Ein Mann im Parka spricht einen Demonstranten an: „Hast du mal Feuer?" Der Angesprochene bleibt stehen, sucht in der Tasche, da zieht der mit dem Parka eine Polizeimarke hervor: „Sie sind festgenommen." Begründung: Demonstrieren ist genehmigt, stehenbleiben nicht. Der Mann muß mit, zur Feststellung der Personalien.

Polizisten haben sich so aufgestellt, daß Demonstranten ein kurzes Stück über die Schienen der Straßenbahn gelenkt werden. Das widerspricht der polizeilichen Auflage, die Schienenwege freizulassen. Einsatzbefehl: Knüppel frei.

„Alle Deutschen haben das Recht, sich ohne Anmeldung oder Erlaubnis friedlich und ohne Waffen zu versammeln." So steht es im Artikel 8 des Grundgesetzes.

Das Nähere regelt - etwa in Hannover - der Polizeipräsident: Zu beiden Seiten des Demonstrationszugs steht eine Polizeikette. Eine dritte und vierte marschiert neben den Demonstranten. Einige Demonstranten gehen „zu langsam" - zwanzig berittene Polizisten preschen hinein. Das Wasser der Wasserwerfer ist mit Tränengas untermischt. Polizisten tragen ein neues Produkt der US-Waffenschmiede Smith & Wesson: Es sieht aus wie eine Pistole ohne Lauf, versprüht den Giftstoff Chloracetophenon und heißt „chemische Keule". In der Gebrauchsanweisung steht, daß sie nur aus mindestens drei Meter Entfernung abgeschossen werden darf. Die Hannoveraner Polizei reduziert den Abstand bis auf 80 Zentimeter.

Wen die Keule trifft, der geht wie vom Schlag gerührt zu Boden, dessen Schleimhäute sind sofort gereizt, die Augen tränen, brennen, schwellen an, es folgen Brechreiz und depressives Unwohlsein. Da die Polizei sich anfänglich weigerte, den Ärzten Auskunft über die verschossene Giftmischung zu geben, konnten die ersten fünfzig Opfer nur experimentell behandelt werden. Ein Getroffener stand in Gefahr, zu erblinden.

Über Lautsprecherwagen betrieb die Polizei „Öffentlichkeitsarbeit". So nannte es Polizeipräsident Boge. Wenn Demonstranten vor Wasserwerfern zurückwichen, tönte es: „Hannoveraner, seht euch diese Demonstranten an. Sie gehen rückwärts, wie die Krebse!" Oder, als einige zum Schutz vor Polizei-Gift ihre Schals über den Mund zogen: „Hannoveraner, seht euch diese Demonstranten an: Sie tragen Gesichtsmasken. Wer ein ehrliches Anliegen hat, braucht sein Gesicht nicht zu verstecken."

Dietrich Kittner, Kabarettist, Demonstrationsleiter und eine Art Tribun der Straßenbahnfahrer, forderte die Demonstranten über Megaphon auf, sich nicht provozieren zu lassen. Für diesen Einsatz wurde Kittner gleich zweimal mit der „Keule" behandelt. Einem Journalisten, der das photographieren wollte, wurde die Kamera entrissen. Kittner ging zu Boden, und der Polizeilautsprecher dröhnte: „Wir sind hier nicht im Kabarett, Herr Kittner!" Und: „Herr Kittner, früher waren Sie ein Mensch, heute sind Sie nur noch Demonstrant!"

Am Polizeimikrophon saß sowohl jener Springer-Journalist, von dem die „Bild"-Sätze stammen: „Ein blasser Junge stand in der Straßenbahn und knipste die Fahrkarten. Er hieß Dietrich Kittner und machte seine Arbeit gar nicht mal so schlecht . . . Es ist derselbe Mann, der heute (zwanzig Jahre danach) an der Spitze der Demonstranten Hannovers Straßenbahn lahmlegt . . . Er fährt einen alten Opel-Diplomat, ist magenkrank und verheiratet. Einen Sohn hat er auch. Und jedesmal, wenn die ÜSTRA die Tarife erhöht, schlüpft der Ex-Schaffner in seinen Parka, holt das Megaphon aus dem Schrank und legt den Verkehr lahm. Alle Jahre wieder."

Was ist die „Rote-Punkt-Aktion"? Der Wahnsinnsfeldzug eines magenkranken Ex-Schaffners? Der Aufmarsch einer kriminellen Vereinigung? Ein DKP-Spektakel?

An der Aktion Roter Punkt beteiligen sich 60 Organisationen und Gruppen, darunter Betriebsvertretungen, Studenten- und Schulsprecher. Die Ortsverwaltung der Gewerkschaft Handel, Banken und Versicherungen rief auf: „Da die ‚Rote-Punkt'-Bewegung ebenfalls gegen Fahrpreiserhöhungen und für die Beibehaltung des Einheitstarifes eintritt, solidarisieren wir uns mit den Zielen und fordern alle HBV-Kolleginnen und Kollegen auf, sich den Rote-Punkt-Bewegungen anzuschließen." Gewerkschaftliche Vertrauensleute der IG Chemie forderten die „verantwortlichen Parteien CDU und FDP im Großraumparlament auf, die Fahrpreiserhöhungen und die Einführung des Stufentarifs umgehend zurückzunehmen." Auch die Jungsozialisten des Unterbezirks Hannover-Stadt schlossen sich der Aktion an.

An fünfzehn Tagen im April demonstrierten Tausende, an einem Wochenende sogar 40 000. Viele, die nicht demonstrierten, versorgen die Demonstranten mit Kaffee, Tee und Brötchen. An manchen Stellen sah man sogar Polizisten mit dem Roten Punkt am Revers. Die Werbemanager von „Fakt" wollten ihr „größtes Wäschestück der Welt" von einer Rote-Punkt-Demonstration begehen lassen, um es dann wieder strahlend weiß zu waschen. Rot-Punkt-Sprecher Kittner lehnte dankend ab.

1969 hatten die Hannoveraner mit ihrer Rot-Punkt-Aktion Erfolg: Die Fahrpreiserhöhung scheiterte. 1970 und 1972 hatte die Fahrpreiserhöhung Erfolg, und die Aktion scheiterte. Diesmal stehen die Chancen besser: Obwohl etwa die Jungdemokraten unter den Druck der FDP, die Jungsozialisten unter den Druck der SPD oder Pfarrer unter den Druck ihrer Kirchenleitung geraten sind, steht das Bündnis des Roten Punkts noch. Im Juni fällt die Entscheidung.

Konkret 06/75, S. 22

„Einmal in der Partei - nie wieder“

Die NSDAP hatte einen „Freundeskreis des Reichsführers SS“, in dem führende deutsche Unternehmer saßen. Die CDU hat einen Wirtschaftsrat, in dem führende deutschen Unternehmer sitzen. In KONKRET 4/75 dokumentierten wir die Zusammenhänge. Inzwischen liegt uns ein „vertraulich“ gestempeltes Papier vor: „Positionen für die künftige Arbeit des Wirtschaftsrates der CDU e.V.“ Dort heißt es unter Punkt 13: „... so erklärlich die politische Abstinenz des Unternehmers auch sein mag (einmal in der Partei, nie wieder!) ...“
In dem Papier entwirft der Wirtschaftsrat eine Strategie, wie man die „soziale Marktwirtschaft“ besser an den Mann bringen könnte und was dabei zu beachten ist. KONKRET dokumentiert Auszüge.

Die Regierungserklärung vom 18. Januar 1973 zeigt deutlich, daß SPD und FDP sich volksnäher zu geben wissen als die Unionsparteien. In Sprache und Motivation geht sie auf traditionell-konservative Grundstimmungen ein (Friede, Sicherheit, Leistung = deutsche Tüchtigkeit, Ordnung usw.), baut darauf Reformen (mit Maß und Ziel) auf und überhöht das ganze mit typisch christlichethischen Postulaten (gute Nachbarschaft, Dienst am Nächsten usw.).

Diese Stimm- und Stimmungslage gibt der SPD intern die Möglichkeit, die eigenen Linken (Juso und Stamokap) auf später zu vertrösten, allzu weitgehende Forderungen der organisierten Arbeitnehmerschaft in Grenzen zu halten, die FDP weitgehend als Bremser funktionieren und die Wirtschaft weiterhin opportunistisch operieren zu lassen.

Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion kann in Bonn nichts abwehren, aufhalten oder zum Besseren lenken, da sie keine Mehrheit besitzt. Sie wird zwischen Auf-den-Zug-Aufspringen und Links-Überholen in der parlamentarischen Alltagspraxis noch lange „versucht" werden. Noch diktiert das Schielen nach der Mehrheit das Handeln der Politiker (Quantitäts-Taktik). Notwendig aber ist das Erarbeiten und Vertreten einer - möglicherweise anfänglich unpopulären - echten Alternative (Qualitäts-Strategie).

Die verfaßte Unternehmerschaft (BDA, BDI, DIHT, ZHD, Branchenverbände usw.) wird verständlicherweise verstärkt kritische Neutralität oder pragmatischen Opportunismus gegenüber der Regierung und den sie tragenden Parteien praktizieren. Zu den Unionsparteien wird sich das Verhältnis weitgehend in kritische Distanz verändern.

Die relativ hohe Unwissenheit über ökonomische Tatbestände und Prozesse und deren Wirkungen und Rückwirkungen auf gesellschaftliche Tatbestände und Prozesse macht es den wachsenden Kräften der Systemveränderer leicht, Reformwünsche und Reformforderungen (zu erzeugen und) in sozialistische Utopien zu kanalisieren (Juso-Schlagwort: „Sozialismus - weil's vernünftig ist"). Dazu brauchen sie nur intensiv genug der bestehenden Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung Versäumnisse der Vergangenheit anzulasten und Unfähigkeiten für die Zukunft zu attestieren. Noch glaubwürdiger wird diese Strategie, wenn die Mängel personalisiert werden; der Sündenbock ist der Unternehmer. Er wird in ein Ghetto gepfercht, dessen Mauern Kapitalismus und dessen Inhalt Soziale Marktwirtschaft heißen. Die Kapitalismuskritik und Verfemung der Sozialen Marktwirtschaft nimmt nicht nur rapide an Schärfe und Intensität zu, sie ist auch - und das ist das gefährlichste - durch ethisch-moralische Kategorien überhöht.

Die zentrale Aufgabe des Wirtschaftsrates muß in der Zukunft in der Popularisierung der Sozialen Marktwirtschaft liegen. (Die Suche nach einem neuen Begriff oder die Verwendung eines anderen Begriffes wäre ein schweres Handicap!) Der Wirtschaftsrat muß sein Selbstverständnis darin finden, „Partei der Sozialen Marktwirtschaft" zu werden, unabhängig von den Trends der politischen Parteien. Je besser das die Öffentlichkeit erkennt, desto eher übernehmen die Parteien die Soziale Marktwirtschaft wieder.

Dabei sollte ein Konsens über folgende Prämissen bestehen:

-

Soziale Marktwirtschaft ist nicht nur ökonomisches Prinzip, sondern auch gesellschaftspolitische Ordnung und moralisch-ethische Kategorie.

-

Soziale Marktwirtschaft ist kein Patentrezept zur Lösung aller ökonomischen, gesellschaftlichen und moralischethischen Konflikte, aber sie verfügt über das humanste Potential an Mitteln hierzu, weil sie aus dem Urtrieb Eigennutz des Einzelmenschen die besten Dienste für das Gemeinwohl und die Gesellschaft gewinnt.

Der Wirtschaftsrat muß an der Wiederbesinnung auf die ethischen Fundamente der Sozialen Marktwirtschaft mitwirken. Nur wenn es gelingt, die ihr zugrunde liegende Idee, ihre Ziele und Prinzipien im Sinne einer positiven Zukunftsvision („Konkrete Utopie") bei der entscheidenden jüngeren Generation bewußt zu machen, wird sie dieser und folgenden Generationen erhalten bleiben.

Für Oberschulen und intellektuelle Schichten muß die äußerst erfolgreiche Engels-Broschüre mit aller Intensität vertrieben werden (eventuell auch über die Kultusministerien als Schullektüre empfehlen).

Für breite Bevölkerungskreise muß eine Soziale-Marktwirtschafts-Populär-Fibel geschaffen werden . . . Die Auflage der Fibel sollte möglichst hoch sein, um in alle Kreise einzudringen.

Speziell für Schulen, Volkshochschulen, Seminare usw. sollte in einem Projekt Programmiertes Soziale-Marktwirtschaft-Lernen Material zur visuellen, audiovisuellen und sonstigen lehrhaften Befassung mit der Sozialen Marktwirtschaft erarbeitet und vertrieben werden. Hier wird vor allem eine Kooperation mit dem DII (Deutschen Industrie Institut - Red.) und Lehrmittelverlagen sehr angezeigt sein.

In einer Schriftenreihe (möglichst Fremdverlag, Taschenbuch) sollten für die unbesetzten oder neuzubesetzenden Felder im Ordnungsrahmen der Sozialen Marktwirtschaft marktwirtschaftliche Lösungsvorschläge oder Modelle zur Diskussion gestellt werden.

Der Geschäftsführende Vorstand und der Geschäftsführer müssen in Zukunft die Kommunikationsmedien stärker nutzen mit den beiden Zielen: Positivierung des Bildes von Unternehmer und Sozialer Marktwirtschaft, Positivierung des Bildes vom Wirtschaftsrat.

Konkret 06/75, S. 23

Berufsverbot

Der Verfassungsbruch wird zur Routine. Jetzt hat das Bundesverwaltungsgericht die grundgesetzwidrige Anwendung des „Radikalenerlasses" auch noch juristisch abgesegnet. Was das Berufsverbot für die Betroffenen bedeutet, hat der westberliner Schriftsteller Peter Schneider („Lenz") in Szenen gefaßt. In einer davon kommt Topp von der Verhandlung seiner Sache in zweiter Instanz nach Hause:

Frau: Und, wie war's?

Topp: Aus. Ich bin endgültig draußen. Arbeitslos.

Frau: Was heißt arbeitslos? Du kannst am Bunsen-Gymnasium nicht mehr unterrichten? Ist das der Beschluß des Gerichts?

Topp: Ja. Das Gericht hat in zweiter Instanz die Kündigung durch das Oberschulamt bestätigt.

Frau: Das ist also unwiderruflich.

Topp: Ja.

Frau: Dann müssen wir vielleicht bald umziehen.

Topp: Wohin denn? Ins Ausland?

Frau: Nach Frankfurt, nach Berlin, in ein anderes Bundesland! Dann bewirbst du dich eben woanders.

Topp: Du verstehst nicht. Ich bin kein gewöhnlicher Verbrecher, der aus einem Hotel geworfen wird und vielleicht im nächsten wieder Arbeit findet. Ich bin ein Verfassungsfeind.

Frau: Red' keinen Unsinn. Du hast dich hinter deine Schüler gestellt, und das ist richtig.

Frau: Gott sei Dank besteht die Welt nicht nur aus Nordbaden.

Topp: Hast du heute die Zeitung gelesen? Da steht es doch drin: Kein Radikaler, der in einem Land als solcher entlarvt ist, soll in einem anderen angestellt werden. Jeder Bewerber für eine Lehrstelle wird vom Verfassungsschutz überprüft, auch wenn er nur zwei Stunden in der Woche unterrichten will. Und wenn er aus einem anderen Land kommt, dann wird eben von dort seine Akte angefordert.

Frau: Was heißt das?

Topp: Ich kann nicht nur am Bunsen-Gymnasium, ich kann an überhaupt keiner öffentlichen Schule mehr unterrichten, in keinem Bundesland.

Frau: Bis du ganz sicher? Ich mißtraue dir da, du verallgemeinerst immer so schnell, einen Märtyrer als Mann kann ich nicht brauchen.

Topp: Gut, ich bewerbe mich morgen in Hessen. In ungefähr sechs Wochen kriege ich Antwort. Und weißt du, was drinsteht? „Ihre Bewerbung ist bei mir eingegangen. Da noch nicht feststeht, in welcher Zahl sich Lehrkräfte bewerben werden, läßt sich derzeit nicht absehen, inwieweit ihre Bewerbung berücksichtigt werden kann!"

Frau: Woher weißt du das so genau? Im Wortlaut sogar, das ist einfach lächerlich.

Topp: Weil zufällig vor zwei Tagen ein Kollege, der ebenfalls als Verfassungsfeind abgelehnt ist, genau diesen Bescheid bekommen hat. So etwas merkt man sich.

Frau: Was sitzt du so idiotisch gefaßt da? Willst du nur Recht haben? Irgendeine Möglichkeit muß es doch geben. In der Forschung, da kannst du keine Kinder beeinflussen. Du wolltest doch sowieso irgendwann eine Doktorarbeit machen Dann machst du sie eben jetzt.

Topp: Der Radikalenerlaß betrifft nicht nur Beamte, er betrifft alle Angestellten des öffentlichen Dienstes. Auch in der Forschung würden sie mich nicht beschäftigen. In der Bibliothek vielleicht.

Frau: Aber vielleicht geht es in einem Jugendhaus, als Sozialpädagoge. Dann müßten wir eben mit weniger Geld auskommen.

Topp: Das ist alles öffentlicher Dienst. Und wenn ich nur zwei Stunden in der Woche arbeiten will, es findet eine Überprüfung durch den Verfassungsschutz statt.

Frau: Du übertreibst.

Topp: Ich finde, der Staat übertreibt.

Frau: Verrenn' dich doch nicht so gegen diesen Staat. Vor lauter Trotz wirst du wirklich noch ein Verfassungsfeind. Jetzt schau mich doch nicht so männlich an, was willst du denn tun, wenn alles nicht geht, wo willst du arbeiten?

Topp: Frei.

Frau: Was heißt frei?

Topp: Auf dem freien Markt, da kann ich arbeiten.

Frau: Als was denn? Was kannst du werden?

Topp: Alles, was man auf dem freien Markt werden kann. Arbeiter oder Unternehmer.

Frau: Arbeiter! Das sieht dir ähnlich. Das würdest du wahrscheinlich noch toll finden: Gekündigter Lehrer reiht sich als Hilfsarbeiter in die Reihen der Arbeiterklasse ein, ein Opfer der Politik. Das paßt doch überhaupt nicht zu dir. Das hältst du nicht aus. Und wenn du es aushältst, halte ich den konsequenten Blick nicht aus, den du dabei kriegst.

Topp: Dann sag' doch mal ernsthaft, was soll ich tun?

Frau: Warum hast du bloß diesen Rundbrief geschrieben? Wegen so einer Kleinigkeit eine ganze Existenz zu riskieren. Bist du verrückt, das steht doch in überhaupt keinem Verhältnis. Ein einziger Satz gegen eine Existenz.

Topp: Und das wirfst du mir vor? Du redest ja wie der Oberschulrat!

Frau: Das könnte denen so passen, daß ich meine ganze Wut an dir auslasse. Was haben denn diese Präsidenten und Vizepräsidenten für die Demokratie getan? Woher nehmen sie sich das Recht, als die einzig wahren Verfassungsfreunde aufzutreten. Nächstens fragen sie einen noch, was man zuletzt im Fernsehen gesehen hat. Welches Buch man auf dem Nachttisch liegen hat, oder mit wem man schläft!

Topp: Das fragen sie schon, dafür gibt es Beweise.

Konkret 06/75, S. 24

Peggy Parnass

Ein Arzt kommt selten allein...

Zum Arzt gehen unangenehm? Nicht doch. Ein notwendiges Übel? Doch eher ein Vergnügen. Wenn man von eventuellen Schmerzen und dergleichen absieht. Wo kann man sonst Stunde um Stunde in relativer Ruhe die Neue Revue, Wochenend, Praline, Frau im Spiegel, Kicker und und andere Scheißblätter vor und wieder zurück lesen? Sich mittels solcher Psycho-Vorbereitung gefügig machen und auf das einstimmen, was einen dann im Behandlungsraum erwartet.

Nicht schlecht ein Patient, dem Sorayas Blinddarmreizung wichtiger ist als der eigene Krebs. Keine überflüssigen Überlegungen, keine Ansätze zur Kritik werden in dem Verängstigten durch auch nur halbwegs kritische Schriften ausgelöst. Zur Not liegen auch für den Laien unverständliche Ärzteblätter aus. Ansonsten weiß ich von keinem Arzt, der sich die Mühe macht, seinen Kranken die frei im Handel befindlichen, nicht bloß verdummenden Zeitschriften zugänglich zu machen. Die paar Mark, die dem Patienten helfen würden, die trostlose Wartezeit sinnvoll zu verbringen, statt sie verblödend totzuschlagen, müßten bei den satten Ärzteeinnahmen wohl noch drin sein. Aber warum sollten ausgerechnet Ärzte gegen ihre eigenen Interessen handeln?

Wenn von Ärzten die Rede ist, welche meint man? Wohl selten die sich aufopfernden Samariter mit Heiligenschein, die ich mir als Kind vorstellte. Wohl eher das Heer von überlasteten Praxisinhabern. Die schon gar nicht mehr wissen, wen sie alles, wogegen, womit verarzten.

Praktische Ärzte, die nicht den Mut haben, ihre Grenzen einzugestehen, die jahrelang idiotisch herumexperimentieren, statt schnell an Fachärzte zu überweisen.

Oder Zahnärzte. Ich hab' schon so oft Zahnärzte bedauert, weil sie sich immer nur über angsterfüllte Augen und oft Schreie ausstoßende, übelriechende Mäuler beugen müssen. Dazu noch den ganzen Tag stehen. Inzwischen ist mir klar, daß diese Handarbeit ein Vermögen einbringt. Und daß es auch Zahnärzte gibt, die sich mit dem Bohrer für eigene Unbill rächen.

Oder die Schwarzmarkttypen, die mit Abtreibungen Kohle machen. Die Prestigeheinis, die wissen, daß Arzt besser klingt als Maurer. Die Krankenhauschefärzte mit ihrem Operettengehabe. Ihre Untergebenen mit ihrer Karriereangst. Die menschenfremden Pathologen. Die nie in Verlegenheit kommen, einen Patienten trösten zu müssen. Ähnlich wie die Chirurgen, die auch nur ein bewußtloses Stück Fleisch vor sich haben und daran herumschnippeln.

Ärztliche Kunstfehler könnten als Gruselromane Bibliotheken füllen. Sie füllen sie nicht. Wenn sich schon mal ein Arzt eine Selbst- oder Kollegenkritik gestattet, bleibt er am liebsten anonym. In Prozessen gegen die Künstler-Ärzte dringen Witwen und Waisen nur schwer durch. Denn auch die Gutachter sind Ärzte. Und ein Laie wird auch schwerlich einem Automechaniker nachweisen können, daß er falsch, zuviel oder zuwenig entfernt oder reingesetzt hat. Manchmal hat man das Gefühl, gewisse Ärzte erhalten von Bestattungsinstituten Prozente.

Altersgrenze nach unten oder oben lehne ich in allen Berufen ab. Ich stelle aber den Anspruch auf Kapazitätsüberprüfungen alle 3 bis 5 Jahre. In allen Berufen. Nicht zuletzt in dem des Arztes, der sich häufig nicht schämt, 40 Jahre auf der Stelle zu treten.

Es heißt: Arzt wird man aus Leidenschaft. Oft wohl aus Leidenschaft zum Geld. Das Geschäft mit der Krankheit ist nämlich nicht das schlechteste. Es soll Privatärzte geben, die deswegen gern ein Leiden erfinden oder in die Länge ziehen. Oder einmal zuviel operieren.

Aber die errechnete Durchschnitts-Netto-Einnahme einer westdeutschen Praxis ist auch nicht von der Hand zu weisen: 125 034 Mark. Wovon meistens mehr als die Hälfte durch die Arbeit der Praxishelferinnen erbracht wird. Die für ihre Arbeit allerdings etwas weniger als die Hälfte der Einnahmen erhalten - nämlich ein Zehntel.

Die Leidenschaft zum Geld führt auch zum Gerangel um Gutachteraufträge für die Gerichte. Oft mehr zum Frommen des ärztlichen Gutachters als des zu beurteilenden Delinquenten. KZ-Ärzte brodelten wohl vor Leidenschaft, als sie zum Wohle der reinrassigen Menschheit an minderwertigem Material herumexperimentierten. Ärzte in heutigen Gefängnissen bestrafen die Menschen dritter Klasse mit einer Behandlung „achter Klasse". Sogenannte Knastpsychiater, die sich sicher um so manches kümmern, aber bestimmt nicht um die Psyche der Einsitzenden. Fachärzte im Knast, die für jeden Zwang zu haben sind. Nur nicht für die „aufgezwungene" Behandlung eines Schwerkranken. Von Überweisung in ein anständiges Krankenhaus ganz zu schweigen.

Trotz allem: welch ein Segen, daß es Ärzte und die KV (Kassenärztliche Vereinigung) gibt. Und ein Hallelujah der pharmazeutischen Industrie. Sie alle sorgen unermüdlich dafür, daß Patienten, denen man mit etwas Geduld, Intelligenz, Einfühlungsvermögen und Zeitaufwand beistehen könnte, zugrunde gerichtet werden. Die Mittel dafür werden ganz legal, schnell und bedenkenlos zur Verfügung gestellt.

Für die wenigsten Drogen ist der Besuch eines schwarzen Marktes erforderlich. Gifte, die ausreichen würden, umfangreiche Selbstmordparties zu veranstalten, kann jeder erhalten. Will der Patient sich den Weg in die überfüllte Praxis sparen, ruft er eben an und bittet um ein Rezept. Der freundliche Durchschnittsarzt, der ja eigentlich dazu da ist, Menschenleben zu erhalten, fragt da nur: „Na, was darf ich Ihnen denn heute aufschreiben? Kommen Sie mit Vesparax oder Medinox noch zurecht? Oder soll es etwas Stärkeres sein?"

Eine ganze Industrie würde bitterlich weinen, wenn die Bevölkerung gesundete. Doch solange diese pharmazeutische Industrie produziert, besteht die Gefahr nicht.

Es gibt Ärzte, die so gut geschult sind, daß sie wissen, wie man die Krankheit eines Patienten am schnellsten heilt. Aber solche Ärzte, die in der Lage sind, Behandlung und Krankheit abzukürzen, indem sie nicht untaugliche Präparate rausschleudern, sondern gezielt mit kostspieligen Medikamenten behandeln, verwarnt man erst, läßt sie die Kosten selber tragen oder entzieht ihnen zu guter Letzt das Anrecht auf eine Kassenarztpraxis.

Daß verantwortungsbewußte Ärzte es nicht leicht haben, ist völlig klar. Sie müssen nicht nur, obwohl 5000 Ärzte im Land fehlen, sich um jeden einzelnen gewissenhaft kümmern, sondern auch die kleinen Fehldiagnose-Folgen von Kollegen wieder ausbügeln.

Eltern kranker Kinder können erstmal eingehen vor Angst. Ich hab' mehrfach bei Freunden miterlebt, daß Kinder über 40 Grad Fieber hatten und der praktische Arzt am Telefon - Widerspruch von einem Laien nicht gewöhnt - sagte: „Pakten Sie das Kind gut ein und kommen Sie in die Praxis." Da kann sie dann mit ihrem Kind - zum Paket verschnürt -stundenlang sitzen und hoffen, daß es keine anderen Kinder ansteckt und außerdem lange genug am Leben bleibt, um behandelt zu werden.

Konkret 06/75, S. 25

§ 218

Abtreibung in London

Anmeldung: Fahren Sie nie auf gut Glück nach London. Dann fallen Sie unter Garantie „Schleppern" in die Hand, die Sie - illegal - an Ärzte mit Wucherpreisen vermitteln. Jede Agentur oder Werbung für Abtreibungskliniken ist in England verboten - eine seriöse Klinik nimmt keine vermittelten Patientinnen an.

Preise: Abtreibung in London ist immer noch teuer, wenn auch die Preise im Vergleich zu 1973 teilweise um mehr als die Hälfte gefallen sind. Die Kliniken Nr. 1, 2, 3, die der „Londoner-Nursing-Homes-Gesellschaft" gehören, haben erst kürzlich neue, niedrige Preise eingeführt: 550 Mark. Darin ist auch die erste Nacht im Hotel enthalten. Sagen Sie bei der Ankunft in einer dieser Kliniken, daß Sie auf Empfehlung von KONKRET kommen.

Aufenthalt: Halten Sie sich drei Tage frei.

1. Tag: Ankunft und erste Untersuchung

2. Tag: Eingriff, Beobachtung in der Klinik

3. Tag: Nachuntersuchung und Abreise.

Medizinische Methoden: In den Kliniken 1, 2 und 3 wird der Eingriff stets unter Vollnarkose durchgeführt. Bis zur 12. Woche nach der Absaugmethode (Vakuum-Aspiration), bis zur 18. Woche per Curettage, danach mit Prostaglandinen.

Adressen in London

London Private Nursing Horne

31/35 Langharn Street, London W 1 Telefon 0044-1-637 82 71

Telefonische Anmeldung. Man spricht gut Deutsch. Bis zur 18. Woche kostet der Eingriff 550 Mark, später 1000 Mark. Der Preis schließt alles ein, auch das Hotel. Ein Fahrer der Klinik holt die Patientin vom Flughafen ab.

Parkview Clinic

87, **Mattock Lane,**

London-Ealing W 5

Telefon 0044-1-567 0102

Man spricht gut Deutsch. Anmeldung nur telefonisch. Bis zur 18. Woche 550 Mark, bis zur 22. Woche 1000 Mark. Separate Hotelkosten entstehen nicht. Ein Fahrer der Klinik holt die Frau vom Flughafen ab. Er hat ein Namensschild in der Hand.

New Cross Nursing Home

415, **New Cross Road, London SE** 14 **Telefon 0044-1-692 78 77**

Anmeldung telefonisch. Man spricht Deutsch. Preis, alles inklusive: 550 Mark bis zur 18. Woche. Abholservice mit Chauffeur, der ein Namensschild der Patientin trägt.

Avenue Clinic

12, **Avenue Road, London NW** 8 **Telefon 0044-1-722 71 31**

Bei der telefonischen Anmeldung lautet die erste Frage: „Wer hat Sie empfohlen?" Antworten Sie am besten „Mein Arzt" und nennen dann irgendeinen Namen. Der Preis für den Eingriff beträgt bis zur 12. Woche 100 Pfund (- ca. 575 Mark). Abholservice bietet die Klinik nicht an. Vom Flughafen aus nehmen Sie den Bus bis zum „West London Air Terminal" und

dort ein Taxi. Zusätzliche Hotelkosten entstehen nicht.

The Park Clinic

14, **Seagry-Road, London E 11 Telefon 0044-1-989 0113**

Deutschsprachiger Telefondienst von 10.30 bis 18 Uhr. Der Preis für den Eingriff liegt je nach Schwangerschaftsdauer zwischen 1200 und 1500 Mark. Darin ist jedoch das Hotel für die erste Übernachtung nicht enthalten (rechnen Sie mit ca. 35 Mark). Bei der Anmeldung müssen Sie eine genaue Beschreibung der Kleider geben, die Sie bei der Ankunft tragen werden. Daran erkennt Sie der Fahrer der Klinik, der außerdem noch ein Schild mit Ihrem Namen trägt.

Konkret 06/75, S. 26

Jürgen Saupe

Strategie des Unrecht

In Stammheim stehen Ulrike Meinhof und andere vor Gericht. Jürgen Saupe untersucht, wieviel Rechte zum Schutz des Rechtsstaats beseitigt wurden.

Jura-Studenten lernen im ersten Semester, daß es zwei Sorten von Prozessen gibt: Strafprozesse und Zivilprozesse. Das ist die herrschende Meinung. Eine abzulehnende Minderheitsmeinung ist es, daß es auch politische Prozesse gibt.

Aus der herrschenden Meinung und unter Anwendung von Verwaltungsgrundsatz „Das haben wir schon immer so gemacht!" kommen Justizministerien und Parteien, Staatsanwaltschaften und Gerichte einhellig zu der Erkenntnis, daß die Baader-Meinhof-Verfahren einfache Strafverfahren sind. Und sonst gar nichts.

In der Tat muß man wohl besonders kraus geschlungene Hirnwindungen haben. um im Treiben der „Roten Armee Fraktion (RAF)" Politik zu sehen. Aber: Agieren Richter und Staatsanwälte in den RAF-Verfahren auch so, wie sie es in anderen Straf-Prozessen tun? Gilt nicht vielmehr schon längst der weitere Verwaltungsgrundsatz „Da könnte ja jeder kommen"?

Ein keineswegs frei erfundener Fall: Im streng katholischen Niederbayern unternimmt ein Mönch den Versuch, einer angeblich vom Teufel besessenen Frau gegen deren Willen den bösen Geist auszutreiben, um ihre Seele zu retten. Die Frau nimmt dabei Schaden an ihrem Leibe, der Straftatbestand Körperverletzung ist erfüllt. Sollte - in Bayern nur schwer denkbar - dem Mönch der Prozeß gemacht werden, so hätte der Gottesmann selbstverständlich das Recht, vor Gericht darzutun, warum er die Frau so traktiert hat, daß sie ärztlicher Pflege bedurfte. Und wenn der Mönch sich dabei auf seine Religion bezöge, die ihm solches vorschreibe, dann wäre der ganze Prozeß natürlich noch immer kein Religionsprozeß, sondern ein Strafprozeß. Nur: Der Mönch hätte die Chance gehabt, das Motiv seines Handelns darzustellen.

Unser Strafrecht macht die Bestrafung eines Täters von seiner Schuld abhängig, deren Schwere wiederum von den Motiven des Täters mitbestimmt wird. Deshalb fragt jeder Richter den Angeklagten, was er mit seiner Tat erreichen wollte, weshalb er so gehandelt hat. Und diese Fragen haben vorher auch schon Polizeibeamte und Vernehmungsrichter an den nun Angeklagten gestellt. So wird in Strafprozessen verfahren.

Nicht jedoch in RAF-Verfahren. Hier wird von Ermittlungsbehörden und Gerichten genau gegenteilig gehandelt. Und der Einser-Jurist Hans-Jochen Vogel liefert als Justizminister in Bonn noch per Gesetzesänderung das Handwerkszeug dazu. Das ist zu belegen.

Die RAF-Angeklagten verstehen sich als politische Täter, als Revolutionäre, als Guerrilla, die unsere Gesellschaft ändern wollen. Und weil ihnen die von unserer Gesellschaft erlaubten Mittel zur Änderung des Systems nicht ausreichend erscheinen, greifen sie zu Bomben und Sprengkörpern. Sie begehen strafbare Handlungen.

Ihr Motiv ist also Unzufriedenheit mit unserer Gesellschaft. Die Gründe für diese Unzufriedenheit nennen zu dürfen, macht diese Motive erst verständlich, wenn auch nicht akzeptabel. Wie will ein Gericht die Motive der Angeklagten verstehen, wenn es ihnen nicht erlaubt, sie vorzutragen? Fragt das Gericht aber nicht nach den Motiven, dann kann es auch die Schuld nicht zweifelsfrei feststellen, kann also nicht gerecht urteilen.

Daß, wie in den Berliner RAF-Prozessen, die Angeklagten die Darlegung ihrer Motive zu einer „Schau" ausbauen und daß sie damit auch eine gewisse Propagandawirkung erzielen, ist ein vielleicht von den Gerichten nicht geschätztes, aber für die Rechtsfindung unerhebliches Nebenresultat.

Warum also sollen nach dem Willen des Gesetzgebers „nicht zur Sache gehörige Erklärungen", wie man diese als „politisch" verstandenen Äußerungen etwa von RAF-Angeklagten rechtlich einstuft, im Prozeß unterbunden werden? Sie nützen niemand, und sie schaden niemand. Sie gehen schlimmstenfalls den Zuhörern auf die Nerven. Aber auch dem engagiertesten Redner gehen einmal Argumente und Luft aus.

Die Frage bleibt: Warum kaprizieren sich Gesetzgeber und Gerichte darauf, diese „politischen Erklärungen" aus den Prozessen rauszuhalten? Die scheinbar sinnlose Verhaltensweise bekommt einen Sinn, wenn man die Wirkung dieser Anordnung in die letzten Konsequenzen eines RAF-Verfahrens verfolgt.

Wenn ein Angeklagter vor Gericht keine „politischen Erklärungen" abgeben darf, dann ist logischerweise alles, was zur Vorbereitung einer solchen Erklärung dienen kann, ebenfalls untersagt. In der Praxis bedeutet das, daß ein inhaftiertes RAF-Mitglied von seinem Verteidiger nichts Politisches erfahren und erhalten darf. Da die Inhaftierten sich aber als politische Täter verstehen, führt das zu zwei möglichen Folgen. Entweder der Anwalt hält sich an das Gebot, mit dem

Beschuldigten nur über die Tat, aber nicht über die Motive des Täters zu sprechen, dann verliert es das Vertrauen seines Mandanten, und jede Verteidigung wird sinnlos. Das demonstriert sich deutlich am Fall der sogenannten Pflichtverteidiger im Stammheimer Prozeß.

Die zweite mögliche Folge: Der Anwalt kämpft um das Recht seines Mandanten, sich zu seiner politisch motivierten Tat auch politisch äußern zu können, unterrichtet seinen Mandanten also trotz des Verbots auch über politisch relevante Dinge. Dann wird er vom Prozeß ausgeschlossen.

Wie Gerichte und Bundesanwaltschaft, das Bundesjustizministerium samt Minister im Hintergrund, vorgehen, sollen einige Episoden aus der Zeit der Vorbereitung des Stammheimer Prozesses deutlich machen.

Da werden Marie-Luise Becker und Siegfried Haag, zwei Verteidiger der in Stammheim einsitzenden RAF-Leute, beim Verlassen der Haftanstalt wenige Meter vom Gefängnistor entfernt auf einem Parkplatz von der Polizei festgenommen. Man will ihre Personalien feststellen. Die beiden Anwälte weisen sich aus. Das reicht nicht. Sie bieten an, sich durch das Anstaltspersonal, das die beiden schließlich seit Monaten kennt, identifizieren zulassen. Das reicht nicht. Die beiden müssen mit zur Polizeiwache und werden stundenlang festgehalten. Auf eine Anzeige wegen Freiheitsberaubung im Amt gegen die Polizisten ist bis heute nichts geschehen.

Oder: Den RAF-Anwälten wird angekündigt, sie würden künftig vor Besuchen Inder Anstalt nicht nur, wie schon längst der Brauch, leibesvisitiert, sondern man müsse sie auch rektal untersuchen. Erst energischer Protest verhindert solche Methoden, die sich in KZs und südafrikanischen Diamantenminen bewährt haben.

Oder: Bundesjustizminister Vogel kündigt vor dem Deutschen Bundestag an, er werde gegen vier RAF-Anwälte Verfahren einleiten, weil sie sich auf einer Pressekonferenz in Stuttgart abfällig über die Justizbehörde geäußert haben sollen. Mehr als fünf Monate später sind die Betroffenen zur Sache noch nicht gehört worden. Immerhin aber hat der Minister erreicht, vier Anwälte vor dem Parlament diffamiert zu haben. Wie sich das auf deren Kanzleien wirtschaftlich auswirken muß, schert ihn offenbar nicht.

Solche Schikanen gegen die Anwälte sind nur ein Teil der Strategie des Unrechts, die in der Konsequenz wohl dazu führen soll, die RAF-Angeklagten ohne ausreichende anwaltliche Vertretung in dem Stammheimer Verfahren zu lassen, also ohne korrekte Verteidigung. Die anderen Eingriffe in die Verteidigung sind offenbar langfristig geplant und werden nach Bedarf durch Änderungen der Strafprozeßordnung ergänzt, die geradezu blitzartig - man denke an die seit Jahren beratene Besteuerung der Abgeordnetendiäten - die parlamentarischen Beratungen passieren.

Den ersten Schlag gegen die Stammheimer Verteidigung führte Bonn durch eine Änderung der Strafprozeßordnung, wodurch die Zahl der Wahlverteidiger pro Angeklagten auf drei begrenzt wurde. Die Anwälte, ohnedies räumlich von ihren Mandanten weit getrennt -Rechtsanwalt Groenewold sitzt in Hamburg, Schily und Ströbele haben ihre Kanzleien in Berlin, Frau Becker und Haag in Heidelberg - können ihre bisher praktizierte Arbeitsteilung nicht mehr fortsetzen. Das bedeutet zusätzliche Mehrarbeit und das bei einem Pauschalhonorar von 20 000 Mark, mit dem ohnedies der jahrelange Aufwand nicht bezahlt ist.

Kaum haben sich die Anwälte auf die neue Arbeitsverteilung eingestellt, kommt der zweite Schlag der Bundesanwaltschaft. Sie stellt - in wohlabgewogenen zeitlichen Abständen - Ausschlußanträge gegen die am längsten mit den Akten vertrauten Anwälte Croissant (Stuttgart), Groenewold und Ströbele. Damit wird der einzige am Ort tätige Anwalt vom Verfahren ausgeschlossen. Interessant übrigens dabei, daß Ströbele erst mit einem Ausschlußverfahren überzogen wird, als er ein Mandat für Andreas Baader übernimmt, von dessen zuletzt drei Anwälten nach dem Ausschluß von Croissant und Groenewold - und dem Verschwinden von Haag keiner mehr übrigbleibt.

Und auch Haag wollte die Bundesanwaltschaft „abschalten", wie der im Zweifelsfalle linke „Spiegel" es nennt. Ein zehnköpfiges Kripo-Aufgebot durchsuchte Haags Wohnung und Büro in der Hoffnung, den Verbleib von angeblich geschmuggelten Waffen festzustellen. Was sie suchten, fanden sie nicht. Aber sie durchstöberten einmal mehr Akten, auch solche von Nicht-BM-Verfahren. Selbst dem Ermittlungsrichter am Bundesgerichtshof war das gegen Haag vorgelegte Beweismaterial zu dürftig. Doch mit all den Schikanen haben sie Haag schließlich soweit gebracht: Er flippte aus und tauchte unter.

Die Möglichkeit, Anwälte auszuschließen, hat Justizminister Vogel mit einer Gesetzesänderung durchgepaukt, von der niemand leugnet, daß sie eine Lex Baader-Meinhof ist. Ihr erstes Opfer wurde denn auch Baaders Anwalt Croissant. Der Hauptvorwurf im Ausschlußverfahren gegen ihn ist, daß er ein „Spiegel"-Interview vermittelt habe. Wer der RAF hilft, ihre Gedanken zu publizieren, macht sich der Unterstützung einer kriminellen Vereinigung schuldig. So lautet Stuttgarter Richter-Weisheit. Augstein ein Baader-Meinhof-Sympathisant? Herr Walden wird's schon richten.

Zu Ende gedacht heißt die Entscheidung gegen Croissant natürlich auch, daß jeder Anwalt sofort ausgeschlossen werden kann, der für einen RAF-Mandanten die Möglichkeit zu einer politischen Erklärung in einem Prozeß oder sonstwo beantragt.

Von der Anschuldigung „Unterstützung einer kriminellen Vereinigung" bis zum Vorwurf der Mitgliedschaft in ihr (die haben ja dort keine Mitgliederkarteien und Parteibücher) ist ein nur kleiner Schritt. Wenn man nun noch praktiziert, was die Bayern via Bundesrat als Gesetz sehen wollen, daß nämlich die Mitgliedschaft in einer kriminellen Vereinigung den Haftgrund Fluchtgefahr oder Verdunklungsgefahr impliziert, dann sind RAF-Anwälte bald im Kittchen.

Ohnedies wundert man sich in Stuttgart und `Karlsruhe, warum Croissant, dem das Stuttgarter Gericht immerhin einen dringenden Tatverdacht der Unterstützung der kriminellen Vereinigung RAF bescheinigte, Mitte Mai noch auf freiem Fuß war.

Eingeweihte bieten folgende Erkenntnisse als Begründung an:

Siegfried Hausner, der beim Überfall auf die Deutsche Botschaft in Stockholm schwere Brandwunden erlitt, wollte Tage vor seinem Tod von der Intensivstation der Strafanstalt Stammheim aus mit Rechtsanwalt Croissant Kontakt aufnehmen. Die Sicherheitsbehörden verhinderten das. Hausners Wunsch wurde streng geheimgehalten, und Journalisten bekamen gesteckt, Haustier habe mehrere Schädelbrüche erlitten, sei also nicht ansprechbar. Trotz aller Geheimhaltung erfuhr Croissant von Hausners Wunsch, und die Sicherheitsbehörden erfuhren ihrerseits, daß Croissant informiert war. Die Sicherheitsbehörden konstatierten ein Leck in ihrem Apparat. Und nur ein freier Croissant könnte sie auf das Leck stoßen.

Wie auch immer. Warum sollten die RAF-Anwälte nicht einen Draht zur Gegenseite haben, nachdem sich ja auch die Bundesanwaltschaft bedient, wo immer sie kann.

Der freie Kontakt und die freie Korrespondenz in RAF-Prozessen zwischen Anwalt und Mandant sind eine Fiktion. RAF-Anwälte werden bei ihren Besuchen in der Anstalt Stammheim leibesvisitiert und bekommen für ihre Unterlagen sogar eine Anstaltsaktentasche statt ihrer eigenen. Die Unterredungen zwischen Anwalt und Mandant werden -davon ist mindestens Anwalt Otto Schily überzeugt - mitgehört. Und wenn nun noch etwas offen sein sollte, dann werden die Häftlingszellen gründlich gefilzt. So wird die Anwaltspost den Ermittlungsbehörden zugänglich gemacht, die - so wieder Otto Schily - „daraus ungeniert zitieren".

Erfährt die Bundesanwaltschaft bei dieser Gelegenheit beispielsweise, welche Detailfragen ein Verteidiger einem Belastungszeugen zu stellen gedenkt, muß es ja nicht unbedingt eine Zeugenbeeinflussung sein, wenn die Ermittlungsbeamten den Zeugen ähnlich oder anders befragen (und so für den Prozeß präparieren).

Derlei Praktiken werfen in der Tat nun die Frage auf, wie in Stammheim und anderswo RAF-Angehörige einen fairen Prozeß erwarten können. Nur die ja auch menschlich nur zu verständliche Bindung eines Anwalts an seinen Mandanten, zu dem er in oft jahrelanger Isolationshaft die einzige Kontaktperson war, hindert manche der RAF-Anwälte daran, ihre Mandate niederzulegen.

Ohnedies sind es ja nicht mehr viele Rechtsanwälte in diesem Land, die von den RAF-Angeklagten akzeptiert werden und die auch bereit sind, ein Mandat zu übernehmen. Die vom Gesetzgeber eingeführten Ausschlußpraktiken führen zwangsweise dazu, daß die Zahl ständig geringer wird.

Wenn das Oberlandesgericht Stuttgart Croissant die Unterstützung einer kriminellen Vereinigung bescheinigt, dann gilt diese Erkenntnis natürlich auch in einem Prozeß Grashoff/Jünschke. Wenn die Rechte der Mandanten - etwa durch Isolationshaft -- beschnitten werden, dann führt so was zwangsläufig zu einem größeren Engagement der Anwälte für ihre Mandanten und durch das Presseecho in der Öffentlichkeit zu der wohl in der Mehrzahl der Fälle falschen Meinung, dieses Engagement bedeute Identifikation mit den „politischen" Zielen und den Methoden der Mandanten. Dies wiederum bedeutet wirtschaftlich fast den Ruin für die Anwaltskanzleien, die RAF-Mitglieder vertreten. Der Tag ist absehbar, an dem einem Rechtsstaat angemessene Verfahren gegen RAF-Mitglieder und andere politisch motivierte Angeklagte nicht mehr durchgeführt werden können, weil die Angeklagten ohne Verteidiger ihres Vertrauens dastehen.

Diese vom Gesetzgeber und den weisungsgebundenen Staatsanwaltschaften herbeigeführte und beschleunigte Entwicklung korrespondiert mit einer kaum zufälligen Demontage freiheitlicher und rechtsstaatlicher Verfahrensnormen. Das gilt für die jüngsten Änderungen im Strafprozeßrecht ebenso wie für die Umkehrung der Beweislast in den Berufsverbotsverfahren.

Die herrschende Meinung ist, daß es keine politischen Prozesse gibt. Am Fall der politisch längst erledigten Baader-Meinhof wurden Werkzeuge geschliffen, mit denen in Zukunft politische Prozesse geführt werden können.

Und nicht nur das: Wer heute des Diebstahls einer Taschenuhr verdächtigt und angeklagt wird, dessen Chancen, Gerechtigkeit zu finden, sind drastisch gesunken.

Konkret 06/75, S. 29

Wer war's?

Bis heute weiß niemand, wer Peter Lorenz entführt hat Der frühere Münchner Polizei-Psychologe Sieber hat einige gute Gründe für seine These: Rechte waren mit im Spiel.

In Fernsehfilmen von ARD- und ZDF-Zuschnitt untersucht ein Kripo-Mann die Rückseite eines Autospiegels, findet Fingerabdrücke, greift in einen Karteikasten und präsentiert den Täternamen samt amtlichem Wohnsitz. Das ist Kintopp.

In der Wirklichkeit bekommt die Polizei zwar ein paar Tausend Tips aus der Bevölkerung - immerhin sind ja 150 000 Mark Belohnung ausgesetzt -, ist aber auf so wenig konkrete Dinge wie Vermutungen über Tatplanung und Tatablauf, Tatzeitpunkt, Tatopfer und Tatmotiv angewiesen. Das ist der Fall Lorenz.

Mehr als zehn Wochen nach der Entführung des Berliner CDU-Vorsitzenden ist mit Sicherheit noch kein Täter gefaßt, mit hoher Wahrscheinlichkeit nicht einmal einer identifiziert (auch Angela Luther nicht) und vor allem: Die Polizei hat die Vernehmung des Tatopfers Peter Lorenz noch nicht abgeschlossen.

Das liegt nicht etwa an der Faulheit der Beamten oder der üblichen bürokratischen Langeweile. Vielmehr gab Lorenz zwar Springer-Blättern ausführliche Interviews, stand aber den Ermittlungsbehörden nur sporadisch zu Verfügung. Zudem stehen Aussagen von Lorenz zu Ermittlungen der Polizei im Widerspruch. Bisher erklären sich die Sicherheitsbehörden Widersprüche mit der „Erregung" von Lorenz. Die Vollständigkeit seiner Darstellungen ist nicht zu kontrollieren.

Hingegen mehren sich die Zweifel, ob die perfekte Entführung, coole Kontakthaltung mit der Polizei und unerkannte Freilassung von Lorenz die Täter-Handschrift anarchistischer Provos trägt, die sich „Bewegung 2. Juni" nennen.

Georg Sieber der frühere Münchener Polizei-Psychologe, konstatiert, „daß die Lorenz-Entführung in sämtlichen Tatdetails den Schulungsprinzipien, den Arbeitsprinzipien der oberitalienischen Konterrevolutionäre entspricht". Das ergibt zwei mögliche Täter-Motivationen: Auftragsarbeit oder eine Arbeit, die oberitalienische Interessen berührt.

Gegen die Tat-Urheberschaft der Anarchisten spricht: Die ohne praktische Erfahrung nicht zu erreichende Perfektion der Tat; das in linken Zirkeln fehlende Geld (Kriminalisten schätzen die Kosten für den Lorenz-Coup auf 250 000 Mark); die in der linken Berliner Szene nach der Drenkmann-Ermordung wegen ständiger Polizei-Aktionen fehlende Ruhe zur Tatvorbereitung.

Daß trotzdem zwischen Tätern und Anarcho-Szene Kontakte bestehen, läßt sich aus der Tatsache schließen, daß die inhaftierte Ingrid Siepmann das Codewort für die Lorenz-Freilassung („So ein Tag, so wunderschön wie heute") kannte.

Da oberitalienische Interessen in Berlin nicht erkennbar sind, bleibt als Täter-Motivation der Lorenz-Entführer: Auftragsarbeit.

Nun müssen die Motive der Auftragserteiler (und mutmaßlichen Finanziers) und der begünstigten Häftlinge samt ihrer Anarchofreunde nicht identisch sein.

Der Nutzen der Begünstigten war ein mehrwöchiger Hotel-Aufenthalt ohne größere Bewegungsfreiheit im Süd-Jemen.

Nutzen hat ohne Zweifel die Partei des Peter Lorenz, die CDU. So meldete der SPIEGEL: „Durch die Lorenz-Entführung sah die SPD einen zuletzt auch für sie überraschenden Aufwärtstrend der Berliner SPD wieder abkippen." In der Tat wurde die Berliner CDU drei Tage nach der Entführung bei den Wahlen zum Abgeordnetenhaus die stärkste Partei. Daß die Terroristen-Prognose: „Herr Lorenz, morgen sind Sie Regierender Bürgermeister und wir haben noch dazu beigetragen!" nicht eintraf, lag wohl daran, daß durch die Entführung just der emotional gesteuerte Teil der „Floating vote" aus Frustration in Mitleid umschwenkte und statt des Bundes Freies Deutschland (BFD) nun CDU wählte. Damit waren die 3,4 Prozent BFD-Stimmen völlig im Sand.

Jedoch: Ein Nutznießer muß kein Auftraggeber sein.

Tatsache ist: So perfekt das Verbrechen der Entführung von Peter Lorenz war, so hilflos waren die entlassenen Gefangenen schon bald nach ihrem Start aus Frankfurt. Niemand wollte sie aufnehmen. Offenbar war keinerlei Arrangement mit einem Gastland getroffen worden. Wem aber nützt die perfekteste Entführung, wenn man die Beute nicht sichern kann? In Oberitalien klappt das. Klafft hier eine Interessenschere zwischen Auftraggeber und Begünstigten? Hilft hier die Frage nach dem „Wann?".

Als die Freigelassenen krampfhaft ein Gastland suchten und wohl erst mit Bonner Hilfe eines fanden, war es Montag. Als der „unschuldige Peter Lorenz" (Franz Josef Strauß - Unschuldig an was? Waren die Stockholmer Toten nicht unschuldig?) endlich frei kam, war es Dienstag. Die Berliner Wahl aber war am Sonntag um 18 Uhr zu Ende.

Konkret 06/75, S. 30

Horst Tomayer

Der Ball ist ... fast rund

Über Dettmar Cramer

„Es war kein Krieg. Es war ein Naturereignis, was schlimmer ist. Es war wie ein tobendes Meer. Haben Sie den Nebel gesehen, der ins Stadion kam? Dieses diffuse Licht. An Theodor Storm hab' ich gedacht. An die ‚Graue Stadt`, An Winterstürme." Das sagt Dettmar Cramer, Trainer des Fußball-Bundesligisten FC Bayern München zu einem BILD-Reporter nach der 1:3-Niederlage gegen Hertha BSC.

Für Ignoranten der Szene: Cramer stand im Sommer '74 in Verhandlungen mit Hertha, unterschrieb aber in letzter Minute den Vertrag nicht, weil der sowohl von Springer ausgehaltene wie hochverschuldete Verein nicht genug Geld für Spielereinkäufe lockermachen wollte. Die Anhängerschaft des Frontstadtclubs („Berlin muß in der Bundesliga präsent sein") schäumte dem nächsten Heimspiel gegen Bayern entgegen.

Am 1. Februar ist der Tag der Rache da, und BILD ist dabei: „Herr Cramer", fragte der BILD-Reporter zum „Thema des Tages", „das Spiel . . ." „Das Spiel", erwiderte der ausgepfiffene, gedemütigte Fußballehrer, „ist Geschichte, ist Vergangenheit. Soll ich jetzt heulen, mit dem Glück hadern, das Schicksal verfluchen? Ich habe nicht das Recht, mich gehenzulassen. Das Leben ist immer lebensgefährlich. Kästner hat das gesagt."

„Herr Kästner", sagte der BILD-Reporter, „war ein Dichter . . ."

„Irgendjemand", sagt Cramer, „hat Napoleon vorgeschlagen, einen völlig unbekannten Obristen zum General zu befördern. Napoleon hat nur gefragt: Hat der Mann Fortune?"

„Herr Cramer", sagt der BILD-Reporter, „Sie haben jetzt zwei Niederlagen hintereinander hinnehmen müssen ..."

„Ich bin kein Mann mit Fortune im Sinne Napoleons", sagt Cramer.

„Wer sind Sie", fragt der BILD-Reporter.

„Ich bin ein Mann der Arbeit, der ehrlichen harten Arbeit. Ich bin kein Zauberer und kein Regenmacher", sagt Cramer.

„Wie geht es weiter mit den Bayern und mit Ihnen", fragt der BILD-Reporter.

„Nach dem Krieg", erwidert Cramer, „hatten wir nichts als Hoffnungen und Träume. Das einzig Reale im Leben sind die Ideale, verstehen Sie mich? Der Tod des Lebens ist, seine Träume den Realitäten zu opfern."

„Wovon träumen Sie, Herr Cramer?" Der BILD-Reporter läßt nicht locker.

„Vom Sieg", sagt Cramer und „lächelt verschämt".

Was ist das für ein Mensch, der so spricht? Storm, Napoleon, Kästner, Krieg, Naturereignis - und das zwischen Tür und Angel einer Umkleidekabine. Kann er sich nicht normal ausdrücken wie seine Kollegen in der Bundesliga? Wir werden um einen der vorderen Plätze mitmischen, beispielsweise. Oder: Der Gegner hat nicht unverdient gewonnen. Oder: Verletzungspech brachte uns um einen Punkt. Nein, er muß die jedermann verständliche Punktgewinn- und -verlustrechnung mit solchen geistigen Posten durcheinanderbringen.

Warum eigentlich, Dettmar Cramer?

Schwierig, ihn zum Gespräch zu kriegen. Acht Stunden sind bei Bayern München kein Tag. Und dann stehen ja auch die Kollegen von der Fachpresse Terminschlange, die wollen wissen, ihre Leser scheints zu interessieren, welcher Bayern-Spieler an welchem Glied verletzt ist und wann er und wie er und als was er wieder spielen kann. Schwieriger aber noch, Cramer während des Gesprächs einzukriegen, das wir im Münchner Hotel Platzl, wo er ein Appartement bewohnt, führen. Der Egghead aus dem Bilderbuch hat den rhetorischen Atem einer LP. Eine viertel Stunde fast dauert der druckreife Monolog seines Lebenslaufs, den er drauf hat wie ein ausgebuffter Hörspielsprecher. Wie er 1942 als siebzehnjähriger das Notabitur macht, sich freiwillig zur Front meldet, als Fallschirmjäger akzeptiert wird, wie seine Eltern bei Kriegsende, der Vater als Gartenbauarchitekt am Gartenbauamt im okkupierten Krakau tätig, fliehen müssen, wie sein Bruder, „nicht nur am Sonntag geboren, auch sonst ein Sonntagskind", in den letzten Kriegstagen fällt, wie der Vater in einem Lazarett in Kassel schwer verletzt aufgefunden wird, wie er 1946 mit einer zerrissenen Tropenuniform aus holländischer

Kriegsgefangenschaft ins Westfälische heimkehrt, in den Pütt verpflichtet wird, weil er doch Kriegsfreiwilliger war, aber dann lieber - ausgewählt unter dreißig Bewerbern - als Spielertrainer beim Amateurfußballverein Lippstadt untertaucht, schließlich „gab's da was zu essen", wie er der Assistent Sepp Herbergers (der die Nationalmannschaft vor `45 und die Nationalmannschaft nach `49 betreute) wurde, wie er, 1963, für ein halbes Jahr redaktionelle Arbeit im ZDF machte, anschließend von Herberger für nationale Fußballbelange wieder reklamiert wurde und schließlich, 1967, Kick der Karriere, längst war Deutschland wieder wer, vom Internationalen Fußballeerband FIFA zum Cheftrainer des Weltfußballs bestallt wurde. Der Rest, rascher erzählt: Wie er 1974 heimkehrte, bei Hertha BSC anklopfte, aber dann doch nicht eintrat, wie es ihn nach Amerika zog, aber dort doch nicht hielt und wie er schließlich dem Ruf Bayern Münchens folgte, der zur Jahreswende 74/75 nicht mehr gut war. Aber so was kommt in den besten Bundesligafamilien vor und eigentlich interessiert doch vielmehr, was ein Fußball-Lehrer, der sieben Jahre lang die Kontinente abgegrast hat, um Entwicklungshilfe im Kicken zu leisten, was der für ein Bild gewonnen hat von der Welt, in Zeiten, in denen ja bekanntlich kein Stein auf dem andern bleibt.

Aber Cramer erzählt erstmal von seinem neuen Arbeitgeber. Warum also gings mit Bayern München, der bislang einmaligen Bundesliga-Elf, der der Meisterschafts-Hattrick gelang, so rapide bergab?

Cramer, er hat seine Position am Tisch keinen Zentimeter verändert, fährt seine Hausstrecke, die Umleitung. „Die psychische Zerrüttung", sagt er, „die dann zum Selbstmord von Hemingway geführt hat, war seine Einsicht, daß er besseres als er geschrieben hatte, nicht mehr schreiben konnte. Der Vergleich hinkt vielleicht, Schriftsteller - Fußballspieler, aber jede Leistung die vom Talent her gespeist wird, hat ihren Anfang und ihren Ausklang. Bei Fußballern sind es außerdem noch physische Verschleißerscheinungen."

Steilpaß, plötzlich sind wir in mediam Mannschaft. „Die Leistungen", sagt Cramer, ich muß hier Ausnahmen machen bei Maier, auch bei Beckenbauer und Müller, sind zurückgegangen. Und das ist eine ganz natürliche Entwicklung. Man kann diesen Rückgang nochmal stoppen, umschalten in einen Vorwärtsgang, aber die Zeit ist befristet. Beckenbauer ist noch nicht am Ende, Müller ist noch lange nicht am Ende. Wir werden diesen Rückwärtsgang, den es gab, in einen Vorwärtsgang zu neuen Leistungen hinführen. Aber irgendwann ist es zu Ende. Das gilt für jeden Menschen und für den Hochleistungssportler im besonderen. Es gibt schließlich sarkastische Aussagen, es gibt die von Goethe, daß man den Menschen mit 20 totschlagen müßte. Es gibt Menschen, die haben Ideen mit zwanzig, die reiten sie mit 60 noch zu Tode. Die Entwicklung, daß es einen Aufstieg bis zu einem bestimmten Gipfel gibt, gilt für alle Menschen, gilt für alle Lebensbereiche. Ganz besonders für solche Lebensbereiche, wo neben nervlichem und seelischem Verschleiß körperlicher Verschleiß dazukommt."

Cramer, der Philosoph, der, Träume und Ideale als Hobby pflegend, aus der realen Erwerbswelt doch nicht ausflippt. Er interpretiert das Geschäft mit dem Hochleistungsfußball mit seiner Auf- und Ab-Theorie, aber wenn sein Arbeitgeber, tolerant gegenüber solchem Schnickschnack, ihn höflich wie dringend an die Veränderung des miesen Tabellenplatzes erinnert, unterwirft er sich simplen betriebswirtschaftlichen Notwendigkeiten.

Er sagt selber: „Wir sind uns klar, daß wir für die Zukunft weitsichtiger planen müssen. Das gilt bis zu den Schülermannschaften hinunter, wann wird trainiert, welche Schwerpunkte etc. Wir können die Ablösesummen, die auf dem deutschen Markt gezahlt werden, nicht mehr aufbringen. Wir wollen keine 800 000 Mark zahlen für einen Spieler, der immer noch nicht fertig ist, in den wir immer noch zwei Jahre unserer Trainingsarbeit, also unser Geld, hineinstecken müssen, bis er dann unseren Anforderungen entspricht."

Eine Art Planwirtschaft also? „Ja, es ist eine Art Planwirtschaft. Wir müssen allerdings zweierlei tun. Das erste, was ich zu tun hatte, war Porzellan zu kitten, mit dem gegenwärtige zur Verfügung stehenden Spielermaterial, das bestmögliche zu erreichen und das ist das Endspiel im Europa-Pokal. Und: Nicht absteigen!" Cramers langfristige Planung sieht vor, „daß der Trainer und seine beiden Assistenten eine Nachwuchsmannschaft aufbauen, die die Woche über in der Münchner Umgebung, in Bayern, Fußball spielt." Da sollen 18- bis 22jährige zum Einsatz kommen und Spieler, die verletzt waren, längere Zeit oder sonstwie nicht zum Zug kamen. „Außerdem schauen wir uns zur Zeit nach einem fertigen Mittelfeldspieler, wenn es geht auch nach einem torgefährlichen Stürmer um. Alles andere müssen wir in Zukunft aus der eigenen Nachwuchsschulung bringen. Aber wir müssen Kompromisse eingehen, weil es sich nicht so planen läßt wie in der Stahlproduktion. Menschen sind keine Maschinen, man kann Verletzungen und Krankheiten nicht einplanen." (Die Menschen in der Stahlproduktion müssen demnach Maschinen sein.)

Schreckt das Beispiel Bayern andere Bundesligavereine ab? Cramer meint, „Kinder glauben auch nicht, daß der Ofen heiß ist, bis sie sich selber die Finger verbrannt haben. Ein Kind will fühlen, daß es heiß ist." Und er zählt die Vereine, die von Kindsköpfen in die Mittelmäßigkeit verbannt wurden, auf: Borussia Dortmund, Manchester United, Real Madrid, Inter Mailand.

Zurück zu Bayern. Warum klappte es nicht mehr? Waren die Jungs nicht mehr motiviert? „Unsinn", sagt Cramer, „nehmen wir Müller. Müller hat früher in 34 Spielen über 30 Tore geschossen. Diesmal wird er in 34 Spielen nur 20 Tore schießen. Zehn weniger als in den Jahren zuvor. Das Problem Motivation, wie man überall lesen kann, wird so dargestellt: Müller hat alles erreicht in seinem Leben, sportlich und finanziell, also, sagen die Leute, er ist sportlich nicht mehr motiviert. Selbstverständlich ist Müller zu motivieren. Müller würde brennend gerne wieder so viele Tore schießen wie immer. Früher, sagte er sich, hab ich hingehauen und draufgehalten, Auge zu und - drin war er. Jetzt will ichs besonders gut machen und da verpasse ich um Handbreite. Das ist ein spezielles psychologisches Problem: ihn von dieser Verkrampfung zu lösen und ihm die nötige Wurschtigkeit wiederzugeben."

Cramer hat „volles Verständnis für die vielen jungen Sportjournalisten, auch für die Zeitungen, bei denen sie arbeiten", aber „so einfach ist das nicht, wie die das darstellen".

„Simplifikationen", sagt er, „helfen uns nicht. Wenn der Müller mit dem Faktor Glück, der dazu gehört, wieder ein paar Tore schießt, ist das psychologische Problem gelöst. Zu sagen, sie sind nicht mehr zu motivieren, weil sie alles haben, das ist zu simpel. Die Spieler wollen. Die Intensität des Trainings, wenn das Ziel gesetzt ist, ist mitreißend. Begeisterung", Cramer intensiviert sich selber, „von Geist, der Besitz ergreift über den Körper, von Geysir, dem springenden Impuls hergeleitet, Begeisterung ist da, trotz Geld, Ansehen, Haus und Hof und Weib und Kind und Vermögen. Beckenbauer ist genauso wenig satt wie Muhamad Ali vor seinem Comeback."

Apropos Muhamad Ali: „Was wir heute von dem sehen", sagt Cramer, „ist einfach das, was er noch besser kann als die anderen. Aber es ehrt nicht mehr ihn, es blamiert schon die anderen." So, sympathisch-riskant, formuliert Cramer, er sagt aber auch Sätze, fromm und devot, wie aus dem Katechismus her: „Die Zusammenarbeit mit Neudecker und Schwan (dem Präsidenten und dem Manager des Clubs) ist ausgezeichnet. Ohne jede Einschränkung."

Dabei kursiert das Gerücht, Max Merkel, der bis vor ein paar Wochen den Münchener Ex-Lokalrivalen, den Zweitligisten TSV 1860, trainierte und der Cramer verehrt wie Zahnschmerzen („Der Dettmar hat den Sudanesen gezeigt, wie man Kakteen umspielt" -Cramers Replik: „Im Sudan gibts gar keine Kakteen"), stehe als Nachfolger Cramers längst auf der Gehaltsliste des FC Bayern, zu Höchstwerten.

„Die jungen Kapitäne, Majore und Obristen der Armee, die zum Teil 500 und mehr Fallschirmabsprünge haben und seit 22 Jahren für die Freiheit ihres Landes kämpfen, haben auch die führenden Stellungen im Sport inne. Ohne Krieg hätte wohl Vietnam eine der stärksten Mannschaften Asiens, Disziplin und Kampfkraft der Mannschaft sind vorbildlich. Ihre technische und taktische Schulung leidet unter den unausdenkbar schwierigen äußeren Umständen. Man könnte fragen: Weshalb spielen sie Fußball? Sie sollten zuerst einmal ihren Krieg beenden. Das möchten sie verständlicherweise lieber noch als wir, aber es liegt nicht allein in ihrer Macht. So lange aber kann man die Jugend des Landes nicht verkommen lassen - und diese Gefahr ist unübersehbar."

Dettmar Cramer hat das geschrieben, im Sportorgan KICKER, in der 47. Ausgabe des Jahres 1967. Cramer erinnert sich an diesen Passus nicht mehr genau. Aber daran: „Meinem Hotel gegenüber war eine Einkaufspassage. Wenn ich morgens um 6 Uhr aus dem Fenster schaute, lagen dort kleine und halbwüchsige Kinder halbnackt ohne Decken auf den Steinen und schliefen."

Was er `75 erzählt, stand `67 nicht im Kicker: „Ich schickte den Kindern Reis rüber, aber die Kellner weigerten sich, den Reis rüberzubringen."

Aber jetzt sind wir wenigstens bei einer wichtigeren runden Größe, wir reden über Angelegenheiten, die den Erdball betreffen.

Wie war denn das damals in Vietnam, in den Zeitungen steht, sie hätten Marschall Ky als einen charmanten Gastgeber geschätzt . . .

„Ich war in Vietnam `67 davon überzeugt", sagt Cramer, „daß es schief gehen würde, der Marschall Ky hat mich davon überzeugt, eine schillernde Figur, bei dem ich zweimal eingeladen war. Ky hat damals den Amerikanern vorgeworfen, daß sie einfach nicht verstehen, daß eine große Offensive (die TET-Offensive) bevorsteht."

Und warum dieser KICKER-Beitrag?

„Siehste, was hätte ich seit `67 schreiben können", sagte Cramer, „was ich seit `67 im Freundeskreis auch erzählt habe, vor allem in Amerika, das ist jetzt eingetreten. Das ist jetzt eingetreten. Die Amerikaner hatten in Vietnam gar nichts zu suchen. Dieser 30jährige Krieg war kein amerikanischer Krieg."

Warum hat er das nirgendwo aufgeschrieben? Warum hat die Unterzeile seines „4. Asienberichts - Saigon -Regen, Krieg und Fußball" einen Touch zivilisierter Barbarei, die selbst einen Karl Kraus noch erschüttert hätte: „Probleme, Probleme: In ganz Vietnam keine Sportplatz-Walze!"?

In der rechten Presse wird immer behauptet, nicht die Vietnamesen hätten einen Krieg gegen Eindringlinge in ihr Vaterland geführt, sondern Kommunisten hätten gegen das Prinzip der Freiheit gekämpft. . . „Ich kann mich nicht so weit vorwagen", sagt Dettmar Cramer, „aber es ist sicher ein vietnamesischer Krieg. Von wem er finanziert wurde, organisiert und ausstaffiert wurde mit Waffen, das alles geht mich nichts an, weil ich zu wenig weiß, weil ich es nicht belegen kann, kann ich dazu auch nichts sagen." Worüber hat er mit Ky geplaudert, seinerzeit? Über den Mangel an Planierwalzen? Über den Überfluß von B-52er-Bombern?

Vietnam ist für ihn „ein menschliches Problem". Er sieht „überhaupt keine politischen Probleme", weil „ich sie nicht kenne". Er sagt: „Ich werde mich niemals in Politik weder in Karriere-Politik noch in Gesprächspolitik einmischen." Er will nur eins: „Gut sein zu den Menschen."

-

Konkret 06/75, S. 34

Hermann L. Gremliza

konkret ex-press

Ein Bürger aus Nordrhein-Westfalen wollte beim Bundespräsidialamt Auskunft haben, ob **Walter Scheel** den Kauf seines „Alterssitzes" in München für 800 000 Mark aus Steuermitteln zu finanzieren gedenke. Scheel ließ antworten: „Das Geheimnis, dem Sie nachjagen, läßt sich sehr leicht lüften." Das Haus in München wolle er so finanzieren, „wie das eigentlich für jedermann in Deutschland immer üblich war und ist: 30 Jahre arbeiten, sparen und nicht vergessen, rechtzeitig einen Bausparvertrag abzuschließen". Fünfundneunzig Prozent der Bevölkerung, für die Scheel den Präsidenten macht, verdienen in 30 Jahren keine 800 000 Mark. Was also ist für den Scheel wohl „jedermann?" Es fällt schwer, Heinrich Lübke nicht nachzutrauern.

Kennen Sie die Notiz: Polizei trieb die Störer unter Einsatz von Tränengas auseinander; die Aktion verlief ohne Zwischenfälle? Die „**Bild**"-Zeitung schilderte jetzt einen umgekehrten Fall: „Mann Schoß Polizisten mit Tränengas in die Augen." Bei der Gelegenheit wurde das Tränengas-Geheimnis auch für „Bild"-Leser gelüftet: „Die Schmerzen, die Polizist Günther Sch. (32) von der Wache Budapester Straße erlitt, müssen grauenhaft gewesen sein. Er lag am Boden, die Hände vor das verätzte Gesicht geschlagen, und schrie: ‚Hilfe, ich werde blind.` Der Polizist erlitt Verätzungen an der Bindehaut und kam in die Augenklinik von Eppendorf." Man weiß also in Zukunft, was alles passiert sein kann, wenn die „Bild"-Zeitung „keine Zwischenfälle" meldet.

Der **„Stern"** kostet am Kiosk 2 Mark. Nach Abzug der Einzelhändler- und Grossisten-Rabatte sowie der Transportgebühren erhält der Verlag Gruner + Jahr pro Exemplar 99 Pfennige. Die Herstellung des „Stern" kostet den Verlag pro Heft 1,42 Mark. Rund ein Drittel der Kosten muß also durch Anzeigen eingespielt werden. Das sind pro Woche einiges über eine halbe Million Mark. Aber jeder hat das Recht in Wort und Schrift seine Meinung . . .

„Welt"-Autor **Günter Zehm** zweifelt am Sinn der freiheitlich-demokratischen Grundordnung. Was, fragt er, haben Wahlen noch für einen Sinn, „wenn die Wähler, die Helmut Schmidt wählen wollen, Willy Brandt, Herbert Wehner und tutti quanti notgedrungen mitwählen müssen?" Oder „wenn man ihnen bei Landtags- oder Kommunalwahlen einreden will, sie müßten unbedingt diesem oder jenem, aus undurchsichtigen Gründen auf die Wahlliste geratenen Juso ihre Stimme geben?" Was tun? Zurück in die in dieser Beziehung sicher problemfreie DDR will Zehm natürlich nicht. Spanien ist ihm sicher zu heiß und Südkorea zu arm. Wohin? Zehm deutet es an, zaudert aber auch hier: „Der verunsicherte Wähler zweifelt am Sinn des Urnengangs."

Zum dreißigsten Jahrestag der Befreiung vom Faschismus, den man unter netten Leuten so nicht nennen darf, präsentierte Springers „Welt" ihre Helden: Den Hitler-Nachfolger Dönitz, zum Beispiel, und den Rüstungsminister **Albert Speer.** Der erzählt so von seinen früheren Mitarbeitern Otto A. Friedrich (später Bundesarbeitgeber-Präsident), Hans-Günther Sohl (BDI-Präsident), Josef Neckermann, Ernst Wolf Mommsen (Krupp). Und er erzählt von seinen Besuchern heute: „Es kommen eben vor allem Studenten und Historiker, die von mir Auskünfte wollen. Das ist einer der Nacheffekte, denen man sich nicht entziehen kann." Anderen „Nacheffekten", die auf Friedhöfen fließen, kann Speer sich entziehen - als „Technokrat jenseits des Bösen". Und man bedauert, daß die Nürnberger Richter den Speer nicht einem Nacheffekt zugeführt haben, der ihn uns entzogen hätte.

Gibt es einen Robert-Koch-Preis für denkwürdige Entdeckungen neuartiger Medizin? Wenn ja, muß der nächste Preisträger **Siegfried Häußler** heißen. Häußler, Vorsitzender der Kassenärztlichen Vereinigung Nordwürttemberg, hat herausgefunden, daß „ohne Einkommensverschlechterung bei Krankheit kein Drang zur Genesung" bestehe. Ein Abzugs-Katalog ist in Arbeit, einige Dosierungen stehen schon fest: Bei Blinddarm helfen 100 Mark Einkommensverschlechterung, bei Beinbruch 250 Mark, bei Krebs 500 Mark, wobei im fortgeschrittenen Stadium eine Radikalkur - Streichung des gesamten Einkommens - angezeigt ist. Dieser Dr. Häußler ist übrigens noch auf freiem Fuß (ungebrochen).

Wie erklärt man einem bundesdeutschen Leser, der statt ökonomischer Bildung eine Marktwirtschaft-Prothese im Kopf hat, daß die Beseitigung von „sozialistischen Experimenten" ins Chaos führt? Der **Deutsche Depeschen-Dienst hat's** versucht: „Seit dem Sturz des sozialistischen Präsidenten Allende hat die Junta die meisten verstaatlichten Banken und Fabriken

wieder an ihre alten Besitzer zurückgegeben. *Dennoch* bessert sich die wirtschaftliche Lage nicht, zumal trotz strikter Lohnkontrollen und Streikverbots die Kaufkraft breiter Bevölkerungsschichten durch die galoppierende Inflation immer mehr verringert wurde." Die Zusammenhänge sind klar: Obwohl die Preise steigen, sinkt dennoch die Kaufkraft, zumal trotz ständigem Hungerleiden die breiten Bevölkerungskreise immer schmaler werden.

In seiner Entscheidung für das Berufsverbot hat das Bundesverwaltungsgericht (unter Mitwirkung früherer NS-Richter) den Mitgliedern sogenannter verfassungsfeindlicher Parteien den Weg in den Staatsdienst endgültig versperrt. Das heißt: fast - denn die **„Frankfurter Allgemeine"** hat zwei Lücken entdeckt: „Allenfalls denkbar ist, daß ein tumber Tor unbewußt Mitglied der DKP geworden wäre, etwa um einer Freundin zu imponieren oder aus einem dumpfen Gerechtigkeitsverlangen . . . Ein solcher Bewerber wäre . . . aber wegen übermäßiger Schlafmützigkeit und Weltfremdheit für den Staatsdienst nicht geeignet." Zweiter Fall: Ein Bewerber flüstert dem Dienstherrn „roten Gesichts" zu, „er habe eine Tante, die Millionärin und Kommunistin zugleich sei und die ihn enterben würde, wenn er aus der DKP austrete, was er alsbald nach dem Erbfall tun werden. Hier wäre die Frage, ob ein solcher Bewerber . . . wegen übermäßigen Opportunismus für eine Beamtenposition ungeeignet wäre". Wer weiß, warum zwei der BGH-Richter einst stramme Nazis waren - vielleicht, um einer BDM-Freundin zu imponieren, deren Vater Millionär und Nazi war. Weltfremd waren sie jedenfalls nicht, wie die inzwischen stattgehabte Karriere zeigt. Schlafmützig auch nicht, und dumpf war (und ist) nur ihr Rechtsgefühl, nicht ihr Gerechtigkeitsverlangen (das gar nicht ist). Bleibt nachzutragen, daß der feinsinnige „FAZ"-Autor Friedrich Karl Fromme heißt. Zum merken.

Es gab eine „Zeit", da hob sich der Kultur-Redakteur **Hellmuth Karasek nicht** nur durch die Schreibweise seines Vornamens von schlichteren Feuilletonisten ab. Jetzt ist er beim „Spiegel" und beschreibt, wie Regisseur Noelte ein Stück „als Tournee auf die Reise schickt"; wie dem, der, irgendwas „blitzartig klar" wird; wie „ Noeltes strikte Unausweichlichkeit auch stets leise sein" kann („so leise, daß"); wie sich seine Figuren „in dieser Unausweichlichkeit der Räume . . . in Verrichtungen" flüchten"; wie die „Gegenwart nur als unausweichliche Folge der Vergangenheit" auftritt; wie eben einer, der nichts weiß und noch weniger will, unausweichlich um den Wortschatz seines Abitur-Aufsatzes rotiert. Für - schätzungsweise - achttausend Mark im Monat ist das zwar, mit Karasek - „alles andere als ein Zufall", hingegen nicht - wieder mit Karasek - „alles andere als ein Gag". Es ist -noch einmal mit Karasek -„in Wahrheit", „in Wirklichkeit" und noch einmal (Spalte vier) „in Wahrheit" das Geseires eines Afterschreibers.

Der portugiesische Sozialistenführer Soares ist derzeit der Liebling unserer Journalisten. (Eugen Gerstenmaier war 1968 auch ein glühender Anhänger des demokratischen Sozialismus. In Prag.) Im **„Zeit-Magazin"** hieß es jetzt: „Soares hatte gegen Ende der 60er Jahre das Godesberger Programm ins Portugiesische übersetzt und dabei sein ‚sozialdemokratisches Damaskus` erlebt." Daß der Genosse Paulus dennoch behauptet: „Ich bin gegen den Kapitalismus", wird ihm unter Anrechnung völkischer Eigenheit nachgesehen: „Freilich ist seine Interpretation von Sozialismus sehr portugiesisch." Er hätte eben doch lieber das Redaktionsstatut der „Zeit" übersetzen sollen, dann hätte er schon sein liberales Hornberg erlebt. Und seine Interpretation von Sozialismus wäre vielleicht ostfriesisch.

Nein, keine Angst, er kommt noch dran: Kurz vor. Redaktionsschluß ist er aus dem Urlaub zurückgekehrt und schon wieder ganz der alte **Theo Sommer.** „Geschichte? Für die einen ist sie bloß ein ärgerliches Netz von Erinnerungen. . . für die andern ist sie ein Selbstbedienungsladen zu gefälliger Erbauung und Beweihräucherung, ein Steinbruch, der den Rohstoff zu neuen Liturgien liefern muß, den Unterbau eines ideologisch eingefärbten Zukunftsimperativs." Absatz: „Auf Deutsch . . ." Halt, Theo, nicht provozieren! Also, was is nu mit'n imperativ-liturgischen Steinbruch-Netz von Edeka? „Auf Deutsch: die einen entfliehen der Geschichte, um sich nicht im carpe diem stören zu lassen, die andern" halten den sausenden Webstuhl der „Zeit" in Gang, weil es ja „eher darauf ankommt, für die Zukunft geradezustehen als .für das historische Praeteritum". Tritt erschwerend hinzu, daß in einer „Welt der lokalen Leviathane . . . die Bipolarität . . . längst verblaßt ist". Auf Deutsch: „Deshalb sollten wir Deutsche uns nicht ins Bockshorn jagen lassen", denn „in Wahrheit ist das, was 1945 zu Ende ging, Eiszeiten entfernt von uns." Auf Deutsch: Carpe Diluvium.

Ein **„Spiegel"-**Vorspann, halbfett: „Die Polizei verzeichnete einen neuen Erfolg gegen Anarchisten. Wieder half der Zufall, wieder gab es Tote." Die Mordwaffe wurde sichergestellt: Sprache vom „Spiegel"-Kaliber, mit abgesägter Moral.

Herbst 1974, **„Rheinische Post":** „Die Deutsche Kommunistische Partei veranstaltet in einem liberalen, freiheitlichen Rechtsstaat ein großes Propagandafest mit Gesang und Artistik, mit Show und im übrigen künstlich niedriggehaltenen Preisen." Weil damals 250 000 Besucher kamen, verweigert die Stadt Düsseldorf für 1975 die Genehmigung. lm Vorjahr hieß es in der **„Neuen Ruhr Zeitung",** das Fest sei „ein Beispiel dafür, wie offen und freizügig unsere Gesellschaft sich

gegenüber Kommunisten verhält." Wer wissen will, was Hofberichterstattung ist, muß in den nächsten Wochen „NRZ" und „Rheinische Post" lesen.

Die Tochtergesellschaften von drei Nachrichtenagenturen wollen bis zu 50 Tageszeitungen per Funk-Telex direkt mit bezahlten Unternehmer-Artikeln versorgen. Doch die befragten Journalisten zieren sich, wie Herbert Krafft von Springers „Berliner Morgenpost": „Das wäre das Ende einer objektiven und unabhängigen Berichterstattung." Die Hure braucht keinen Zuhälter.

Konkret 06/75, S. 36

Chile nach dem Putsch - 4. Folge

KONKRET dokumentiert auf dieser Seite monatlich die jüngste Entwicklung in und um den Faschisten-Staat Chile und die Widerstands- und Solidaritätsaktionen in aller Welt.

Die parlamentarische Demokratie in Argentinien ist noch so weit intakt, daß die Resolution von zwei kommunistischen Abgeordneten angenommen wurde, in der es heißt: „Angesichts der Ankunft von General Pinochet, der von einer überwältigenden Mehrheit . . . der Vereinten Nationen verurteilt wurde, drückt das Abgeordnetenhaussein von Herzen kommendes Mißfallen über die Anwesenheit jenes Individuums auf unserem Boden aus, und es bekräftigt seine nicht aufhörende Solidarität mit dem Brudervolk in Chile."

Wie noch zu Pérons Lebzeiten, wo der Stadtrat von Buenos Aires erstmals durchsetzte, daß Pinochet des Betreten der Hauptstadt verboten wurde, mußte er auch im April, während seines zweiten Staatsbesuchversuchs wieder auf einem Luftwaffenstützpunkt in Quarantäne bleiben. Einundzwanzig Salutschüsse. Umarmungen mit der argentinischen Präsidentin Maria Estela de Perón. Sechs Stunden Gespräche über künftige wirtschaftliche Zusammenarbeit. „Wir sind Bundesgenossen", erklärte Frau Perón dann zum Abschied. Pinochets Besuch sei die „materielle Erscheinungsform des Gefühls der Brüderlichkeit" gewesen. „Sie und ich", fuhr sie fort, sich Pinochet direkt zuwendend, „wir stehen hier, um einen weiteren Schritt in Richtung auf das endgültige Zusammengehen beider Völker zu tun." Pinochet versicherte, die „alte Freundschaft" werde „Früchte tragen".

Zehn Tage vorher, am 9. April, war in Santiago das gesamte Kabinett (drei Zivilisten und 14 Militärminister) zurückgetreten, um Präsident Pinochet „absolut freie Hand bei der Bewältigung der wirtschaftlichen Lage" zu geben. In die neue Regierung wurden sechs zivile Minister (ehemalige Christdemokraten) aufgenommen. Für den bisherigen Finanzminister, Jorge Cauas, wurde das Amt eines „Superministers" eingerichtet; er erhielt sämtliche Vollmachten im wirtschaftlichen Bereich, um der Inflation Herr zu werden (offiziell 1974: 371,9 Prozent, in den ersten drei Monaten 1975: 60 Prozent; nach dem Bericht der Weltbank 1974: über 600 Prozent) und auch die „hohe Arbeitslosigkeit" zu bekämpfen.

Für die Bevölkerung bedeutet die Inflation u. a., daß die Preise für die Grundnahrungsmittel, deren Qualität sich auch noch drastisch verschlechtert hat, derart stiegen, daß Essen ein Luxus geworden ist. Der Preis für Brot zum Beispiel, das inzwischen mit Mais vermischt wird, um den teuren Weizen zu sparen, stieg nicht etwa um 60 Prozent, sondern um das Sechzigfache. Selbst Familien, deren Väter relativ gut verdienen, müssen sich mehr und mehr darauf beschränken, nur noch einmal am Tag zu essen.

Einige Ärzte haben kürzlich eine Untersuchung über den Gesundheitszustand der Kinder in Arbeitervierteln und Slums ins Ausland geschmuggelt. Sie stellten fest, daß bereits 34 Prozent der Kinder unter sechs Jahren unterernährt sind, respektive unter leichter, mittelgradiger oder schwerer Dystrophie (pathologische Auswirkungen der Unterernährung) leiden. Die Folgen sind u. a.: negative Beeinflussung des Wachstums, Störungen und Erkrankungen im Magen- und Darmbereich, Hautkrankheiten, Muskelschwund, Geistesschwäche. Während bis vor kurzem Menschen, die diese belanglose Nebenerscheinung im „Kampf gegen das marxistische Krebsgeschwür" kritisierten, an „Halluzinationen" oder „kommunistischen Hirngespinsten litten" und damit rechnen mußten, strafversetzt oder durch Foltern mundtot gemacht zu werden, hat die Junta nun den Hunger zum ersten Mal offiziell zur Kenntnis genommen. Im Großraum Santiago, ließ sie verlauten (im Inneren des Landes ist es weit schlimmer), würden 9000 Kinder unter zwei Jahren, bei denen Unterernährung festgestellt wurde, vom staatlichen Gesundheitsdienst „kontrolliert".

Die Junta kündigte gleichzeitig einen Plan an „zum Schutz der Familien in extremer Armut".

Nach der Vereidigung seines Kabinetts sprach Augusto Pinochet Ugarte feierlich von einer „stärkeren Kooperation zwischen den Streitkräften und dem zivilen Sektor". Dies sollte allerdings nicht zu dem Trugschluß verleiten, daß er eine tatsächliche politische Liberalisierung plane. Sein alter und neuer Minister für wirtschaftliche Koordination, Raúl Saez (Finanzminister unter dem christdemokratischen Präsidenten Frei), beantwortete in einem Interview die Frage, ob die Junta nicht wenigstens versuchen könnte, zu demokratischen Verhältnissen zurückzukehren, die politischen Gefangenen nach und nach freizulassen, mit den wahllosen Verhaftungen aufzuhören, die Unterdrückung von Parteien und Gewerkschaften aufzugeben mit: „Nein, das können wir fürs erste nicht. Bitte bedenken Sie, in welchem Augenblick höchster politischer Gefahr und wirtschaftlicher Zerrüttung wir das Land übernommen haben." Auf den Einwand hin, daß dies immerhin 20 Monate her sei, entgegnete Saez: „Noch einmal nein." Und wechselte abrupt das Thema. (Er unterließ es nicht, die „Welt" darauf hinzuweisen, daß die große Gefahr bestehe, „daß Chile zu einem zweiten Portugal wird", sofern sie der Junta

wirtschaftlich nicht energisch helfen wolle oder könne.)

Wann Wahlen in Chile stattfinden, wisse er nicht einmal selbst, wiederholte Pinochet kürzlich auch in einem Interview mit der ARD. Die politischen Parteien seien „draußen", d. h. „beurlaubt oder eliminiert", denn sie seien „verfault". Im Ausland werde jedoch das Bild von ihm „ungerechterweise beschmutzt". Denn er verfolge niemanden, „außer, wenn sie mich angreifen oder mein Land. Dann, ja. Da habe ich gewalttätig gehandelt."

Angeblich soll Pinochet seinem neuen zivilen Justizminister, Miguel Schweitzer, vor dessen Amtsantritt eine Liberalisierung, darunter auch die Freilassung der (zur Zeit etwa 6800) politischen Gefangenen zugesagt haben. Zunächst wurden 15 000 Menschen entlassen. Nicht Gefangene, sondern „überflüssige" Beamte.

In einer mehrtägigen Geheimkonferenz sind die Führer der verbotenen Christdemokratischen Partei Chiles jetzt zu dem Schluß gekommen: „Das Regime des Generals Augusto Pinochet ist eine Rechtsdiktatur mit faschistischen Merkmalen und de: Absicht, sich zu verewigen. Die Christdemokratische Partei beschließt, einen Weg der Opposition und der aktiven Kritik zu beschreiten." Damit verstößt die Partei gegen das Juntaverbot jeglicher politischer Betätigung. Offenbar sind große Teile der Christdemokratischen Partei jetzt bereit, sich dem illegalen antifaschistischen Widerstand anzuschließen.

Konkret 06/75, S. 37

Walter Boehlich

Gewalt

Der Bundestag will die Befürwortung von Gewalt in der Literatur verbieten. Walter Boehlich findet die Motive so zweifelhaft wie die Folgen gefährlich

So laut und unsachlich der Bundestag vor den Fernsehkameras das Thema der inneren Sicherheit abgehandelt hat, so leise und realistisch bereiteter Gesetzesänderungen vor, durch die in Zukunft auch schon die verbale Befürwortung von Gewalt strafbar werden soll. Es liegt ihm ein von der Regierung eingebrachter „Entwurf eines Dreizehnten Strafrechtsänderungsgesetzes" vor, zu dem auch der Bundesrat bereits Stellung genommen hat.

Die Regierung hat sich Mühe gegeben, ziemlich genau herauszuarbeiten, was künftig strafbar und was nach wie vor nicht strafbar sein soll, der Bundesrat wäre in einem entscheidenden Punkte lieber für eine abstraktere Fassung. Einig sind sich beide, daß das, was die einen den „öffentlichen Frieden", die andern etwas verräterisch den „Gemeinschaftsfrieden" nennen, nicht gestört werden dürfe. Das sind schöne Begriffe aus dem Wortarsenal der Herrschaft, die etwas vorspiegeln sollen, was es nicht gibt. Der „öffentliche Friede" ist eine reine Fiktion; hier wird als Friede der Zustand einer grundsätzlich sozial unbefriedeten Gesellschaft bezeichnet, der bestehende Herrschaft unangezweifelt läßt, in dem Veränderung sowohl durch das Gewaltmonopol des Staates als auch durch die Privilegierung von Kapitalmacht praktisch so gut wie unmöglich gemacht ist.

Der Gesetzgeber, der Störungen dieses Friedens pönalisiert, gibt damit zu erkennen, daß er nicht nur seine Gewalt und die von ihm gebilligte strukturelle Gewalt für friedlich oder wenigstens friedensstiftend hält, sondern auch am Zustand der Dinge nichts geändert sehen möchte. Er sucht ein Recht zu schaffen, das ihm - sei er gut oder böse - ebenso Dauer zusichert wie es seine Methoden der Herrschaftssicherung als das Rechte erscheinen lassen soll.

Daß Gewalttätigkeit von Landfriedensbruch bis zu räuberischer Erpressung unter Strafe gestellt wird, ist überall verbürgte Rechtsnorm, daß aber in Zukunft auch Urheber, Hersteller, Verkäufer von *Schriften,* die in den Augen der Gerichte solche Gewalttätigkeit befürworten oder zu ihnen anleiten, mit Freiheitsstrafen bedroht sind, das ist neu und der öffentlichen Diskussion wert.

Die Bundesregierung hat erklärt, warum sie das Strafgesetz in der genannten Weise abändern will. Sie ist der Meinung, daß ein Teil der jüngeren Gewalt- und Terrorakte durch Literatur verschuldet sei. Sie glaubt ein wenig unmaterialistisch, was da geschehen ist, sei nicht auf reale Bedingungen unserer Gesellschaft zurückzuführen, sondern auf Indoktrination durch das Wort, vor allem das geschriebene, weniger durch das gesprochene. Es stört ihr Rechtsgefühl, daß das, was von nun an Befürwortung von oder Anleitung zu Straftaten sein soll, sehr häufig in der Form theoretischer Abhandlung aufgetreten sei und daher nicht strafbar war. In Zukunft wird die Möglichkeit gegeben sein, Theorie als Tarnung zu denunzieren.

Ganz wohl freilich ist der Regierung dabei nicht, sie erkennt Ausnahmen an, den Kriminalroman etwa, aber auch ältere Literatur, „die sich auf eine Situation bezieht, die mit den heutigen Verhältnissen nicht zu vergleichen ist", oder „wissenschaftliche und historische Abhandlungen über die Rolle der Gewalt in der Geschichte". Mit andern Worten: vergangene Gewalt durfte allenfalls sein - was aber nicht sein darf ist die Behandlung gegenwärtiger Gewalt, weil Gewalt gegenwärtig nicht sein darf.

Es mag sein,' daß der Gesetzgeber die durch das Grundgesetz verbürgte Freiheit der Kunst und der Meinungsäußerung nicht außer Kraft setzen will, es könnte aber sein, daß unsere Gerichte sich ihren eigenen Reim auf die neuen Gesetze machen. Literatur, gleich ob die sogenannte schöne oder die sogenannte wissenschaftliche, haben einen Aufforderungscharakter -daran führt auch der Satz: „Sei ein Mann und folge mir nicht nach", nicht vorbei.

Unsere Gesellschaft hat sich bisher jedesmal mit den tausendfachen ungemein sozialschädlichen Folgeerscheinungen auch der schändlichsten Groschenliteratur und ihrer genüßlichen Verherrlichung von Gewalt abgefunden; ernsthaft ist auch gegen die populäre Kriegs- und Landserglorifizierung nie etwas unternommen worden. Daran wird sich kaum etwas ändern. Ändern könnte sich dort etwas, wo konkret politisch argumentiert wird, denn, nicht wahr, der Schund will ja politisch nichts verändern, er kann es lassen wie es ist, denn er gedeiht, gedeiht selbst als Boulevardpresse, aber wer die Rolle der Gewaltinder Geschichte ernst nimmt und davon ausgeht, daß ohne Gewalt sich nie etwas wünschenswert

verändert hat, der könnte tatsächlich ein Veränderer sein, Veränderung wollen, und deswegen gilt ihm die Kampfansage.

Wenn die Gerichte die neuen Gesetze extensiv auslegen - und warum sollten sie das bei ihrer größtenteils gouvernementalen Tendenz nicht - werden sich die Gefängnisse mit Autoren und Druckern, mit Verlegern und Buchhändlern füllen, oder wir werden eine innere Zensur bekommen, gegen die alle staatliche Zensur der Vergangenheit ein Kinderspiel ist. Ein, zwei Musterprozesse gegen kleinere linke Verlage müßten dann zu Kettenreaktionen von Angst und Feigheit führen. Die billigende Erwähnung von allem, was den Strafverfolgungsbehörden als Gewalt erschiene, hätte vermutlich die Ablehnung des Manuskriptes durch den Verleger, wenn das nicht, die Weigerung der Druckerei, das Manuskript zu setzen, wenn das nicht, auch nur bei dem vagesten Verdacht den Ausschluß vom Ladenverkauf durch den Buchhandel zur Folge, da jeder in dieser Reihe mit Gefängnis oder Geldstrafe bedroht wäre. Eine freie Literatur kann unter solchen Bedingungen nicht existieren.

Die Politiker, die die neuen Gesetze entworfen haben, geben sich den Anschein, als wüßten sie nicht, welche Funktion Literatur seit jeher gehabt hat, wie wenig Literatur und öffentlicher Friede miteinander zu tun haben - am Ende wissen sie's wirklich nicht. Wenn sie sich Geschichte überhaupt als einen Prozeß vorstellen, dann höchstens als einen, der gerade im Augenblick seiner Erfüllung äußerst nahe gekommen sei. In ihren Augen mag in der Vergangenheit Gewalt eine gewisse Berechtigung gehabt haben - in der Gegenwart hat sie die nicht. In diesem falschen Bewußtsein nehmen sie hin, was ihre Vorgänger verfolgt und unterdrückt haben und schicken sich nun selbst an, zu verfolgen und zu unterdrücken, was ihre Nachfolger hinnehmen werden.

Sie haben die Macht dazu und schaffen sich ein Recht dafür.

Konkret 06/75, S. 39

Winfried Thomsen

Im Fernsehen ist der Einäugige König

Über Kojak und Columbo

Jahrelang spielte Uncle Sam in Indochina den Richter, Staatsanwalt, Verteidiger und Wärter seiner Freiheit. Doch unter dem Dienstgewand verbarg sich nur ein langfingriger Kolonialwarenhändler. Jetzt flog der Hochstapler auf und aus. Aber es gelang ihm nicht, unerkannt zu entkommen. Eine genaue Täterbeschreibung liegt vor.

Der Weltpolizist, nach dessen Pfeife lang nicht mehr jeder tanzt, bietet ein trauriges Bild: zerzaust der Anzug, der Colt verbogen, entwertet sein Dollar, gefleddert die Brieftasche. Auch ist ein Auge blau, die Haare sind ihm ausgegangen, demoliert ist die Moral.

Um die Spuren zu verwischen, hat sich der zerbeulte und demoralisierte Herr entschlossen, als TV-Polizist das Beste aus seinem Typ zu machen. Jede Ähnlichkeit mit lebenden Personen ist beabsichtigt, womit zugleich von den sie prägenden Verhältnissen abgelenkt wird.

Also ist Uncle Sam in die Gestalt der Detektive Columbo und Kojakgeschlüpft, einäugig und kahl, neurotisch und pflichterfüllt, zerknautscht und auf scheinbar verlorenem Posten. Schließlich steht auf der Gegenseite das Routine gewordene Unrecht: die kalifornische Oberwelt und die New Yorker Unterwelt, deren Kriminalität durchaus identisch ist.

Um welchen Einsatz geht es in Manhattan und Frisco? 53 Prozent der US-Bürger, so eine Umfrage, halten die Industriebosse für unglaubwürdig. Kein Wunder, bei Vertrauensschädigern von der Qualität der Ölreichen und ITT-Putschisten, der Abhör-Präsidenten und Lügen-Metternichs. Es hat sich herumgesprochen, daß ehrbar nicht dasselbe ist wie ehrlich, und die unehrlichen Reichen müssen verhindern, daß es ihnen nun auch daheim an die weißen Kragen geht.

Sie haben die Flucht nach vorn angetreten, die Bosse, die zugleich Verfüger über das amerikanische Privat-Fernsehen sind, von dem sie sehr wohl wissen, daß es kurzsichtig macht. Durchblick haben nur die kommerziellen TV-Polizisten Columbo alias Kojak alias Uncle Sam, deren Wirken dem Schutzbedürfnis der ökonomischen Machthaber entspricht. Der kaputte U. S.-Typ, der Untertan und Produkt der gesellschaftlichen Verhältnisse ist, erscheint ausschließlich als Mensch und damit als glaubwürdig. Uncle Sam jagt gewissermaßen sich selbst, ohne daß es auffällt: Die Mißstände lassen sich am besten vertuschen, indem man sie öffentlich macht, überführt und verhaftet.

So ist alles in Butter, wenn jede Woche einer dieser smarten, arroganten, erfolgduftenden Saubermänner auf's Kreuz gelegt werden kann. Das Publikum atmet auf: Es gibt doch noch Gerechtigkeit denn ihm wird vorenthalten, daß gleichzeitig zwei neue Reiche nachwachsen, die das Leistungsprinzip konsequent bis zum Mord betreiben. Der Zuschauer weiß, daß auch die Oberen Zehntausende kriminell sein können - und die Detektive verschweigen ihm, daß jene oben leben, weil sie kriminell sind.

Die Ursachen, die Hintermänner werden nie gegriffen: Den Killer erwischt es, die Organisation bleibt anonym und macht weiter. Das Mißtrauen gegen die Bosse, gegen die dicken Hunde wird abgerichtet auf die nur fast Großen: Juweliere, Modeärzte, Erfolgsautoren.

Die Ähnlichkeit (das ZDF wirft den „Reichsverweser" Franz Josef zum Sperrmüll) hat eben ihre Grenzen, da der Mißerfolg ausgeschlossen werden muß. Columbo und Kojak dürfen nur im Erfolgsbereich operieren und sich nicht etwa an die Verfolgung der Allende-Mörder machen. Zwar ist auch in diesem Fall die Auflösung bekannt, die Beweisführung unmöglich. Die größten Verbrecher erkennt man daran, daß sie unentdeckt bleiben - schon bejammert Bob Haldeman frech Nixons Mißgeschick, die Tonbänder nicht vernichtet zu haben.

Columbo und Kojak sind beliebt, denn sie tun, was jeder von uns gern täte: zwei Trottel wie du und ich. Sie erfüllen jedem seinen Wunsch, einmal den Vorgesetzten, den Boß hereinzulegen und in Handschellen abzuführen. Sie bestätigen, daß auch untergeordnete Chargen sich mit Mut und Köpfchen von allem Übel befreien können. Sie beweisen, daß die Staatsorgane intakt sind.

Columbo und Kojak: zwei Sandmännchen, die Unruhe beschwichtigen, emanzipatorische Bedürfnisse in den TV-Kanal ableiten. Wer sich mit ihnen identifiziert, glaubt, die herrschenden Verhältnisse zu beherrschen. Regierte halten sich für Regenten: Der Einäugige ist König der Blinden und der Kahle Herrscher aller Hohlköpfe.

Mit ihrer Reichen-Jagd verdrehen die Fernseh-Polizisten den emotionalen Antikapitalismus des Publikums: kein Antiamerikanismus in Amerika. Viele Bürger der USA, die aus einem Kolonialkrieg geboren wurden, halten die eigene, gerade 200 Jahre alt gewordene, Unabhängigkeitserklärung für eine Passage aus dem Kommunistischen Manifest. Columbo und Kojak bestärken mit ihrer Augenwischerei diesen Glauben; die alten Bärte sind von ihren Quellen abgeschnitten. Ihr internationaler Erfolg zeigt: Die westliche Welt hält sich noch für heil, und zumal in der Bundesrepublik festigen die tüchtigen Detektive das Vertrauen in die alles beherrschende Spitzenklassen der Verführungsmacht.

Überall siegt eben das Gute: in den USA Columbo und Kojak, in Indochina der Rote Khmer und Vietcong.

Konkret 06/75, S. 40

Gerd Fuchs

Ich habe gelesen

In dieser KONKRET-Buchkolumne schreiben Autoren über ihre Lektüre. Diesmal der in Hamburg lebende Gerd Fuchs („Beringer und die lange Wut")

„Nun dichten sie wieder", stellte im November der „Stern" fest, nun lassen die westdeutschen Schriftsteller endlich das Politisieren, bleiben bei ihren Leisten, machen wieder Literatur, so wie das Bürgertum sie haben will: als Gegensatz zu Politik.

Es war dies die Zeit, als das Wort Tendenzwende in den Leitartikeln auftauchte. Über Nacht, man wisse nicht wie, gehe es in der BRD endlich wieder nach rechts. Falls da angesichts einiger Landtagswahlergebnisse etwas dran gewesen sein sollte, so hatte man doch kräftig vorgearbeitet: der „Völkische Beobachter" als Faksimile-Druck an jedem Kiosk, Heft-Serien über das „Dritte Reich", Nazi-Wochenschauen und Nazi-Filme, Hitler-Titelgeschichten, Hitler-Titelbilder, Hitler-Filme, Hitler-Lesungen, Hitler-Bücher.

Der zweite Akt dieser publizistischen Inszenierung läuft bereits. Nach der Hitler-Verharmlosungs-Welle nun die Anti-Marx-Welle. Vorneweg auch hier natürlich, opportunistisch wie immer, der „Stern", an Schmutzigkeit seiner Angriffe auf Marx seinesgleichen suchend. Doch ebenso wie bei dem Gerede von der Tendenzwende der Wunsch der Vater der Meldung war, so auch bei dem, was der „Stern" bei den Schriftstellern geortet haben wollte: Es sollte durch die Behauptung erst erzeugt werden.

An der Nachricht, die westdeutschen Schriftsteller hätten politisch resigniert, war, wie eine Umfrage der Düsseldorfer „Deutschen Volkszeitung" bewies, und ist, wie die Frühjahrsproduktion der Verlage beweist, natürlich nichts dran. Im Gegenteil, die Politisierung der Autoren hat zugenommen, wenn sie sich auch weniger spektakulär äußert als Ende der 60er und Anfang der 70er Jahre.

Aber werden denn nicht Verlagsprogramme, Rundfunkprogramme, Fernsehprogramme, Theater- und Konzertprogramme rücksichtslos gekürzt, und wenn Siegfried Unseld die DDR-Reportagen von Franz Xaver Kroetz nicht drucken will, Karin Strucks „Die Mutter" dagegen hochspielt, heißt das denn nicht, daß die kritische, gesellschaftsverändernde Rationalität in diesem Land an Boden verloren hat?

Gewiß, ein Buch wie das von Karin Struck wäre vor zwei Jahren im Suhrkamp Verlag noch nicht möglich gewesen. Nur: vor zwei Jahren wäre es noch nicht nötig gewesen. Die Fähigkeit der Herrschaft, sich mit dem Marxismus auseinanderzusetzen, ist auf Null gesunken. Politisch heißt das: Berufsverbote, Antikommunismus und die Denunziation jeder demokratischen Rationalität als kommunistisch, ideologisch heißt das: Theorieverbot, literarisch: Irrationalismus. So gesehen ist Karin Strucks wüstes Konglomerat schon interessant - als Vorreiter einer irrationalistischere Entlastungsoffensive.

Einer, der dafür seit langem Vorarbeit leistet, ist **Peter Handke.** Zwar herrschte bei ihm bisher ein Sprachgestus vor, der Rationalität wenigstens imitierte. In seinem neuesten Roman **DIE STUNDE DER WAHREN EMPFINDUNG** (Suhrkamp, 167 Seiten, 19,80 DM) aber kommt ein Ton hoch, der sich der barbarischen Irrationalität Karin Strucks durchaus annähert. „Es fiel ihm ein", heißt es auf der vorletzten Seite als Fazit, „daß er noch nie einen wirklichen Feind gehabt hatte, jemanden, den er ohne Erbarmen zerstören wollte. Ich werde mich mit möglichst vielen verfeinden! dachte er, seltsam fröhlich." - Da macht sich einer fertig loszuschlagen. Man braucht ihm nur noch zu sagen, gegen wen.

Es macht einen Grundzug irrationalistischer, subjektivistischer Literatur aus, daß ihre Produkte nicht mehr im Detail, sondern nur noch als Ganzes kritisierbar sind, daß ihr Anspruch, Kunst zu sein, nicht nachprüfbar ist. Das sieht alles unendlich absichtsvoll aus, ist aber nichts als beliebig.

Werden jedoch überprüfbare Kategorien wie Raum, Zeit, Kausalität, Historizität eingeführt, beginnt Überprüfbarkeit, beginnt literarischer Realismus, entsteht das, durch dessen Denunziation als Beschreibungsliteratur sich Peter Handke auf der Princeton-Tagung der Gruppe 47 den Verlagsherren empfahl.

Doch heißt realistisch schreiben nicht bloß abschildern. Eine Illustration des Grundproblems, das literarischer Realismus heute aufwirft, bietet modellhaft **Karl Otto Mühls** erster Roman **SIEBENSCHLÄFER** (Luchterhand, 205 Seiten, 22,- DM). Ein Ich-Erzähler berichtet, wie er sich in den Jahren zwischen 1947 und 1957 in der Sinnlosigkeit einer gutbezahlten Angestellten-Existenz einrichtet. Das Unrealistische dieses Romans liegt jedoch darin, daß sich der Autor ausdrücklich Geschichte als politische Geschichte wegzensiert. Mühls Ich-Erzähler bewegt sich in einem politischen Vakuum, und konsequenterweise erscheinen seine Frustrationen, erscheint seine Zukunftslosigkeit nicht als die einer bestimmten Gesellschaft in einer bestimmten Epoche; sondern als die Sinnentleertheit menschlicher Existenz schlechthin. Damit ist genau jene Grenzlinie erreicht, von wo es bis zu Handkeschen Positionen nicht mehr weit ist.

Doch ist Mühls Verzicht auf Politik selbst politischen Ursprungs. Aus dem z. Weltkrieg heimkehrend, wendet sich sein Ich-Erzähler aus Enttäuschung über die Politik der Hitler-Faschisten von Politik überhaupt ab. Eine solche Haltung kann sicher einer literarischen Figur zugebilligt werden, nicht aber dem Autor, der sie beschreibt. Es sei denn, er ist damit einverstanden, daß er jene Zukunftslosigkeit, unter der seine Figur ja leidet, reproduziert im Leser, statt sie ihm kritisch und damit als veränderbar zu beschreiben.

Daß immer mehr westdeutsche Autoren über eine solche Haltung hinaus sind, beweist der von der **Wortgruppe München** (Konjetzky, Ploetz, Ritter, Stössel, Timm) herausgegebene Sammelband von Kurzkrimis **AUF ANHIEB MORD** (Autoren Edition, C. Bertelsmann Verlag, 255 Seiten, 22,- DM). Was immer die literarische Qualität dieser zwölf Erzählungen sein mag - sie ist in den meisten Fällen beträchtlich -, ebenso interessant ist hier, daß Autoren wie Chotjewitz, Friesel, von der Grün, Ritter, Scharang, Thenior, Walser, Autoren die bisher ausschließlich „hohe" Literatur schrieben, sich herkömmlicher Trivialformen bedienen und sie sich ihren gesellschaftskritischen Zwecken anverwandeln. Es drückt sich hier ein verändertes Selbstverständnis eines großen und wichtigen Teils westdeutscher Autoren aus, ihr Wille, das Kunst-Getto zu durchbrechen, Kontakt zu den Massen der Leser zu finden, der Literatur ihre Rolle bei der gesellschaftlichen Aufklärung und Veränderung zurückzuerobern.

Die erste Einsicht in die Notwendigkeit, der Literatur ihre alte gesellschaftliche Funktion zurückzugeben, war vielen Autoren in der Mitte der 60er Jahre gekommen, in der Zeit der großen Koalition, der Eskalation des Vietnam-Krieges, der Studenten-Revolte, der Zeit der Proteste und der Agitations-Gedichte.

Eine erste, von Joachim Fuhrmann, Dietrich Hinrichsen, Agnes Hüfner, Klaus Kuhnke, Peter Schütt und Uwe Wandrey herausgegebene Sammlung dieser neu entstehenden politischen Gedichte war 1969 unter dem Titel „agitprop" im Hamburger Quer-Verlag erschienen. Es ist bezeichnend, daß kein großer westdeutscher Verlag sich für diese Sammlung interessierte oder selber eine solche Sammlung veranstaltete. Noch bezeichnender aber, daß die einzige, die es außer der inzwischen vergriffenen Quer-Verlags-Anthologie gibt, aus der DDR kommt: **DENKZETTEL. Politische Lyrik aus der BRD und West-Berlin.** (Herausgegeben von Annie Voigtländer und Hubert Witt. Vorwort Klaus Schuhmann. Als Lizenzausgabe im Frankfurter Röderberg Verlag erschienen. Taschenbuch Band 33, 556 Seiten, 4 DM.)

Doch dokumentiert „Denkzettel" nicht nur die politische Lyrik der zweiten Hälfte der 60er Jahre, sondern auch die bis zur Gegenwart reichende. Was man auch so schon sieht, was aber noch deutlicher geworden wäre, hätten die Herausgeber die Gedichte chronologisch geordnet: es zeigt sich hier, welche Fortschritte die Gedichte-Schreiber gemacht haben, um wieviel besser sie es inzwischen verstehen, politische, historische, gesellschaftliche Prozesse ins Individuelle zu vermitteln. Das aber ist nur möglich nicht aufgrund einer geringeren, sondern einer stärkeren Politisierung der Autoren.

Wie weit diese Politisierung vorangekommen ist, zeigt die Entwicklung der Prosa. In welchem Verhältnis steht der kleinbürgerliche Intellektuelle zu seiner Herkunftsklasse und ihrer Partei als dem Bezugspunkt, der die Perspektive einer neuen, einer sozialistischen Gesellschaft garantiert: das sind Fragen, die in demselben Maß, wie die Arbeiterbewegung in der BRD erstarkte, bereits darstellbar geworden sind; in Martin Walsers Roman „Die Gallistische Krankheit", in Peter Schneiders Erzählung „Lenz", in **Franz Josef Degenhardts** eben erschienenen Roman **BRANDSTELLEN** (Autoren Edition, C.Bertelmann Verlag, 318 Seiten, 25 DM).

Ja, eben jene Zeit der frühen Studentenbewegung, in der so vieles in Bewegung kam, ist bereits Gegenstand von zwei Romanen geworden, von Uwe Timms „Heißer Sommer" und von **Roland Langs** jetzt erschienenem Buch **EIN HAI IN DER SUPPE ODER DAS GLÜCK DES PHILIPP RONGE** (Autoren Edition, C. Bertelsmann Verlag, 192 Seiten, 19 DM).

In allen Fällen handelt es sich, wenn nicht um Entwicklungsromane, so doch um Romane, die Entwicklung beschreiben, und Entwicklung heißt hier Politisierung, heißt: indem sie die Gesellschaft verändern, verändern sich die Helden dieser Romane selbst, und häufig tragen sie die Züge ihrer Verfasser.

Wie stark neben dem Roman aber inzwischen auch die Lyrik geworden ist, zeigt **Klaus Konjetzky** mit seinem **POEM VOM GRÜNEN ECK** (Nachwort Martin Walser, Piper, 96 Seiten, 10 DM). Wer genau beobachtete, dem fiel auf, daß die Gedichte in der letzten Zeit immer länger, immer epischer, immer persönlicher, immer politischer wurden, aber daß da einer mit etwas wie einer veritablen Verserzählung kommen würde, hätte niemand gedacht.

Konjetzky hat eine lyrische Biographie geschrieben, eine zum größten Teil gelungene Darstellung seiner Herkunft, seiner Schwierigkeiten mit sich selbst und seiner politischen Bewußtwerdung. „ . . seit Enzensberger das Singrisiko verbissen meidet", schreibt Martin Walser in seinem Nachwort, „ist Konjetzky der erste, der Lyrik als *öffentlichen* und *höchstpersönlichen* Gesang probiert... Gesänge wie der von Konjetzky öffnen die Literatur, erinnern an die frühesten und wichtigsten Aufgaben der Literatur: es sind *rein* gesellschaftliche und überhaupt nicht isolationistische."

Man wird bemerkt haben, daß ich, obwohl Mitherausgeber der Autoren Edition, trotzdem mehrere in der Autoren Edition erschienene Bücher, ja sogar meinen eigenen Roman erwähnt habe. Ein bürgerlicher Literat tut so etwas natürlich nicht; er treibt keine Eigenwerbung. Anstandsregeln wie diese haben ihre Berechtigung bei bürgerlichen Literaten. Wofür sollten sie anders werben als für sich selbst. Obwohl die erwähnten Bücher (die von Struck, Handke und Mühl ausgenommen) sehr intensiv von ihren Verfassern reden, so stellen sie doch nicht die Verfasser-Individualitäten um ihrer selbst willen aus, sondern immer inwieweit sie die Veränderung dieser Gesellschaft brauchen und dazu beitragen.

Für Bücher, die für diese Sache eintreten, muß allerdings geworben werden.

Konkret 06/75, S. 43

Ralf Thenior

Das Paillettending

Krimi in KONKRET

Am nächsten Tag fuhr ich raus nach St. Pauli.

Als ich die Treppe der U-Bahnstation hinaufstieg, begann ich zu flöten. Ich merkte, daß es »Lilli Marleen« war, und mir fiel auf, daß ich in dieser Gegend fast immer auf » Lilli Marleen« kam. Ich ließ es.

Langsam schlenderte ich über die Reeperbahn.

Auf dem Bürgersteig Kotze, Präser, verschmierte Currywurstpappen, die Überbleibsel der vergangenen Nacht, während die ersten Glitzerlichter schon wieder müde in die Gegend blinzelten. Ein grauer Tag. The Show must go on.

Ich war extra früher gefahren, um mich für das bevorstehende Treffen in Stimmung zu bringen. Wenn ich einen größeren geschäftlichen Abschluß vor mir habe, mache ich immer erst mal einen Spaziergang über die Reeperbahn.

Diese Atmosphäre von billigem Stoß, Totschlägergeschmack, Straßenkreuzer und Rasierklinge am Hals macht mir immer wieder klar, worum es eigentlich geht. Hier merkt man, daß die feineren Leute nichts weiter sind als eine Verfeinerung des Kampfes um die Brieftasche. Wer nicht aufpaßt, erwacht mit Blutergüssen und leeren Taschen irgendwo in einem stinkenden Hinterhof. Was bei den Typen ganz unten der Mythos vom Goldzahn und der echt goldenen Armbanduhr, das ist bei den Leuten auf den besseren Plätzen die Yacht, das Privatgrundstück am Seeufer oder die Zweitwohnung in Greenwich Village.

Und die große Masse dazwischen blickt nicht durch und glaubt an Ordnung.

Diese Atmosphäre schaltet meine Wachsamkeit auf höhere Touren. Mir wird doppelt bewußt, daß man mich aufs Kreuz legt, wenn ich nicht aufpasse.

Ich hatte zum Frühstück nur einen Kaffee getrunken, und so langsam fing mein Magen an zu knurren. Ich steuerte einen Imbiß an, von dem ich schon früher den Eindruck gewonnen hatte, daß das Frittenfett wenigstens nicht länger als eine Woche verwendet wird und auch die Frikadellen noch halbwegs genießbar sind. Der Griller mit den fettigen Fingern und dem öligen Haar reagierte auf meine Bestellung wie ein Automat. Er sah mich nicht einmal an, machte seine paar Handgriffe und legte mir Pappteller, Gabel und das fettige Wechselgeld auf die Glasplatte. Dann sah er wieder teilnahmslos aus dem Fenster.

An den Landungsbrücken kaufte ich mir an einem Kiosk einen Spiegel und eine Bildzeitung. Dann stellte ich mich oben auf der Brücke auf. Es war noch etwas Zeit. Unten spulte einer mit einer Seemannsmütze und einer schwarzen Sonnenbrille mechanisch seine Einladung zur Hafenrundfahrt ab. Er war ziemlich weit weg, und die Sonnenbrille hatte er wahrscheinlich nur auf, um die fröhlichen Touristen nicht mit seinen toten Augen zu erschrecken.

Ich beobachtete, wie er in einer Pause einen Flachmann hervorholte und sich einen kräftigen Schluck genehmigte.

Als ich mich umdrehte, sah ich, daß ein Typ mit einer Bildzeitung und einem Spiegel unter dem Arm auf mich zusteuerte. Der Partner. Er trug einen hellen Raglan mit verdeckter Knopfleiste. Burberry sicherlich, und hatte eine coiffeurgepflegte Matte.

Eine unauffällige Figur. Kühl und gefährlich.

Der Typ des hanseatischen Edelgangsters mit einer angestellten Privatnutte in der Pöseldorfer Boutique.

Wir tasteten uns ab, während wir uns begrüßten.

Nach einigen Floskeln kam er zur Sache.

»Haben Sie schon mal was mit der Polizei gehabt?«

Er wollte also wissen, ob die Bullen meine Prints in ihrer Sammlung hatten. Das konnte ich mit ruhigem Gewissen verneinen. Man ist schließlich nicht unvorsichtig.

»Ich schätze diese vulgäre Kriminalität nicht.«

Er lächelte dünn. »Das macht Sie für uns interessant.«

Sein Ton ließ keinen Zweifel darüber, daß ihn meine Geschichte nur in dem Maß interessierte, in dem er sie brauchte, um meine Verwendbarkeit als Arbeitskraft zu beurteilen.

»Worum geht's?«

» Es ist eine etwas delikate Angelegenheit, deshalb möchten wir den Kreis der Eingeweihten bis zum Schluß so klein wie möglich halten.«

Natürlich. Der übliche Spruch.

»Ich glaube, ich hatte Charly gegenüber schon erwähnt, daß ich nicht spiele, solange ich den Einsatz nicht kenne.«

Er lächelte wieder dünn.

»Den Einsatz kann ich Ihnen nennen, nur das Spiel bleibt bis zu Beginn geheim. Für Sie sind zweitausend Mark drin, wenn Sie uns morgen nacht einen kleinen Dienst erweisen.«

»Und ich sagte ja auch, daß ich vulgäre Kriminalität nicht schätze.«

»Geschenkt«, sagte er. »Also, was ist? Steigen Sie ein?«

»Gut.«

»Rufen Sie morgen um zwanzig Uhr dreißig bei Charly an. Alles weitere erfahren Sie dann von ihm.«

Ich dachte mir, daß ich jetzt schon so weit in der Sache drinsteckte, daß es auch egal war.

»Wie wär's mit einem kleinen Handgeld?«

»Das Handgeld haben Sie schon bekommen.«

Er drehte sich um und ging.

Einen Moment lang hatte ich das Bedürfnis ihm zu folgen, aber dann kam es mir lächerlich vor. Was würde sein?

Er würde in seinen Mercedes einsteigen und in sein Büro fahren. Ein angesehener Hamburger Kaufmann, der mich noch nie in seinem Leben gesehen hatte.

Ich beschloß, wie gehabt, die Dinge auf mich zukommen zu lassen.

Als ich zum Fischmarkt runterschlenderte, begann ich zu flöten. Aber es kam wieder nur »Lilli Marleen« heraus.

Um mich auf andere Gedanken zu bringen, verbrachte ich den folgenden Vormittag damit, den Cain aufzutreiben. Und ich hatte Glück. Eine Jungbuchhändlerin in der Innenstadt - rustikales Image, erfrischende Natürlichkeit, Joni-Mitchell-Fan wahrscheinlich -kannte ihn, und als ich ihr ein Stück von der Story erzählt hatte, wußte sie sogar den englischen Titel. The Postman always rings twice. Sie hatte das Buch da.

Wir plauderten noch ein wenig, und sie empfahl mir Ross McDonald. Ich versicherte ihr, daß ich diese Empfehlung gern bei Gelegenheit aufgreifen würde.

Der Cain hatte es in sich.

Ich nahm mir vor, mich ein wenig um die Kleine zu kümmern, wenn ich aus dieser Geschichte heraus war und meine finanzielle Misere behoben hatte.

Einigermaßen zufrieden über meinen Erfolg machte ich mich auf den Nachhauseweg. Obwohl es nieselte, ging ich gemächlich. Manchmal hat man Tage, da könnte man jedem Kind, das beim Warten auf Grün neben einem steht, über den Kopf streichen. Aber man sollte es besser unterdrücken. Wer handelt sich schon gern den Ruf des Bonbononkels ein.

Mit den zwei Riesen würde ich meine Schulden bezahlen können, und es würde noch reichlich an den Fingern klebenbleiben, um die Kleine in »Angels with dirty faces« einzuladen. Und es wurde verdammt Zeit, daß ich ein bißchen Moos zwischen die Finger bekam, denn der Vorschuß, den Rita so großzügig ausgespuckt hatte, war inzwischen auf ein paar Mark zusammengeschmolzen.

Vor dem Fenster eines komischen Antiquitätenladens stand ein Tisch mit Sonderangeboten. Ich sah mir die Stücke an und entdeckte ein Ding, dessen Verwendungszweck mir genauso unklar war wie meine Rolle in dieser Geschichte. Das nächste,

was man sagen konnte, war, daß es aussah wie eine Klammer aus weißem, glattpoliertem Material.

Der Inhaber, einer von diesen Sperrmüllprofis, witterte Morgenluft und kam raus.

Ich zeigte auf das Ding.

»Was is'n das?«

»Kannst haben. Zwei Mark.«

»Wozu brauchst'n so was?«

»Wieso? Das is' Elfenbein, echt Elfenbein. Zwei Mark is' geschenkt.«

» Na ja, aber wozu is'n das gut?«

»Das kannst für alles gebrauchen.«

»Wieso alles?«

Irgendwie schien er sich verarscht zu fühlen. Ich sah, wie es in ihm arbeitete. Endlich.

»Kannst Gurken mit rausnehmen . . .«

Jetzt kriegte er Oberwasser. Er grinste überlegen.

»... und Fotos natürlich, aus'm Fixierbad und lauter so Sachen.«

» O. K. Jetzt is' es zwei Mark wert. Ich nehm's.«

Er guckte wieder komisch.

Ich gab ihm meinen letzten Zehner.

»Hast' es nich' klein?« sagte er verärgert.

Ich steckte den Zehner weg und suchte umständlich in meinem Portemonnaie herum. Leider brauchte ich die Groschen zum Telefonieren. Er hatte die Hand ausgestreckt.

»Hier. Erst mal'ne Mark.«

Ich suchte weiter. Er nahm die Hand zurück und knallte die Mark auf den Tisch. Auch mit dem Fünfziger lief leider nichts. Ich legte ihm die andere Mark daneben, schnappte das Ding und sagte: » Tschüß. «

In meiner Bude schlug ich mir erst mal ein Spiegelei in die Pfanne. Danach genehmigte ich mir den letzten Schluck Whisky, machte die Beine lang und stieg in den Cain ein.

Die Mühe hatte sich gelohnt. Ich war ganz froh über diese Ablenkung, denn bei dem Gedanken an meinen neuen Job spürte ich nun doch kalte Leere in der Magengegend.

Immerhin hatte ich außer den Vornamen, einer obskuren Geschichte und einer ebenso obskuren Visitenkarte nichts gegen die Typen in der Hand. Und sie wußten es. Das heißt, sie brauchten mir, nachdem ich meinen Job erledigt hatte, nur eins über den Schädel zu geben und mich Mutter Elbe unter den Rock zu schieben. Sie hätten ihren Stoff risikolos von hier nach dort befördert, wären einen, wenn auch nicht allzu gefährlichen Mitwisser los und hätten zweitausend Miese gespart. Nach mir würde keiner suchen.

Und von einer Wasserleiche lassen sich nicht mal mehr Prints abnehmen. Und dazu dieser Name. „Süchting und Schnee«. Der makabre Witz eines besoffenen Großdealers wahrscheinlich.

Kurz vor halb neun machte ich mich auf die Socken zur nächsten Telefonzelle. Es nieselte wieder, als ich vor die Haustür trat. Auf dem Bürgersteig begleitete mich der Sound irgendeines billigen amerikanischen Fernsehkrimis, der hinter allen Fenstern lief. Irgendwo schlichen jetzt wahrscheinlich zwei Typen mit dem Ballermann in der Hand durch den nächtlichen Hafenschuppen und warteten auf die Gelegenheit, sich das Licht auszublasen. Wenn das Orchester so penetrant in die Vollen geht, ist auf jeden Fall Blutgeruch in der Luft, und es sind nur noch Sekunden bis zum Höhepunkt.

Die Zelle war besetzt, und die nächste war ein ganzes Stück weit entfernt. Eine ungeheuer dicke Frau mit varikosen Beinen spulte ab, was sie alles eingekauft hatte, wie sie es dann zubereitet hatte, wie ihr Wellensittich sich auch nicht gut fühlte in diesen Tagen und so weiter. Immer noch mal. Ich wurde langsam nervös. Endlich nahm sie die typische Abschiedshaltung ein, aber das kannte ich schon, natürlich verlagerte sie sogleich ihr Gewicht vom Standbein aufs Spielbein, und dann ging es noch mal von vorne los. Eine endlose Geschichte um Blumenerde.

Endlich hängte sie den Hörer auf. Dann griff sie zwei Wattebällchen, die auf dem aufgeschlagenen Telefonbuch lagen, und begann, sie sich umständlich in die Ohren zu stopfen.

Dann konnte ich endlich in die Zelle. Ich hielt den Hörer etwas vom Ohr ab, warf zwei Groschen ein, wählte und wartete.

Als ich das geriffelte Lenkrad des alten Mercedes zwischen den Fingern spürte, fiel mir ein, daß nicht mal die Frage nach meinem Führerschein gefallen war. Außerdem hatten sie mir eine ziemlich alte Gurke unter den Hintern geschoben.

Aber auf meine Frage, ob man bei so einer Sache nicht besser einen schnelleren Wagen hätte, meinte Charly nur »kein Risiko.«

Das war mindestens zweideutig. Entweder die Sache barg kein Risiko, oder sie trauten mir nicht, hatten Angst, daß ich mit ihrem Stoff auf eigene Rechnung den Bleifuß machen würde. Eine andere Sache, die mich beunruhigte, war das Timing. Sie hatten mir noch zwei Stunden Zeit gelassen bis zur Übernahme der Ware im Freihafen. Warum?

Der Tank war jedenfalls voll. Kein Risiko.

Ich kurvte also durch die Straßen und entschied mich, noch einen Blick ins „Madhouse« zu tun. Nachdem ich den Wagen auf dem Platz zwischen Musikhalle und Gewerkschaftshaus geparkt hatte, machte ich mich auf den Weg in die Vibrations der heißen Anlage. Der Typ in dem langen Gang vor dem Lokal sah aus wie das, was er anbot.

»Shit, shit, shit . . .«

Einen Moment lang überlegte ich, ob ich mir einen Joint genehmigen sollte, um mir die bevorstehende Tour ein bißchen heiterer zu gestalten. Aber mein Instinkt lehnte das ab. Ich mußte an einen mit Nylonstrümpfen umwickelten Totschläger denken. Wenn ich einen durchgezogen hätte, würde ich mich vor dem Totschläger möglicherweise verbeugen. Ich mußte grinsen bei der Vorstellung. Aber wohl war mir nicht.

Es war nichts los in dem Laden, ein paar verdreckte Törner, zwei, drei Homos und das übliche Set von bürgerlichen Pärchen, die mal einen Ausflug ins Verruchte machen wollen.

Aus den Soundboxen kam irgendeine Nummer von Herbie Mann. Nichts Besonderes. Aber wie das so geht mit diesen Riesenanlagen, da wird ein Furz zum Donnerschlag, und alle schafften sich unheimlich rein in die Querflöte.

Während ich mit meinem Unterkörper mitging, besah ich mir die Gäste. Na ja, wie gesagt, ein müder, schlaffer Tag. Ein grauhaariger Alter nutzte seine Narrenfreiheit und hielt Vorträge über seine Erfahrungen.

So einen gibt es in fast jedem dieser Läden. Alte Säufer, die bei den jungen Schnöseln um ein Bier schnorren und damit bezahlen, daß sie sich zum Narren machen. Als er sich seinen Mantel und seinen Schal umtat, weil er offensichtlich schon die Grenzen dessen überschritten hatte, was in seinem Alter gut ist, beachtete ihn niemand mehr. Mein Blick verfing sich in seinem Schal. Es war ziemlich genau das Stück, das ich schon wochenlang gesucht hatte. Leicht, schwarz, mit einem dezenten roten Muster.

Mir kam diese Geschichte aus » Abenteuer des Schienenstrangs« in den Kopf. Um bei seinen Kumpels von der Strecke akzeptiert zu werden, braucht London einen Hut, den er nicht kaufen und auch keiner Vogelscheuche von der Rübe nehmen darf.

Zusammen mit einem Partner stellt er sich an einen belebten Boulevard und läßt die Hutschau an sich vorüberziehen. Als die passende Melone vorbeikommt, rempelt der Partner den Träger, einen dicken Chinesen, an, und London reißt sich den Hut unter den Nagel und verschwindet in der Menge. Während der Chinese noch überlegt, gegen welchen er zuerst vorgehen soll, sind beide längst verschwunden.

Mir wurde schmerzlich bewußt daß ich keinen Partner hatte. Ich will hier keinen langatmigen Sermon über meine Psyche abspulen, aber irgendwo hätten mir diese beiden inneren Ablenkungsmanöver zu denken geben sollen - das Haschisch und der Schal. Ich gehe davon aus, daß es in jeder Situation nur eine einzige vollkommene Handlung gibt. Je stärker wir unsere Handlungen von zukünftigen Zielen beeinflussen lassen, desto weiter sind wir von der Vollkommenheit des Augenblicks entfernt. Und es kommt nichts dabei raus; wir gewinnen einen Hut und verlieren die Schuhe. Kurz, wahrscheinlich wäre es besser gewesen, wenn ich diesen Eingebungen des Augenblicks gefolgt wäre.

Aber als die Herbie-Mann-Nummer zu Ende war, hatte sich der Alte draußen längst in der Dunkelheit aufgelöst, und ich ging zum Wagen, um auf ein Ziel zuzufahren, an dem zwei Riesen auf mich warteten.

Das Ganovengesicht am vereinbarten Treffpunkt war mürrisch. » Du hast dich verspätet.«

Er war allein. Ein Typ von der Dutzendsorte, keine besonderen Kennzeichen. Unter dem Arm trug er eine alte, abgeschabte Aktentasche.

Ich hatte die Scheibe runtergekurbelt und den Motor laufenlassen. Er öffnete die Tasche und reichte mir ein in Pergamentpapier gewickeltes Päckchen. Es wog etwa ein Kilo.

»Was ist drin?«

Er grinste. »Pailletten natürlich.«

Ich fragte mich, wo der Typ das Fremdwort aufgeschnappt haben mochte, und gab Gas. Nachdem ich eine gewisse Entfernung zwischen mich und den Übergabeplatz gelegt hatte, wurde mir langsam wohler. Ich hielt kurz, verstaute das Päckchen unterm Sitz und fuhr dann mit normaler Geschwindigkeit weiter. Im Radio liefen gerade die Everly Brothers mit » Until I kissed you.«

Es war ein ruhiger Abend, und ich war zuversichtlich. Wenn ich erst mal den Zoll hinter mir hatte, würde ich Charly das Zeug übergeben, meine zwei Scheine kassieren, und damit hatte sich's. Dachte ich.

Aber plötzlich belebte sich die ruhige Gegend. In meinem Rückspiegel tauchten Scheinwerfer auf, und als ich den quergestellten Wagen mit den weißen Kotflügeln sah, wurde mir schlagartig klar, wozu sie mich gebraucht hatten.

Es war wie beim Windhundrennen. Das Dumme war nur, ich war der elektrische Hase. Um mir das Rennen schön spannend zu machen, hatten sie mir ein Kilo Heroin in den Balg gestopft. Minderwertige Ware, versteht sich. Kein Risiko.

Dann hatten sie auf den Knopf gedrückt. Und während die Windhunde mir jetzt das Fell zerreißen, ziehen sie in aller Ruhe das ganz große Ding durch und lachen sich ins Fäustchen.

Ich hielt. Als der Bulle seinen Kopf zum Seitenfenster reinsteckte und nach den Wagenpapieren verlangte, fiel mir blödsinnigerweise die Kleine aus der Buchhandlung ein.

Nun würde sie sich den »Malteser Falken« doch allein ansehen müssen.

Konkret 06/75, S. 45

Hermann L. Gremliza

Oecklogie

Überall wird „Der Oeckl" gebraucht, doch keiner hat bisher entdeckt, was in ihm steckt. Hermann L. Gremliza holt das nach

Eine Art Marx des zwanzigsten Jahrhunderts ist Dr. Albert Oeckl, und er weiß es gar nicht. Alljährlich gibt er eine Übersicht über den letzten Stand des Klassenkampfs in der Bundesrepublik, in seinem Werk „Taschenbuch des öffentlichen Lebens", das soeben im 25. Jahrgang erscheint.

Über Oeckl selbst ist wenig bekannt, da bisher weder der „Stern" noch Fritz Raddatz dem Verhältnis zwischen Oeckl und seinem Dienstmädchen nachgegangen sind. Man bleibt, anders als bei Marx, ganz auf sein Werk angewiesen, und dort heißt es, auf Seite 536, auch nur: „Deutsches Institut für Public Relations e. V., Vors. des Wiss. Beirats: Dr. Albert Oeckl."

Oeckls Ansatz ist durchweg enumerativ: Auf 835 Seiten zählt er alle staatlichen, wirtschaftlichen, kulturellen, kirchlichen, karitativen, politischen, wissenschaftlichen und sonstigen Spitzeninstitutionen und -organisationen auf, mit Adresse, Telefon, Telex, Vorsitzendem, Geschäftsführer und Pressesprecher. Alles, was über mehr verfügt als die häuslichen vier Wände, ist bei Oeckl gesammelt, kommentarlos, sachlich, fast unterkühlt.

Oeckl beginnt ganz verhalten, mit dem Bundespräsidenten (zehn Zeilen), der Bundesregierung (14 Seiten), dem Bundestag, dem Bundesrat und den Bundesbehörden. In Kapitel II folgen die Länder und Regierungsbezirke. Dann kommen noch die ausländischen Institutionen und die kommunalen Verbände. Und schon, auf Seite 269, naht der Höhepunkt - von da an geht es, 147 Seiten lang, um des Lesers Kopf: Dem Sta folgt der mokap.

Unter der wiederum nüchternen Überschrift „Wirtschaft" breitet Oeckl eine Sammlung aus, die das Gebiet der Bundesrepublik wie Windpocken überzieht -endlos, in jede Falte dringend, omnipräsent.

Das beginnt mit dem Gemeinschaftsausschuß der Deutschen Gewerblichen Wirtschaft und seinem Vorsitzenden Hans-Günther Sohl, mit 14 Unterorganisationen, garniert mit Arbeitskreisen wie dem Ost-Ausschuß der Deutschen Industrie (Otto Wolff von Amerongen), dem Nah- und Mittelost-Verein e. V. (Rochus-Ernst Freiherr von Lüttwitz), dem Deutschen Ausschuß für Schiedsgerichtswesen (Albrecht von Eben-Worlee) oder der Verbindungsstelle Landwirtschaft/Industrie e. V. (Dietrich Wilhelm von Menges). (Ein Abfallprodukt der Oecklschen Methodik: Ganz nebenbei erfährt man, wo der deutsche Adel geblieben ist.)

Diesem Präludium folgt der Deutsche Industrie- und Handelstag mit 73 Industrie- und Handelskammern, jeweils mit einem Vorsitzenden und einem Hauptgeschäftsführer. Von den 73 Hauptgeschäftsführern tragen 60 einen Doktortitel (darauf kommen wir noch zurück).

Nach dem DIHT kommt der BDI, der Bundesverband der Deutschen Industrie, mit einem Präsidenten (Sohl) und 342 Landes- oder Bezirksverbänden und Bundesfachabteilungen - jeweils mit Vorsitzenden und Geschäftsführern. Im Gegensatz zu den Vorsitzenden tragen auch hier die Geschäftsführer zu über 90 Prozent ein „Dr.". Man erfährt, wiederum ganz nebenbei, wo die bundesdeutschen Hochschulen ihre Doktoren abladen und für welche Funktionen sie taugen: Nicht zum Politik machen - das tun ja die zu 90 Prozent titellosen Vorsitzenden -, sondern zum Ausführen. Auch dies hat noch keiner so plastisch dargestellt wie Oeckl.

Auf den BDI, der sich in 39 Wirtschaftsverbände mit 8,37 Millionen Beschäftigten, 97194 Betrieben und 669 Milliarden Mark Umsatz (ohne Mehrwertsteuer) gliedert, folgen noch 61 nicht dem BDI angeschlossene Industrieverbände - so vom Kaliber Fachverband Oberflächenveredelter Bandstahl. Alle mit Vorsitzendem, Geschäftsführendem Vorstandsmitglied und Geschäftsführer, Büro, Telefon, Telex.

Dem schließt sich an der Rat des Deutschen Handels mit zehn Bundesorganisationen, sechs Landes- und 72 Fachverbänden, Umsatz: 599,8 Milliarden Mark. Und diesem der Zentralverband des Deutschen Handwerks mit 13 Landesvertretungen und 45 Handwerkskammern. Alle mit Vorstand und Geschäftsführer. Dann zehn Seiten Banken- und Börsenverbände und zwanzig Seiten Rest: Bauern, Gaststätten, Wasserwirtschaft, Bauwirtschaft bis hin zur Werbewirtschaft (mit immerhin noch 10,9 Milliarden Umsatz).

Doch damit gibt sich Oeckl nicht zufrieden. Er schiebt das Kapitel „Sozialpartner und berufliche Organisationen" nach, und das beginnt so: „I. Arbeitgeberverbände", mit 13 Landeszusammenschlüssen, 42 fachlichen Zusammenschlüssen und - erraten - den entsprechenden Vorsitzenden und Geschäftsführern, den bekannten Doktoren. Nach acht weiteren Arbeitgeberorganisationen kommt nun doch noch, wonach der Staat von den bisher aufgezählten so häufig genannt wird: Die Gewerkschaft. Der DGB (3 Seiten), die DAG (1 Seite), die ULA (Union der Leitenden Angestellten, 1 Seite) und der CBG (Christlicher Gewerkschafts-Bund, 1 ½ Seiten).

An dieser Stelle muß kritisch eingewandt werden, daß Oeckl hier seinen Punkt etwas überspitzt: Natürlich ist es nicht so, daß Macht sich nur in Organisation äußert. Andererseits darf nicht übersehen werden, daß Organisation eine wesentliche Voraussetzung für das Wirksamwerden von Macht ist, und Oeckl insoweit recht behält. Gut, die Funktionäre der Gewerkschaften und der Parteien kommen bei Oeckl ein bißchen zu kurz -aber welcher DGB-Landesbezirk kann sich mit dem Apparat etwa des Fachverbands Technische Teile im GKV messen? Und das ist nur einer von 403 Verbänden im BDI, einer der kleineren dazu.

Es bleibt Oeckls Verdienst, die Klassenstruktur und die Verteilung von Machtpositionen in diesem Land immer wieder deutlich zu machen. Zu fragen wäre freilich, ob er gut beraten war, gegen Ende seines Werks aus der Rolle des nüchtern-kühlen Sammlers herauszutreten und mit Emotionen zu arbeiten. Etwa in der Rubrik „Wichtige Clubs" auch die Atlantik-Brücke e. V. mit ihrem Präsidenten Casimir Prinz Wittgenstein, oder an anderer Stelle den Deutschen Verein vom Heiligen Lande (Präsident: Josef Kardinal Höffner) und Balley Brandenburg des Ritterlichen Ordens St. Johannis zu Jerusalem (Herrenmeister: Wilhelm Karl Prinz von Preußen) aufzunehmen. Auch die Ordensgemeinschaft der Ritterkreuzträger des Eisernen Kreuzes und der Träger des Militär-Verdienst-Kreuzes e. V. (Geschäftsführer: Gerhard von Seemen) gehört ebensowenig in dieses ernste Werk wie Lions-International, Rotary und der Bund der Historischen Deutschen Schützenbruderschaften (Hochmeister: Maximilian Graf von Spee).

Dennoch: Dieses Buch gehört in die Hand jedes Schülers, Studenten, Gewerkschafters und Arbeitslosen. Wir wünschen ihm noch viele neue Jahrgänge . . . nein, so viele nun auch wieder nicht.

Konkret 06/75, S. 46

Yaak Karsunke

Zwischen Eiszeit und Kommune

In der Bundesrepublik galt Heiner Müller längere Zeit als Hauptvertreter des DDR-spezifischen Umgangs mit der Antike: Titel wie „Philoktet", „Ödipus", „Herakles 5" und „Prometheus" waren auch bei uns teils in Buchausgaben greifbar, teils in Inszenierungen auf der Bühne zu sehen. Die Rotbuch-Ausgabe korrigiert diesen Eindruck nun nachhaltig, sie zeigt einen vornehmlich zeitgenössisch interessierten Autor. In einem 1966 erstmals (in der DDR-Zeitschrift „Sinn und Form") veröffentlichten Gespräch hat Heiner Müller sein Interesse und dessen gesellschaftlichen Nutzen so formuliert: „Die Deutsche Demokratische Republik ist für große Teile ihrer Bevölkerung ein unbekanntes Land. Und zwar deshalb, weil die Errungenschaft ‚Deutsche Demokratische Republik` nur voll begreiflich ist aus dem Zusammenhang, aus ihrem Verhältnis zur deutschen Geschichte, als eine neue Qualität dieser Geschichte.“

Diesen Zusammenhang untersucht Müller, er führt ihn vor und versucht gleichzeitig, ihn seinen Lesern bewußt zu machen. Im Vorspruch zu seinem ersten Stück „Der Lohndrücker" heißt es: „Das Stück versucht nicht, den Kampf zwischen Altem und Neuem, den ein Stückeschreiber nicht entscheiden kann, als mit dem Sieg des Neuen vor dem letzten Vorhang abgeschlossen darzustellen; er versucht, ihn in das neue Publikum zu tragen, das ihn entscheidet." Interessant ist es, dieses Programm mit jener klassischen Definition des „Sozialistischen Realismus" von 1934 zu vergleichen: „Der sozialistische Realismus verlangt vom Künstler eine wahrheitsgetreue, historisch-konkrete Darstellung der Wirklichkeit in ihrer revolutionären Entwicklung. Außerdem hat er die Aufgabe, zur ideologischen Transformation der Werktätigen beizutragen und sie im Geiste des Sozialismus zu erziehen." Was den Erziehungsauftrag angeht, so sieht ihn Heiner Müller wesentlich bescheidener (und wesentlich weniger oberlehrerhaft), er weiß, daß nicht ein einzelner Schriftsteller, sondern die Arbeiterklasse („das neue Publikum") entscheiden wird, er betont also die massenemanzipatorische Tendenz des Kommunismus stärker - an Wahrheitstreue und historischer Konkretion allerdings läßt er es nicht fehlen.

Stücke wie „Lohndrücker", „Korrektur", „Die Bauern" oder „Der Bau" (nach dem Roman „Die Spur der Steine" von Erik Neutsch) spielen in der Aufbau-Zeit der DDR, eines Staates, über den der Partei-Sekretär in den „Bauern" sagt: „Unsere Industrie steckt in den Windeln, die Planung auch, der Staat überhaupt, und es war eine schwere Geburt, Kaiserschnitt, nicht zu vergessen." Es war der Kaiserschnitt russischer Bajonette, der das neue Gebilde aus dem naziverkrebsten Leichnam des Dritten Reichs schnitt - und aufgebaut mußte werden mit Leuten, die kurz zuvor die Zerstörung noch verteidigt oder sie doch zumindest nicht verhindert hatten. Mit diesen Leuten, und auf ihre Kosten; die Gegenwart wurde mehr als einmal zum Streckbrett zwischen der mörderischen Vergangenheit und einer Zukunft an die zu glauben oft schwerfiel: „Mein Lebenslauf ist Brückenbau. Ich bin der Ponton zwischen Eiszeit und Kommune", sagte der Brigadier Barka im „Bau".

Angesichts dieser Startschwierigkeiten lag Schönfärberei nahe. In der Literatur und auch in der offiziellen Propaganda der frühen DDR fehlt es nicht an Versuchen, „den Kampf zwischen Altem und Neuem als mit dem Sieg des Neuen abgeschlossen darzustellen", das erst noch zu Erkämpfende als bereits erreicht zu beschreiben - eine Methode, die Probleme zudeckt und verschleiert und damit ihre reale Lösung verhindert. Heiner Müller hat sich an derartigen Manövern nicht beteiligt, die bestehenden Konflikte vielmehr mit äußerster Schärfe und Genauigkeit herausgearbeitet: wobei keine Schwarzweißmalerei entstanden ist. Die Fronten des Kampfes zwischen Altem und Neuem, so zeigt sich, verlaufen durch die einzelnen Menschen hindurch: wer fortschrittlich im Betrieb ist, verhält sich im menschlichen Umgang (etwa mit Frauen) unter Umständen noch wie ein Neandertaler, manch einer klopft die neuen Sprüche schneller als die alten Steine, die aber ebenfalls gebraucht werden. Auch können progressive Haltungen veralten, ehemals Nützliches verdirbt, wenn es unreflektiert weiterpraktiziert wird -auf der anderen Seite entstehen neue Bedürfnisse und Wünsche, die noch nicht zu befriedigen sind.

In dem „Bauern" etwa liebt ein FDJler eine Mittelbauerntochter, bringt ihr kommunistische Moral und Bebel bei, erstere hindert ihn leider daran, dem Mädchen seine Zuneigung etwas weniger abstrakt zu beweisen, woraufhin sie ihn einfach stehnläßt. Der Verlassene reflektiert auf des Messers Schneide zwischen Sexualität und Sozialismus:

„Als Mitglied hab' ich ein Bewußtsein, aber

Der Mensch ist ein Ensemble, und als Mensch

Der ein Ensemble ist, habe ich ein Mitglied

Das kein Bewußtsein hat. Es ist spontan Springt von der Linie ab, versteift sich auf Den eignen Vorteil, stellt sich gegen

die Leitung

Stößt die Beschlüsse um. Ein Widerspruch.

Wo ist die Lösung?

(sucht in der Literatur)

Ohne Widersprüche

Gings dreimal schneller mit dem Kommunismus.

Zum Beispiel: wär kein Hunger, wieviel Brot gäbs.

Wieviel Moral, wenn nicht die Liebe wär.

Ich zieh' das Blauhemd aus. Ja, so wirds gehn.

(er tut es)

Im Kommunismus wird man weiter sehn."

Und „ohne die Literaur" rennt er ab, seinem Mädchen hinterher, kaum ahnend was Heiner Müller weiß: daß nämlich nur die fruchtbar gemachten Widersprüche aus dem Kommunismus näherbringen. (Das Zitat zeigt hoffentlich auch, daß Heiner Müller mitnichten so trocken zu lesen ist wie diese Rezension - Kraft und Witz plebejisch-proletarischer Sprache nimmt Müller - ästhetisch ebenso bewußt wie politisch - kunstvoll auf, ohne jemals naturalistisch zu werden.)

In der DDR selbst waren diese Stücke stark umstritten, ihr Realismus wurde als zu schonungslos empfunden, wenn nicht gar als Angriff mißdeutet. Besonders im 1. Band der Rotbuch-Ausgabe finden sich Protokolle von mit dem Autor geführten Diskussionen - auch die in ihnen enthaltenen Mißverständnisse bezeugen aber immerhin ein starkes Interesse, das Staat und Partei an diesen Arbeiten nahmen. Freilich war dieses Interesse nicht immer mit der nötigen Sachkunde gepaart, und die Diskussionen wurden manchmal auch administrativ beendet. Eine Aufführung der Studentenbühne der Hochschule für Ökonomie in Berlin-Karlshorst von „Die Umsiedlerin oder das Leben auf dem Lande" wurde im Herbst 1961 - nach Diskussionen - abgesetzt (eine Neufassung mit dem Titel „Die Bauern" ist jetzt im 3. Band zu lesen). Eine realistische Darstellung der ländlichen DDR-Wirklichkeit in ihrer revolutionären Veränderung von der Bodenreform bis zur LPG-Kollektivierung rührte vor 14 Jahren offenbar noch zu stark an frisch vernarbte Wunden - obwohl sich kaum eine Beschreibung denken läßt, die den Forderungen des „Sozialistischen Realismus" bei der Behandlung dieses Themas so gerecht würde wie Müllers Stück.

Nach dem „Umsiedlerin"-Eklat wandte sich Müller verstärkt mythologischen Themen zu - er hält es aber für eine Erfindung westlicher Feuilletonisten, darin eine „Flucht in die Antike" zu sehen. Ihn interessiert es, wie Stoffe aus dem Beginn der Klassengesellschaft in einer Gesellschaft sich ausnehmen, die das Ende der Klassenherrschaft auf ihre Fahnen geschrieben hat; ihn interessiert generell die Wiederaufnahme von Stoffen (bestimmte Ereignisse. werden in den drei Bänden sowohl in Prosa wie in Gedichten wie auch in Szenen vorgestellt -Müller glaubt an Arbeit, nicht an einschüchternd-fertige „Werke": seine Arbeit an der Antike enthält ein demokratisches Element, weil er gegen den Repressionscharakter der „Klassik" angeht). Außerdem werden die griechischen Metaphern auch in seinen zeitgenössischen Stücken fruchtbar: in „Zement" (nach dem Roman von Gladkow) gibt es z. B. eine atemberaubende Neu-Interpretation der Befreiung des Prometheus durch den Herakles - das Proletariat befreit die technische Intelligenz von den goldenen Fesseln, mit denen das Kapital sie an den Privatbesitz an den Produktionsmitteln geschmiedet hatte . . .

Trotzdem bleibt es bedauerlich, daß seinerzeit in der DDR von Staats wegen Entwicklungen blockiert und verzögert worden sind, die nahezu als einzige eine tatsächlich eigenständige DDR-Literatur hätten hervorbringen können. Daß nationale Kultur nur aus Beschäftigung mit der nationalen Realität entstehen kann, sollte für ein dialektisch-materialistisches Denken eigentlich nicht schwer zu begreifen sein: andererseits lernt man gerade aus Heiner Müllers Stücken, daß dieses Denken in der Vergangenheit sich mit derart vielen Problemen der gesellschaftlichen Entwicklung herumzuschlagen hatte, daß die künstlerische Problematik wohl nicht auch noch voll bewältigt werden konnte.

Immerhin beginnt der zuletzt erschienene Band mit „Die Schlacht", einer Szenenmontage über Drittes Reich und Kriegsende - formal an Brechts „Furcht und Elend des Dritten Reiches" erinnernd und es gleichzeitig überschreitend: mit Traumszenen, wortlosen Szenenmetaphern und szenischen Gedicht-Monologen, die erst gegen Ende dialogisch sich auflösen. Neben dem hohen ästhetischen Reiz enthält diese Szenenfolge auch eine inhaltliche Hoffnung: daß Heiner Müller sich wieder auf dem Weg zur zeitgenössischen Realität befindet, über die er uns mehr zu sagen hat als fast alle anderen deutschen Schriftsteller.

SELBSTBILDNIS ZWEI UHR NACHTS

AM 20. AUGUST 1959

An der Schreibmaschine sitzen. Blättern

In einem Kriminalroman. Am Ende

Wissen, was du jetzt schon weißt:

Der glattgesichtige Sekretär mit dem starken Bartwuchs

Ist der Mörder des Senators

Und die Liebe des jungen Sergeanten der Mordkommission

Zur Tochter des Admirals wird erwidert.

Aber du wirst keine Seite auslassen.

Manchmal beim Umblättern ein schneller Blick

Auf das leere Blatt in der Schreibmaschine.

Das wird uns also erspart bleiben. Wenigstens etwas.

In der Zeitung stand: irgendwo ist ein Dorf

Dem Erdboden gleichgemacht worden durch Bomben.

Das ist bedauerlich, aber was geht es dich an.

Der Sergeant ist gerade dabei, den zweiten Mord zu verhindern

Die Lippen hinhält, Dienst ist Dienst.

Ich weiß nicht, wie viele tot sind, die Zeitung ist weg.

Nebenan träumt deine Frau von ihrer ersten Liebe.

Wird sie sich die Pulsadern aufschneiden oder wasweißich.

Wenigstens hat sie ein Ziel vor Augen

Das sie erreichen wird, so oder so.

Und das Herz ist ein geräumiger Friedhof.

Die Geschichte der Fatima im *Neuen Deutschland*

War so schlecht geschrieben, daß du darüber gelacht hast.

Die Folter ist leichter zu lernen als die Beschreibung der Folter.

Der Mörder ist in die Falle gegangen

Der Sergeant schließt den Preis in die Arme.

Jetzt kannst du schlafen. Morgen ist wieder ein Tag.

Heiner Müller, geboren 1929 in Eppendorf/ Sachsen, ist Dramaturg am Berliner Ensemble der von Brecht neu begründeten Bühne am Schiffbauerdamm in Ost-Berlin. Er darf mit Recht der bedeutendste Brecht-Nachfolger genannt werden. Wie Brecht arbeitet Müller „mit großer Zähigkeit und etwas Hoffnung" an dem „Heutewenig für ein Morgenviel". International bekannt wurde er vor allem durch seinen „Philoktet", der 1966 in München uraufgeführt wurde.

Konkret 06/75, S. 48

Die Kulturnation

Nachtportier und Nachtrichter

Staatsanwalt Finder vom Landgericht West-Berlin, der „Unzuchtsfälle" bearbeitet, findet nicht, daß der Nazi-Porno von Liliana Cavani, „Der Nachtportier" (KONKRET 4/75), irgendeinen Straftatbestand erfüllt. Er schreibt auf eine Anzeige des „Berliner Extradienst": „Der Film ist . . . nicht geeignet, auf eine inländische Personengruppe, hier die ‚KZ-Häftlinge`, bezogen zu werden und kann deshalb auch nicht deren Ansehen beeinträchtigen. Auch der Tatbestand des § 131 StGB ist nicht erfüllt: Die Grausamkeit oder Unmenschlichkeit der von einigen Personen des Films angewandten Gewalt ergibt sich nicht aus der Art der Darstellung in den einzelnen Filmszenen, sondern muß der Filmgeschichte entnommen werden. Abgesehen davon wird die Anwendung dieser Gewalt im Film weder verherrlicht noch verharmlost. Ich habe das Ermittlungsverfahren deshalb eingestellt." Schön, daß der KONKRET-Aufruf, sich den „Nachtportier" nicht anzusehen, sogar von Staatsanwälten befolgt wurde.

Funky Folter

Mit Macht versuchen im Augenblick etliche Rundfunkanstalten, eine neue chilenische Pop-Gruppe, „Santiago", aufzubauen. Pressetext: „Schon der Name weist darauf hin, daß die Gruppe aus Chile stammt, jedoch wird hier nicht auf der Flüchtlingsmasche geritten. Mit den politischen Ereignissen in diesem Land wollen die vier Musiker nicht in Verbindung gebracht werden. Sie waren während des Putsches schon nicht mehr im Lande." Stimmt. Schon unter Allende hatten sie sich abgesetzt -nach Spanien. Ihre Kritik an den Verhältnissen in Chile richtet sich gegen miserabel ausgestattete Ton-Studios mit Drei-Spur-Technik. Wer aber ein politisches Gewissen im Leibe hat, assoziiert bei „Santiago" KZ. Hat man je von einer Pop-Gruppe „Dachau" gehört? „Santiagos" Tingel-Tangel wird von der BASF vertrieben, der NDR findet den Sound „funky".

Der hergelaufene Intendant

Fast die Hälfte des Düsseldorfer Schauspiel-Ensembles muß gehen, wenn sein neuer Intendant kommt: Günther Beelitz, aus seinem langfristigen Vertrag in Darmstadt durch Heinz Winfried Sabais (siehe „Kulturnation" in KONKRET 5/75) huldvoll entlassen. Was stört es einen großen Geist, daß 20 Schauspieler und 11 Bühnenvorstände bei einer Arbeitslosen-Quote in diesem Bereich von über 12 Prozent ihre Existenz verlieren können, wenn er jährlich 700 000 Mark einstreicht! Anders als sein erfolgreicher Vorgänger Ulrich Brecht (mehr als 90prozentige Platzausnutzung) will Beelitz offensichtlich Star-Theater machen. Bühnengenossenschafts-Präsident Hans Herdlein: „Nun kommt Intendanten-Imperator Beelitz, den Vorschuß-Lorbeer in der Hand, und metzelt die Hälfte eines Ensembles seinem künstlerischen Wahnbild . . . Wir werden es nicht länger dulden, daß die Sozialstaatsbindung durch jeden hergelaufenen Intendanten mit Füßen getreten wird, der glaubt, er stünde über dem verfaßten Recht. Die Herausforderung nehmen wir an."

Die Sachs-Kultur

In Hamburg besitzt die Finanzbehörde eine wunderschöne Fischmarkthalle aus der Gründerzeit, mit wunderschönen Eisenkonstruktionen und Schnörkeln. Als am 1. Mai der letzte Fischhändler die Halle in St. Pauli verlassen hatte, beantragte Hamburgs SPD-Finanzsenator den Abbruch. Hamburgs Kultursenator (FDP) will die Halle stehenlassen. Erst dachte er an eine monströse Bierschwemme für die Astra-Bavaria-Brauerei. Ein e. V. von Künstlern und Sozialarbeitern dagegen kämpft für ein „Volkshaus". Die alte Fischhalle soll zu einem „kreativen Freizeit- und Informationszentrum" werden. Neben Musik, Theater, Kino, Fischlokal und Kaffeegarten sollen soziale Dienstleistungen für das Arbeiterviertel am Hafen stehen: Kindergärten, Volkshochschule, Büros für Bürgerinitiativen. Seit zwei Jahren bereitet der Verein mit einem Finanz-Aufwand von bisher 50 000 Mark das Projekt vor, von Kultursenator Biallas immer wieder hingehalten. Denn der Senat hat - wie immer - kein Geld. Immerhin, Ende April überweist er dem Verein eine einmalige Aufwandsentschädigung von 400 Mark. Wo er doch gerade 755 000 Mark fürs Operettenhaus (auch in St. Pauli) locker machen muß. Mit den Planungen für das weitere Schicksal der Halle hat Biallas jedenfalls erstmal jemand beauftragt, der von Kunst, Theater und Sozialem was versteht: Angelika Simon-Platen, Leiterin von Gunther Sachsens Pöseldorfer Galerie. Sie hat schon mal im Theater fotografiert, und ihr Mann hat sogar einen Film gemacht.

Republikfest

8. Mai 1975 in der Bundesrepublik Deutschland: Himmelfahrt, Krawattentag, Vatertag, Tag des Radfahrers, bestenfalls Tag der Kapitulation. Für den 8. Mai war Dr. Heinz Düx, Richter in Frankfurt und SPD-Mitglied, als Redner auf dem Offenbacher Bundeskongreß der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes vorgesehen. Thema: „30 Jahre Befreiung vom Hitler-Faschismus - 30 Jahre Ringen um ein Europa des Friedens." Der SPD-Parteivorstand nahm dies zum Anlaß, dem VVN-Präsidiums-Mitglied Düx Disziplinarmaßnahmen anzukündigen. Eine Teilnahme an der internationalen Gedenkfeier im ehemaligen KZ Dachau am 27. April lehnte der SPD-Landesvorstand Bayern unter Berufung auf die „Abgrenzungs- und Unvereinbarkeitsbeschlüsse" der SPD ab. Weil als Redner das DKP-Mitglied Oskar Neumann, Widerstandskämpfer und später wissenschaftlicher Mitarbeiter der Technischen Universität München, auftreten sollte, verweigerte TU-Rektor Grigull dem AStA am 9. Mai Hochschulräume für eine Veranstaltung zum 30. Jahrestag der Befreiung. Vor einem Vierteljahr noch hatte Grigull die Schirmherrschaft für eine Versammlung der „Münchner Burschenschaft", die mit neonazistischen NHB-Studenten durchsetzt ist, übernommen.

Folgende SS-Gliederungen führten im Mai in der Bundesrepublik „Kameradschaftstreffen" durch: die SS-Division „Der Führer", die Divisionsbegleitkompanie „Hitler-Jugend", die „SS-Pionierkameradschaft", das SS-Infanterieregiment „Germania", die Flakabteilung der SS-Division „Das Reich"", Angehörige der „Leibstandarte", der Divisionen „Goetz von Berlichingen", „Heimweg Danzig", „Prinz Eugen", „Karstjäger" und „Horst Wessel". Verboten wurde lediglich das Treffen der SS-Hilfsorganisation „HIAG" in Hamburg.

Ebenfalls im Mai 1975 ist in zahlreichen Kinos der Bundesrepublik der Film „Europa in Flammen" zu sehen. Untertitel: „Heldentum an allen Fronten". Der Reklametext verspricht einen Film, „in dem alle Aufnahmen und Personen echt sind". Gezeigt werde, wie die Hitler-Wehrmacht „in heldenhaften Kämpfen von Sieg zu Sieg eilte".

Konkret 06/75, S. 50

Günter Ehnert

Agitpop + Politrock

Die Gruppe Franz K., zur Hamburger Bürgerschaftswahl in Brunsbüttel zu Gast, forderte gegen Ende des Abends ihre Zuhörer auf, beim folgenden Volkslied mitzusingen, und intonierten die elektrisch verstärkte und verzerrte Nationalhymne - da zogen Sympathisanten der Jungen Union den Stecker 'raus. Nach einem Konzert auf den Essener Songtagen erhielt der Floh de Cologne Strafanzeigen wegen „Kuppelei, Verletzung der Aufsichtspflicht und Verbreitung unzüchtiger Schriften, Verdacht der Gotteslästerung und Religionsbekämpfung".

Offene Konfrontationen dieser Art sind selten geworden, denn „die würden uns doch" - so der *Lokomotive Kreuz*berg-Betreuer Hartmut Herold - „die Beweise für unsere Thesen frei Haus liefern". In dem Maß, wie die deutschen Polft-Rock-Agitatoren an Selbstbewußtsein gewannen, fanden auch ihre Gegner zu subtileren Abwehr-Methoden. Da lehnt es die Platten-Firma Teldec (im Programm u. a.: Deutsche Heeresmärsche aus der Preußischen Armeemarsch-Sammlung) ab, die Chile-Solidaritäts-Single der Lokomotive Kreuzberg im Lohnauftrag zu pressen, weil sie ihren Maschinen nicht zumuten kann, „politisch tendenziöse Platten" auszustanzen. Der Gruppe *Floh de Cologne wird* einen Tag vor ihrem - vertraglich vereinbarten - Auftritt in Frechen in einem Behördenbrief mitgeteilt, daß ihr Vortrag „nicht zur Aufführung kommt". Die Deutsche Grammophon weigert sich, die Solo-Platte des „Ihre Kinder"-Chefs Sonny Hennig mit der von ihm in Auftrag gegebenen Cover-Illustration zu bedrucken (die Collage zeigt einerseits hungernde Menschen, Kriegsopfer und eingenebelte Demonstranten, andererseits einen knüppelnden Polizist, den Papst, Nazi-Größen und bekannte Politiker).

Heute haben alle großen Schallplatten-Konzerne ihr Programm von Polit-Rock-Platten gesäubert. So sind die wichtigsten und profiliertesten Formationen entweder beim Dortmunder Pläne-Verlag gelandet *(Floh de Cologne, Lied des Teufels, Volks-Musik, Lokomotive Kreuzberg, Zyankali)* oder vertreiben ihre Produkte selbst *(Ton, Steine, Scherben, Panther, Franz K.)*.

„Es hat sich herausgestellt" - so der *Floh de Cologne-Texter Gerd* Wollschon 1969 in einem Interview -, „daß die politische Effektivität eines Agitprop-Kabaretts sehr minimal ist, weil bloß die Agitprop-Interessenten kommen, nicht diejenigen, die es angehen sollte. Deshalb arbeiten wir jetzt mit Beat." Auf den Beat (der heute Rock heißt) als Verpackung für politische Manifeste kamen vor den Kölnern schon andere, voran Frank Zappa mit seinen *Mothers of Invention* und die *Fugs.* „Die Beat-Literatur gab uns die Richtung an, wohin wir zu gehen hatten", erinnerte sich *Fugs*-Mitglied Ed Sanders, „ die Beat-Situation war krank, die Beats hatten nichts über soziale Programme und über politisches Leben zu sagen." Das wurde mit den *Fugs* anders:

Who can kill a general in his bed

Overthrow dictators il they're Red

Fuck'n a man, CIA man.

Neben den *Fugs* (die sich 1969 auflösten) gab es in den späten 60er Jahren noch die *Mothers of Invention* unter ihrem Häuptling Frank Zappa, der „die schlimmsten Klischees des Vaudeville, des Showbiz und der Highschool mit kleinen, deklamatorischen Nicht-Melodien eigener Schöpfung verband und das Ganze zu satirischen Pop-Operetten und surrealen amerikanischen Alpträumen aufmotzte" (Nik Cohn). Immerhin, Zappa erkannte den Gesellschafts-Mechanismus:

„Die Leute an der Macht sind wohlhabend und einflußreich, und die Polizei verfügt über alle Mittel gegen dich. Es ist aussichtslos, mit einem Stock oder einem Molotow-Cocktail in der Hand auf die Straße zu gehen und zu sagen: ‚Hier ist die Revolution`. Das ist einfach unsinnig und hilft niemandem. Man kommt nicht gewaltsam gegen die herrschenden Zustände an. Die einzige Möglichkeit ist, von innen heraus zersetzend zu arbeiten."

Also bereitete er seine System-Kritik mit Rock-Rhythmen auf:

Mama! Mama!

Your child was killed in the park today.

Shot by the cops as she quietly lay

By the side of the creeps she knew

They killed her, too.

Zwar gibt es die *Mothers of Invention* noch, aber mit anderem Programm und gewandelten Zielen. Zappa: „Nimm jemanden, der in einem Büro arbeitet. Eines Abends geht er in ein Konzert, um die *Mothers of Invention* zu sehen. Er will dann eine andere Realität erleben, unsere Realität. Er will dort nicht die Realität seines Nachbarn sehen."

In der Tat: Daß Konzertbesucher und Plattenkäufer regelmäßig unwirsch reagieren, wenn ihnen Agitationstexte entgegengebrüllt werden, hat immer wie der dazu geführt, daß Mißstände zwar angedeutet, aber nicht ihre Ursachen aufgezeigt werden; hat zu Verbrämung, Verniedlichung und Resignation geführt. (Der Blues z. B. ist typische Resignations-Musik.) „Feststeht, daß eine irgendwie geartete Beziehung zwischen der Rock-Musik und dem Politischen eindeutig gegeben ist, und sei es nur die, daß sie auch bei Ereignissen politischen Charakters gespielt werden kann oder daß sie auf dem Umweg über die Songtexte zu politischen Ereignissen oder politischen Fragen Stellung nimmt" (Helmut Salzfinger in „Rock Power", Fischer Taschenbuch 1280).

Das wissen auch die Musiker. Konsequent politische Aussagen machen aber die wenigsten. Die englische Arbeiter Rockband *Third World War:*

On Ascension Day when we rise

Power to the poor

Power to the workers

Power to us all

und an anderer Stelle:

We're tired of kissing the Monar-chy's arse.

Die meisten formulieren diffus oder begraben nach kleinen Versuchen ihre politischen Ambitionen: Bob Dylan, Donovan („New Year's Revolution"), John Lennon („Working Class Hero"), Paul McCartney („Give Ireland Back to The Irish"), Jim Capaldi („Tricky Dicky Rides Again"), Harvey Andrews („The Soldiers") - die drei letzten Titel wurden übrigens von der englischen BBC boykottiert.

Um so mehr verblüfft, daß fast 10 Prozent aller in der Bundesrepublik auf Platten präsenten Rock-Formationen politisch orientiert sind. Die bekannteste, *Floh de Cologne,* fing 1966 als Studenten-Kabarett an, nahm mit Dieter Süverkrüp eine Vietnam-Platte auf und schloß nach den Essener Song-Tagen 1968 (wo auch die *Fugs* und *Mothers of Invention* auftraten) ihre Instrumente an elektrische Verstärker an. Auf „Fließbandbabys Beat-Show", ihrer ersten Politrock-Produktion, beschäftigte sie sich mit dem „Konsum auf wirtschaftlichem und sexuellem Gebiet" und empfahl als Grundlektüre Bücher von Hubert Bacia (Themen zur Sexualität) und Karl Marx („Lohnarbeit und Kapital"). Ihre Rockoper „Profitgeier" erlebte 195 Aufführungen. Dazu erschien im Wagenbach-Verlag das Buch „Profitgeier und andere Vögel".

1972 zündeten die Flöhe ihre „Rock-Jazz-Rakete Lucky Streik" mit Erlebnissen und Gedanken des Schlossers Karl auf Streikposten. Ein Jahr später folgte die „Geyer-Symphonie", eines der spektakulärsten deutschen Polit-Rock-Werke. Die Reden auf Friedrich Flicks Trauerfeier („Der Geier"), gehalten von Hermann-Josef Abs, Fritz Berg, Ludwig Erhard, Konrad Kaltsch und Hans-Günther Sohl, wurden von *Floh de Cologne* zu „einer sarkastischen Bestandsaufnahme ungebrochener Unternehmerverherrlichung" („Der Spiegel") aufbereitet. Ihre Chile-Kantate „Mumien" ist „Luis Corvalán gewidmet und allen, die mit ihm in den Gefängnissen und Konzentrationslagern Chiles eingekerkert sind".

Auch die Berliner *Lokomotive Kreuzberg* begann als Polit-Rock-Kabarett, richtete sich aber zum Rock-n'-Roll-Theater aus, um sich mit Elementen der Rock-Musik und des Straßentheaters konkret politisch zu engagieren. Nach ihrem Debüt-Programm „Kollege Klatt" („Das ist so einer, der jeden Tag zum Malochen stiefelt und abends kaputt in seine kalte Küche kommt und erkennt, daß er für seine Zukunft kämpfen muß; er wird aktiv und organisiert sich") ließen sie „James Blond" auf ihre jungen Zuhörer los. In dem als Theaterstück bzw. Hörspiel konzipierten Werk stellen sie betriebs- und wirtschaftspolitische Zusammenhänge bewußt einfach dar:

Der Unternehmer braucht Speed,

er braucht den Profit.

Er mag den Profit nicht missen;

regelmäßig werden auch andere in seine Krisen gerissen.

Wir müssen ihn radikal vom Profit entwöhnen.

Das jüngste Programm von *Lokomotive Kreuzberg* beschäftigt sich unter dem Stichwort „Menschen, Mäuse & Moneten" mit dem „Zusammenspiel skrupelloser Geldmacher und doppelzüngiger Parlamentarier und den Leidtragenden".

Volks-Musik hieß früher *Hotzenplotz* und spielte Rock. Als dann Politik dazu kam, machte der Stuttgarter Thienemann-Verlag sein Alleinvertretungsrecht am Namen „Hotzenplotz" geltend, und das Quintett mußte sich umbenennen. Ihr Programm „Morgens um 7, abends um 8" beschäftigt sich vorzugsweise mit Arbeiter- und Lehrlingsproblemen:

Armes Unternehmerlein

dauernd investieren -

Kampf mit dem Gewerkschaftsvolk,

das will nicht parieren -

Was haste nun davon?

Noch 'ne Million.

Was machste nun damit?

Neuen Profit.

Still ist es dagegen um *Ton Steine Scherben* geworden, die ehemals kompromißloseste Agit-Rock-Band („Macht kaputt, was Euch kaputtmacht"). Sie, die sich vorgenommen hatte„jede Aktion zu unterstützen, die dem Klassenkampf dient", „flippte durch die Platten-Gelder völlig aus" (Klaus Schulz) und wurde inaktiv. Ihre Nachfolge dürften *Panther* aus Hamburg angetreten haben. Sie beschränkten sich zunächst auf Stürmaktionen bei teuren Pop-Konzerten, um sich dann mit eigenen vertonten Agitationstexten auf „den Klassenkampf" zu konzentrieren. Die *Panther-Songs drehen* sich um die Berliner Bürgerinitiative Putte (deren selbstfinanzierter Schülerladen abgerissen wurde), den Daimler/ SE-fahrenden Richter, der den Moped-Dieb verurteilt, aber auch um die Freuden an „Fickmusik".

Dagegen geben sich *Zyankali* mit satirischen Reimen im bayerischen Dialekt eher amüsant. Ihre mit Folk-, Rock- und Blues-Rhythmen vertonten Auseinandersetzungen mit König Faruk („Da Kini Faruk, a ganz varruckta Hund, war ob'n und unt'n ned ganz g'sund; dem sei Disch, der war aus purem Gold; auf dem sein Befehl san scho manche Rübn grollt"), Immobilienhaien in München-Giesing („Giasing, Giasing, wer hod de so kastriert?"), Mietwucher, Alfredo Stoessner, John Wayne und FJS haben sie auch als Platte pressen lassen.

Die Gruppe *Franz K.,* die sich auf der LP „Sensemann" mit der Funktion der Armee und deren möglicher „Zweckentfremdung durch die Herrschenden" auseinandersetzt und unter dem Titel „Die Räder" ein spezifisches Ruhrproblem, die Zechenstillegungen, anpackt, möchte ihre Arbeiten nur als „Rock-Musik mit deutschen Texten" verstanden wissen.

Floh de Cologne, Lokomotive Kreuzberg, Volks-Musik, Panther, Zyankali und Franz K., aber auch *Checkpoint Charly, Lied des Teufels, Komkol, Was Tun?, Morgenrot* und *Poprika* gehören zu den deutschen Rock-Formationen, die niemand haben will, weder Plattenfirmen noch Großveranstalter noch die Massenmedien. So hüpfen die Flöhe mit Gleichgesinnten von Kleinveranstaltung zu Kleinveranstaltungen, werden ausschließlich von linken Organisationen (Gewerkschaften, politischen Jugendgruppen, studentischen Vereinigungen) und einigen Kultur- und Jugendämtern eingeladen. Die einzige Ausnahme: das alljährlich stattfindende UZ-Pressefest, bei dem im letzten Jahr 10 Gruppen vor rund 15 000 Zuschauern spielten.

Das Fernsehen, Massenmedium Nr. 1, ignoriert die Polit-Rock-Szene nahezu vollständig. Die fertige Produktion des *Floh de Cologne*-Programms „Profitgeier" (mit anschließender Diskussion) wurde vom damaligen Programmdirektor Scholl-Latour als „roter Faschismus" abgekanzelt und gestrichen. Seitdem kommen die Gruppen gar nicht erst über die Schwellen der Fernsehanstalten.

Schließlich wird in den Redaktionsstuben noch mit Schaudern der Ausgang einer Fernsehdiskussion zum Thema „Pop und Co. - die andere Musik zwischen Protest und Markt" erzählt. Das Gespräch, an dem der Ton *Scheibe Scherben*-Flötist Nickel Pallat, der Kritiker Wolfgang Hamm, der Musik-Soziologe Heinz-Klaus Metzger, der Musiker Conny Veit und der Produzent Rolf-Ulrich Kaiser teilnahmen, führte zu einer hitzigen Auseinandersetzung zwischen Kaiser und Pallat, die Pallat mit den Worten abschloß: „Das Fernsehen macht hier so eine scheiß-liberale Sendung - und was passiert objektiv? An der Unterdrückung ändert sich nichts. Das Fernsehen ist ein Unterdrückungsinstrument in dieser Massengesellschaft. Wenn überhaupt noch was passieren soll hier, muß man sich gegen den Unterdrücker stellen." Dann spaltet er mit einem eingeschmuggelten Beil den Fernsehtisch.

Konkret 06/75, S. 53

Winfried Thomsen

Radikalauer

Der Sozialismus geht bis in die roten Zahlen.

Für die USA ging - so die Tagesschau - in Vietnam ein „Abenteuer" zu Ende - ein kleiner Seitensprung also, wie man ihn gerne wiederholt.

„Sie waren im SDS", sagte zum Bewerber der Personalchef, der beim SD und in der SS war.

Das Zeigen von Jochen Vogel kann als Beleidigung gelten.

Dem „Stern" entnehme ich, daß Karl Marx Antisemit war, was die Vermutung nahelegt, Hitler sei Marxist gewesen.

„Ich will auch eine Ausstellung", sagte der Exhibitionist.

Die größten Waffenkunden der USA sind der Iran, Südkorea, Spanien und Chile, denn in diesen Ländern ist die Demokratie am meisten bedroht.

Gegen jede Form von Abtreibung sind vor allem die Geburtshelfer des Faschismus.

Welche Landtagswahlen sollten eigentlich in Stockholm gewonnen werden?

Die Amerikaner ließen in Vietnam Kriegsmaterial für fünf Milliarden Dollar zurück und hoffen jetzt auf das Geschäft mit den Ersatzteilen.

Wie kann man bloß „Die Zeit" totschlagen?

In 50 Jahren Faschismus wurde über Portugal nicht soviel gezetert wie in den letzten zwölf Monaten: Demokratie muß etwas Furchtbares sein.

Die Union will Konrad Adenauer zu Bonn in Stein hauen lassen. Wegen seiner Verdienste um die deutsche Teilung oder als Beispiel der Abschreckung? Denkmal nach.

Konkret 06/75, S. 54

Sebastian Blade, Heiner H. Hoier, Detlef Michelers

Rasierklinge

Winterschlu verkauf in S d-Vietnam

US-Handel will neue Kunden anlocken

Die 20. Wintersaison in Süd-Vietnam entsprach bei weitem nicht den Vorstellungen des einheimischen und vor allen Dingen nicht denen des amerikanischen Handels. Wiederum zeigte sich eine rückläufige Tendenz, und zwar nicht nur bei den Gebrauchsgütern des täglichen Bedarfs, wie Granaten, Raketen und Haubitzen, sondern auch auf dem Gebier der Textilien und Bekleidung. Die Leichtfüßigkeit, mit der sich viele Bewohner und Gäste des Landes in den letzten Wochen außer Landes begaben, führte zu einem Überangebot u. a. an schwerem Schuhwerk, wie unser Schnappschuß vom Ausstellungsgelände eines amerikanischen Supermarktes in Saigon zeigt.

Die Unzufriedenheit des ausländischen Handels führte mittlerweile dazu, daß er sich komplett aus dem Geschäft zurückzog. Ob die Wirtschaft Amerikas in absehbarer Zeit aus dieser Talsohle Südostasien herauskommen wird, ist absolut fraglich.

Es sind allerdings Bestrebungen im Gange, mit Hilfe der amerikanischen Großhandelskette CIA ein neues Absatzgebiet in Portugal aufzubauen. Erste Erfahrungen, die man in dieser Richtung in Chile gewann, wurden von der amerikanischen Wirtschaft positiv aufgenommen.

Die anfänglichen Schwierigkeiten mit dem portugiesischen Markt hofft man mit direkter und fachspezifischer Unterstützung der US-Armee unbürokratisch überwinden zu können.

Aus Kultur und Beutel

Geschichte

„Schon wieder Automaten knacken", dachten die Legionäre, als Caesar den Sturm auf das Lager der Pariser befahl.

Presse

Nach „BamS" und „Wams" will der Springer-Verlag jetzt auch noch „Bums" herausgeben, die fiktive Sonntagszeitung für den anständigen Lustmolch.

Berber

Eines der seltsamsten Wesen der Welt ist der Berber: Man kann gleichzeitig auf ihm stehen, mit ihm reden und von ihm gefressen werden.

Wahl

Wußten Sie schon, daß Gerhard Stoltenberg nach der Wahl in Schleswig-Holstein zwar kleiner geworden ist, jetzt aber wenigstens in seine Hosen paßt?

Kleidung

Sie trug unter anderem auch Hosen.

Film

Mittlerweile wird schon mindestens der B. Teil des Schulmädchenreports gezeigt. Die müssen ja bald das Abitur geschafft haben.

Frage

Und wo lassen Sie abtreiben. Herr Bischof?

wt

HILFE F□ R VIETNAM!

Helfen Sie mit, das Elend in einem vom Kriege verwüsteten Lande zu lindern!

Helfen Sie vor allem den Menschen die aus diesem Lande flüchten mußten!

Kaufen Sie einen kleinen Vietnamesen, der ohne Sie vielleicht verhungert!

Diese schmucken, kleinen Kerlchen mit den Schlitzaugen eignen sich vorzüglich als dekorative Hausdiener oder als gutmütige Spielgefährten für Ihre Kinder oder Haustiere!

Sie werden Ihnen nie widersprechen, denn sie haben die Überlegenheit des weißen Mannes am eigenen Leibe erfahren! Sie sind genügsam und reinlich ein Schüsselchen Reis und eine etwas größere Schüssel Wasser pro Tag reichen ihnen vollkommen!

Kommen Sie Ihren Nachbarn zuvor!

Wer weiß, wie lange wir unser Angebot aufrechterhalten können?!

Bestellen Sie sofort!

Sb

Berufe, die die Welt bedeuten:

Heute: Der Ober

Die Oberschule ist und bleibt der stolzeste Teil unseres Bildungssystems, deren Abschlußzeugnis den Zugang zu einer traumhaften Kellnerkarriere eröffnet.

(wird fortgesetzt)